



Statistischer Bericht mit Pressespiegel

BÜRGERENTSCHEIDE

Ortsumfahrung Schlungenhof

am Sonntag, 19. Januar 2020



Statistischer Bericht mit Pressespiegel

BÜRGERENTSCHEIDE

Ortumfahrung Schlungenhof

am Sonntag, 19. Januar 2020

Herausgeber:

Stadt Gunzenhausen - Hauptamt -

Marktplatz 23 - 91710 Gunzenhausen

Tel.: 0 98 31 / 508 - 123, Annette Braun

Fax: 0 983 1 / 508 - 179

hauptamt@gunzenhausen.de

www.gunzenhausen.de

Foto: Stadt Gunzenhausen © Jan Kretzer

Auflage: 60

August 2020

Vorwort

Am 19. Januar 2020 konnten die abstimmungsberechtigten Bürgerinnen und Bürger der Stadt Gunzenhausen zum dritten Mal über einen Bürgerentscheid abstimmen.

Zum einen war die Frage, ob dem Ratsbegehren des Stadtrates Gunzenhausen - „Verkehr raus – Gesundheit schützen – Lärm und Abgase STOPPEN!“, Zustimmung oder Absage erteilt wird. Zum anderen ob man das Bürgerbegehren „Heimat bewahren – deshalb STOPP zur B13-Ortsumfahrung Schlungenhof!“ unterstützt.

Schlussendlich konnte in einer Stichfrage entschieden werden, falls beide Bürgerentscheide jeweils mehrheitlich mit Ja befürwortet werden und das notwendige Quorum von 20 % der Abstimmungsberechtigten erreicht wird, welche Alternative dann gelten soll.

Im Folgenden sind die Abstimmungsergebnisse analysiert und zusammengefasst, sowie Presseberichte gesammelt, um einen möglichst breitgefächerten Überblick zu verschaffen.

Gunzenhausen, August 2020



Karl-Heinz Fitz
Erster Bürgermeister



Klaus Stephan
Hauptamtsleiter

Bürgerbegehren

Am Mittwoch, den 16.10.2019, wurde durch die Herren Simon Scherer, Kilian Welser und Dr. Thomas Lutz der formale Antrag auf Durchführung eines Bürgerentscheids eingereicht. Der Stadtrat entscheidet im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung in eigener Verantwortung – spätestens innerhalb eines Monats nach Einreichung - über die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens.

Ein Bürgerbegehren ist dann zulässig, wenn die mit ihm verlangte Maßnahme zum eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde gehört, die Angelegenheit nicht unter den Ausschlusskatalog des Art. 18 a Abs. 3 GO fällt, die Unterschriftenlisten den formellen Anforderungen entsprechen, die erforderliche Unterschriftenzahl erreicht worden ist und die Fragestellung in materiellrechtlich zulässiger Weise den Bürgerinnen und Bürgern zur Abstimmung unterbreitet werden kann.

Die abgegebenen Unterschriftenlisten enthielten insgesamt 1.310 gültige Unterschriften.

Ein Bürgerbegehren muss in Gemeinden mit bis zu 20.000 Einwohnern von 9 % der Gemeindebürger unterschrieben sein. Ein mit Datum vom 16.10.2019 angelegtes Abstimmungsverzeichnis weist insgesamt 13.176 Abstimmungsberechtigte aus. Daraus ergibt sich folgende Mindestanzahl von gültigen Unterschriften:

$$9 \% \text{ aus } 13.176 \text{ Abstimmungsberechtigten} = 1.186 \text{ gültige Unterschriften}$$

Die notwendige Anzahl an gültigen Unterschriften war damit erreicht.

Ist die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens unter allen geforderten Voraussetzungen gegeben, so ist innerhalb von drei Monaten der Bürgerentscheid durchzuführen (Art. 18 a Abs. 10 GO), sofern nicht der Stadtrat mit Beschluss die von dem Bürgerbegehren verlangte Maßnahme beschließt.

Am 13.11.2019 entschied der Stadtrat mit einstimmig gefassten Beschluss, dass die für ein Bürgerbegehren erforderlichen Voraussetzungen gegeben sind. Der Stadtrat lehnte es mehrheitlich ab, dem Anliegen des Bürgerbegehrens Rechnung zu tragen und setzte den Tag des beantragten Bürgerentscheids auf Sonntag, den 19.01.2020 fest.

Am 28.11.2019 hat der Stadtrat beschlossen, dass den Abstimmungsberechtigten ein eigenes Ratsbegehren gemäß Art. 18 a Abs. 2 GO i.V.m. § 8 BBS zur Abstimmung vorgelegt wird.

Dieses Ratsbegehren erhielt gemäß § 22 Abs. 3 der BBS die Bezeichnung Bürgerentscheid 1. Das von den Herren Simon Scherer, Kilian Welser und Dr. Thomas Lutz eingereichte Bürgerbegehren erhält die Bezeichnung 2.

Nachdem es sich hier um zwei konkurrierende Bürgerentscheide handelt, war gemäß Art. 18 a Abs. 2 Satz 3 GO eine Stichfrage (Stichentscheid) vorzusehen.

Der Bürgerentscheid hat die Wirkung eines Beschlusses des Gemeinderates und kann innerhalb eines Jahres nur durch einen neuen Bürgerentscheid abgeändert werden, es sei denn, dass sich die dem Bürgerentscheid zugrunde liegende Sach- oder Rechtslage wesentlich geändert hat. Nach Ablauf der Jahresfrist ist der Stadtrat wieder frei in seiner Entscheidung.

Bürgerbegehren

„Heimat bewahren – deshalb STOPP zur B13-Ortsumfahrung Schlungenhof !“

Mit meiner Unterschrift beantrage ich die Durchführung eines Bürgerentscheides zu folgender Frage:

Sind Sie dafür,

dass die Stadt Gunzenhausen den geplanten Neubau der B13-Ortsumfahrung Schlungenhof ablehnt und alle für den Bau notwendigen Beschlüsse und Handlungen – insbesondere den Verkauf und Tausch von dafür notwendigen städtischen Grundstücken – ablehnt bzw. unterlässt ?

Begründung:

Im Rahmen des Bundesverkehrswegeplanes ist geplant, für die Bundesstraße B13 eine Umfahrung des Gunzenhäuser Ortsteiles Schlungenhof zu bauen. Dies wäre – gerade angesichts der aktuell immer offensichtlicher werdenden Notwendigkeit einer Verkehrswende – eine verheerende Fehlentscheidung. Weshalb?

Heute ist entlang der B13 innerhalb Schlungenhofs nur noch eine geringe Anzahl von Wohngebäuden zu finden, die gewerbliche Nutzung überwiegt bei weitem. Der Bau der neuen B13-Umfahrung würde also nur wenige Menschen von Lärm entlasten, aber viele Menschen - im östlichen Teil von Schlungenhof und in Laubenzedel – mit weitaus mehr Lärm und Schadstoffen schädigen als bisher.

Dazu kämen hohe Baukosten (geschätzt: mehrstelliger Millionenbetrag) und enormer Verbrauch knapper Flächen (geschätzter Landverlust je nach Variante: 30.000 bis 110.000 Quadratmeter).

Anstelle der neuen B13-Umfahrung sprechen wir uns für die sog. „Modifizierte Nullvariante“ aus. Dabei wird die Kreisstraße WUG22 (führt derzeit durch Schlungenhof hindurch nach Laubenzedel) aus Schlungenhof herausverlegt und stattdessen nördlich von Schlungenhof an die bestehende B13 angebunden.

Diese verbesserte Straßenführung ermöglicht es, den gesamten östlichen Teil von Schlungenhof als neues Ortszentrum zu entwickeln und damit deutlich aufzuwerten!

Wir meinen: Statt Steuergelder in Millionenhöhe in zusätzliche neue Straßen zu investieren sollte das Geld besser für den Unterhalt der bestehenden Straßen, zur Sanierung der Bahn und den Ausbau des ÖPNV verwendet werden!

Als Vertreter des Bürgerbegehrens werden benannt:

Simon Scherer
Obenbrunn 1a
91710 Gunzenhausen

Kilian Welsler
Adlerweg 9
91710 Gunzenhausen

Dr. Thomas Lutz
Osianderstr. 16
91710 Gunzenhausen

Die Vertreter des Bürgerbegehrens werden ermächtigt,

- Änderungen oder Streichungen an diesem Begehren vorzunehmen, sofern dies für die Zulässigkeit des Begehrens erforderlich scheint
- das Bürgerbegehren bis zum Zeitpunkt der Verschickung der Abstimmungsunterlagen gemeinschaftlich zurückzunehmen

Bitte Sie auch Ihre abstimmungsberechtigten Familienangehörigen, Freunde und Bekannten um eine Unterschrift! Die Liste bitte bis spätestens 4. Oktober persönlich oder per Post zurück an einen der drei Vertreter. Danke !!

Bürgerbegehren
„Heimat bewahren – deshalb STOPP zur B13-Ortsumfahrung Schlungenhof !“
(Fragestellung und Begründung auf der ersten Seite)

Hinweise zur Eintragung:

1. Bitte lesbar schreiben (Druckbuchstaben!) und auf jeden Fall vollständig ausfüllen !
2. Gültig sind nur Eintragungen von abstimmungsberechtigten Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Gunzenhausen und deren Ortsteile.

Lfd. Nr.	Nachname, Vorname	Geburtsdatum	Straße, PLZ, Ort, Ortsteil	Unterschrift	Bem. der Behörde
1					
			91710 Gunzenhausen		
2					
			91710 Gunzenhausen		
3					
			91710 Gunzenhausen		
4					
			91710 Gunzenhausen		
5					
			91710 Gunzenhausen		
6					
			91710 Gunzenhausen		
7					
			91710 Gunzenhausen		
8					
			91710 Gunzenhausen		
9					
			91710 Gunzenhausen		
10					
			91710 Gunzenhausen		
11					
			91710 Gunzenhausen		
12					
			91710 Gunzenhausen		

Bürgerentscheid 1:

Ratsbegehren

„Verkehr raus – Gesundheit schützen – Lärm und Abgase STOPPEN!“

Sind Sie dafür, dass die Stadt Gunzenhausen den geplanten Neubau einer B13-Ortsumfahrung um Schlungenhof befürwortet und weiterhin unterstützt und damit die notwendigen Beschlüsse und Handlungen, insbesondere den Verkauf und/oder Tausch von dafür notwendigen städtischen Grundstücken vornehmen darf?

Der Stadtrat hat am 28.11.2019 mehrheitlich folgende Stellungnahme beschlossen:

Eine Umfahrung um den Ortsteil Schlungenhof eröffnet die Möglichkeit, die Verkehrssituation für die Stadt, die Ortsteile und die ganze Region nachhaltig zu verbessern.

Belastungen durch Lärm, Abgase und Feinstaub der Ortsteilbürger/-innen von Schlungenhof werden erheblich reduziert.

Eine Umfahrung bietet die einmalige Chance, dass sich Schlungenhof als Ortsteil am Altmühlsee städtebaulich positiv entwickelt. Die Wohn- und Lebensqualität werden dadurch deutlich verbessert.

Der gesundheitsgefährdende Bahnlärm bei Laubenzedel wird wesentlich reduziert.

Die Innenstadt von Gunzenhausen wird vom Verkehr entlastet.

Die Umfahrung eröffnet die Chance besserer Radwegeverbindungen.

Vorhandene Bundesmittel für die B13-Umfahrung werden in Gunzenhausen eingesetzt und nicht für Straßenbaumaßnahmen andernorts verbaut.

Bürgerentscheid 2:

Bürgerbegehren

„Heimat bewahren – deshalb STOPP zur B13-Ortsumfahrung Schlungenhof!“

Sind Sie dafür, dass die Stadt Gunzenhausen den geplanten Neubau der B13-Ortsumfahrung Schlungenhof ablehnt und alle für den Bau notwendigen Beschlüsse und Handlungen – insbesondere den Verkauf und Tausch von dafür notwendigen städtischen Grundstücken – ablehnt bzw. unterlässt?

Die Vertreter des Bürgerbegehrens, Herr Simon Scherer, Herr Kilian Welser und Herr Dr. Thomas Lutz haben folgende Stellungnahme abgegeben:

Die enormen Kosten für den Steuerzahler stehen in keinem Verhältnis zum Nutzen einer Umfahrung.

Es ist keine verkehrsleitende Wirkung der Umfahrung für Gunzenhausen erkennbar. Stattdessen ergeben sich neue Problemstellen (Kinokreisel, Ecke Alemannenstraße/Ansbacher Straße).

Der sehr hohe Flächenverbrauch verschlingt wertvolle Acker-, Wiesen- und Naherholungsflächen. Die Anzahl der Betroffenen durch Lärm und Abgase der jetzigen B13-Ortsdurchfahrt ist gering im Vergleich zur Anzahl der Betroffenen einer Umgehung.

Der Artenschutz (Rebhuhn, Kiebitz, Feldlerche) und Hochwasserschutz würden durch die Trasse zwischen Laubenzedel und Schlungenhof eingeschränkt (nur teilweise ausgleichbar).

Eine Umfahrung würde mehr Verkehr anziehen – und das in Zeiten des Klimawandels und Fridays-For-Future.

Stimmbezirke

Für die Bürgerentscheide bildete die Stadt Gunzenhausen folgende 27 allgemeine Stimmbezirke und 4 Briefabstimmungsbezirke.

Nr.	Abstimmungslokal
1	DVG Bildungszentrum, Bahnhofstraße 39
2	VHS-Bildungszentrum, Nürnberger Straße 32
3	Wilhelm-Löhe-Saal, Specksrothstraße 17
4	Kinder- und Familienzentrum Föhrenweg, Föhrenweg 2
5	Sparkasse Lindleinswasenstraße, Lindleinswasenstraße 56
6	Stephani-Schule, Nebengebäude, Hensoltstraße 35
7	Simon-Marius-Gymnasium, Simon-Marius-Straße 3
8	Burkhard-von-Seckendorff-Heim, Reutbergstraße 1
9	Sparkasse Marktplatz, Marktplatz 43-45
10	Gasthaus Eiden, Negeleinstraße 39
11	Grundschule Süd I, Theodor-Heuss-Straße 1
12	Grundschule Süd II, Theodor-Heuss-Straße 1
13	Aha, Gemeindehaus, Aha 172
14	Büchelberg, FFW-Haus, Büchelberg 12
15	Cronheim, FFW-Haus, Cronheim 73
16	Frickenfelden, Schule I, Gunzenhauser Straße 14a
17	Frickenfelden, Schule II, Gunzenhauser Straße 14a
18	Laubenzedel, Gasthaus Karl, Laubenzedel 37
19	Oberasbach, Schulhaus, Oberasbach 31
20	Pflaumfeld, FFW-Haus, Pflaumfeld 92
21	Schlungenhof, Autohaus Feil, Ansbacher Straße 23
22	Stetten, Hirtenhaus, Stetten 26
23	Streudorf, Gemeindehaus, Streudorf 52
24	Unterasbach, FFW-Haus, Unterasbach 62
25	Unterwurbach, Gemeindezentrum, E.-v.-Lentersheim-Straße 2
26	Unterwurbach, Schützenhaus, Raiffeisenstraße 1b
27	Wald, Gemeindehaus, Wald 28
B 31	4 Briefabstimmungslokale:
- B 34	Stephani-Schule, Saarstraße

Organisation

Abstimmungshelfer

Es waren zu den Bürgerentscheiden am 19. Januar 2020 in

41 Abstimmungslokalen:	ca. 200 Abstimmungshelfer /-innen
Reserve	10 Abstimmungshelfer /-innen

Zusätzlich hauptamtliche Mitarbeiter aus Verwaltung und Bauhof:	ca. 25 Helfer /-innen
--	-----------------------

Gesamt: **ca. 235 Helfer /- innen** eingeteilt

Die Abstimmungshelferentschädigung betrug für 50 Euro.

Zusätzlich wurden am 14. Januar 2020 bei der Abstimmungshelfereinweisung in der Stadthalle an die anwesenden Abstimmungsvorsteher, Stellvertreter und Schriftführer 5 € ausbezahlt.

**Für die ehrenamtliche Mitarbeit bei der Durchführung der
Bürgerentscheide sei allen Helfern an dieser Stelle herzlich gedankt.**

Abstimmungsleiter und Abstimmungsausschuss

Laut § 10 der Satzung zu Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden in der Stadt Gunzenhausen (BBS) leitet der Erste Bürgermeister als Abstimmungsleiter die Vorbereitung und Durchführung des Bürgerentscheids. Bei Verhinderung bestellt der Stadtrat einen der Vertreter des Bürgermeisters oder eine geeignete Person aus dem Kreis der Bediensteten als Abstimmungsleiter.

Gemäß Stadtratsbeschluss vom 13. November 2019 wurde dem Ersten Bürgermeister Karl-Heinz Fitz die Abstimmungsleitung übertragen und zu diesem Stellvertreter wurde Herr Hauptamtsleiter Klaus Stephan bestellt.

Mitglieder des Abstimmungsausschusses sind der Abstimmungsleiter als vorsitzendes Mitglied und vier von ihm berufene, zu Gemeindeämtern wählbare Beisitzer.

Bei der Berufung der Beisitzer sind die Vertretungsberechtigten eines Bürgerbegehrens sowie die im Stadtrat vertretenen Parteien und Wählergruppen entsprechend ihrer Bedeutung in der Stadt Gunzenhausen zu berücksichtigen. Keine Gruppierung darf durch mehrere Beisitzer vertreten sein.

Der Abstimmungsausschuss (§ 11 BBS) bestand aus:

- | | |
|--------------------|---|
| 1. Karl-Heinz Fitz | als Abstimmungsleiter |
| 2. Manfred Pappler | als Beisitzer (CSU) |
| 3. Monika Wopperer | als Beisitzerin (SPD) |
| 4. Helga Betz | als Beisitzerin (GRÜNE) |
| 5. Kilian Welser | als Beisitzer (Vertreter des Bürgerbegehrens) |

Der Abstimmungsausschuss hat das Ergebnis des Bürgerentscheids in seiner Sitzung am 21. Januar 2020 einstimmig festgestellt.



**Stimmzettel für die Bürgerentscheide
in Gunzenhausen
am Sonntag, den 19.01.2020**

Bürgerentscheid 1:

Ratsbegehren

„Verkehr raus – Gesundheit schützen –
Lärm und Abgase STOPPEN!“

Sind Sie dafür, dass die Stadt Gunzenhausen den geplanten Neubau einer B13-Ortsumfahrung um Schlungenhof befürwortet und weiterhin unterstützt und damit die notwendigen Beschlüsse und Handlungen, insbesondere den Verkauf und/oder Tausch von dafür notwendigen städtischen Grundstücken vornehmen darf?

Sie haben hier eine Stimme.

Ja

Nein

Bürgerentscheid 2:

Bürgerbegehren

„Heimat bewahren – deshalb STOPP zur
B13-Ortsumfahrung Schlungenhof!“

Sind Sie dafür, dass die Stadt Gunzenhausen den geplanten Neubau der B13-Ortsumfahrung Schlungenhof ablehnt und alle für den Bau notwendigen Beschlüsse und Handlungen – insbesondere den Verkauf und Tausch von dafür notwendigen städtischen Grundstücken – ablehnt bzw. unterlässt?

Sie haben hier eine Stimme.

Ja

Nein

Stichfrage

Werden die bei Bürgerentscheid 1 und 2 zur Abstimmung gestellten Fragen in einer miteinander nicht zu vereinbarenden Weise jeweils mehrheitlich mit Ja beantwortet: Welche Entscheidung soll dann gelten?

Sie haben hier eine Stimme.

Bürgerentscheid 1
(Ratsbegehren)

Bürgerentscheid 2
(Bürgerbegehren)

Bürgerentscheide zur B-13 Ortsumfahrung

19. Januar 2020, 09577136 - Stadt Gunzenhausen
Amtliches Endergebnis

Bürgerentscheide zur B-13 Ortsumfahrung - Quorum

Zum Erreichen des Quorums sind 2.636 Stimmen notwendig.

Wahlberechtigte

Bürgerentscheide zur B-13 Ortsumfahrung, 09577136 - Stadt Gunzenhausen

Wahlberechtigte insgesamt	13.180
Wahlberechtigte ohne Wahlschein insgesamt	11.914
Wahlberechtigte mit Wahlschein insgesamt	1.266
Stimmberechtigte nicht im Wählerverzeichnis insgesamt	0

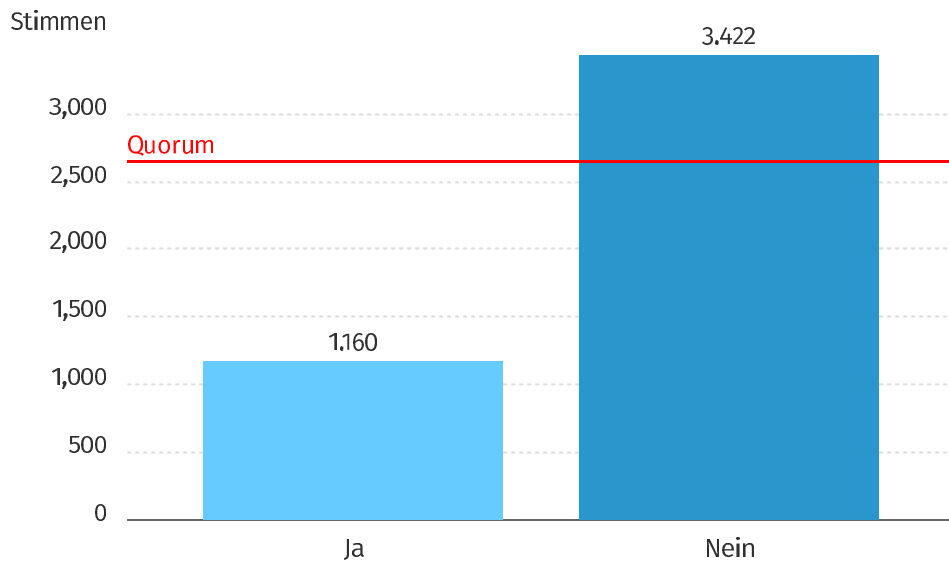
Wähler

Bürgerentscheide zur B-13 Ortsumfahrung, 09577136 - Stadt Gunzenhausen

Wähler laut Wählerverzeichnis	3.794
Wähler mit Wahlschein	1.145
Wähler insgesamt	4.939
Wahlbeteiligung	37,5 %

Bürgerentscheid 1 - Ratsbegehren

Bürgerentscheide zur B-13 Ortsumfahrung, 09577136 - Stadt Gunzenhausen



© Stadt Gunzenhausen

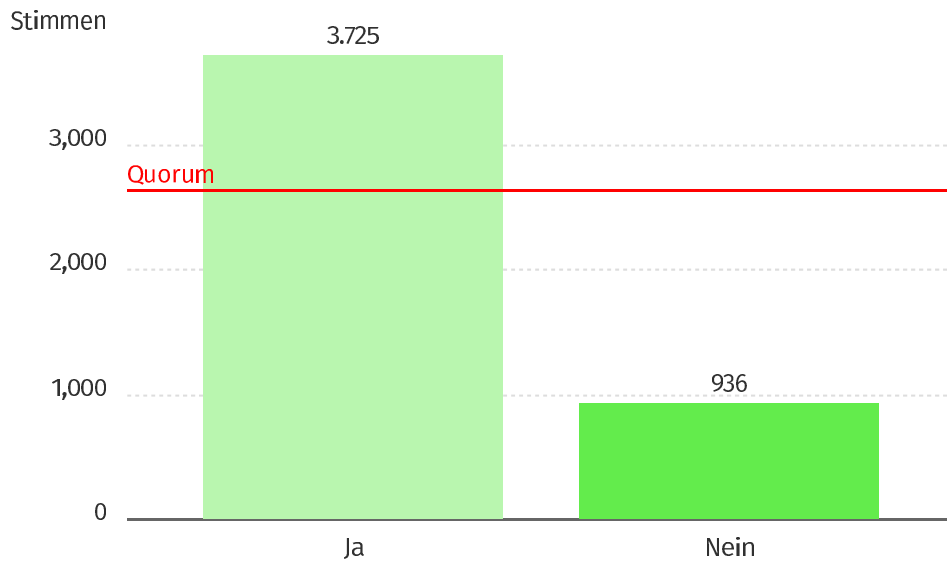
Bürgerentscheid 1 - Ratsbegehren

Bürgerentscheide zur B-13 Ortsumfahrung, 09577136 - Stadt Gunzenhausen

	Stimmen	Anteil
Ja	1.160	25,3 %
Nein	3.422	74,7 %
Gültige Stimmen	4.582	92,8 %
Ungültige Stimmen	357	7,2 %

Bürgerentscheid 2 - Bürgerbegehren

Bürgerentscheide zur B-13 Ortsumfahrung, 09577136 - Stadt Gunzenhausen



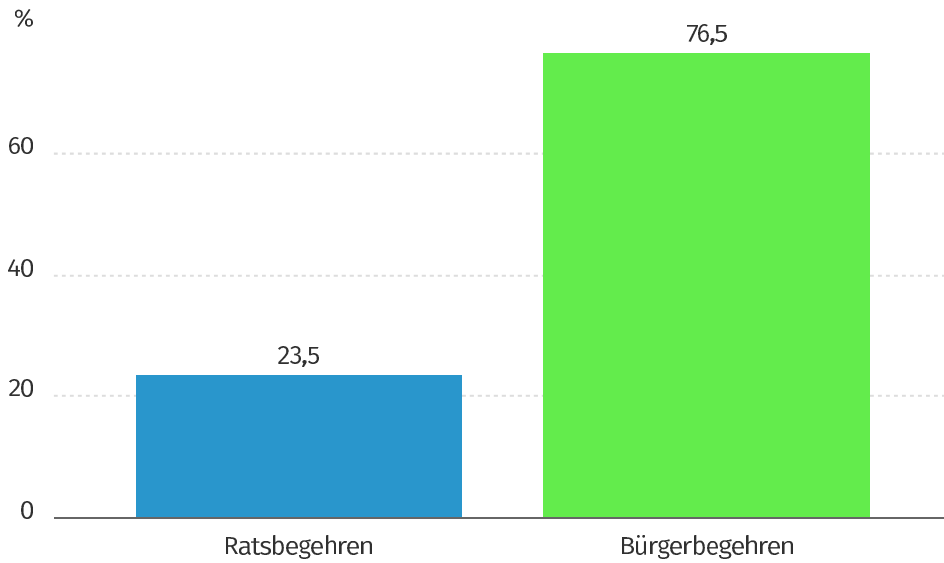
Bürgerentscheid 2 - Bürgerbegehren

Bürgerentscheide zur B-13 Ortsumfahrung, 09577136 - Stadt Gunzenhausen

	Stimmen	Anteil
Ja	3.725	79,9 %
Nein	936	20,1 %
Gültige Stimmen	4.661	94,4 %
Ungültige Stimmen	278	5,6 %

Stichfrage

Bürgerentscheide zur B-13 Ortsumfahrung, 09577136 - Stadt Gunzenhausen



Stichfrage

Bürgerentscheide zur B-13 Ortsumfahrung, 09577136 - Stadt Gunzenhausen

	Stimmen	Anteil
Ratsbegehren	1.132	23,5 %
Bürgerbegehren	3.688	76,5 %
Gültige Stimmen	4.820	97,6 %
Ungültige Stimmen	119	2,4 %

**Bürgerentscheide zur B-13 Ortsumfahrung am Sonntag, 19. Januar 2020 in Gunzenhausen
- Ergebnis**

	Stimmber. o. WS	Stimmber. m. WS	Stimmber. Gesamt	Wähler ges.	Wähler lt. WVZ	Wähler m. WS
1: DVG Bildungszentrum	523	48	571	106	106	0
2: VHS-Bildungszentrum	529	34	563	147	147	0
3: Wilhelm-Löhe-Saal	557	31	588	123	123	0
4: Kinder- und Familienz. Föhrenweg	581	32	613	102	102	0
5: Sparkasse Lindleinswasenstraße	581	41	622	123	123	0
6: Stephani-Schule, Nebengebäude	633	48	681	154	154	0
7: Simon-Marius-Gymnasium	482	70	552	134	133	1
8: Burkhard-von-Seckendorff-Heim	480	50	530	139	138	1
9: Sparkasse Marktplatz	556	54	610	115	115	0
10: Gasthaus Eiden	628	60	688	179	179	0
11: Grundschule Süd I	701	71	772	219	218	1
12: Grundschule Süd II	674	100	774	218	218	0
13: Aha, Gemeindehaus	364	30	394	129	129	0
14: Büchelberg, FFW-Haus	374	40	414	134	134	0
15: Cronheim, FFW-Haus	386	31	417	115	115	0
16: Frickenfelden, Schule I	501	80	581	202	202	0
17: Frickenfelden, Schule II	529	70	599	175	175	0
18: Laubenzedel, Gasthaus Karl	376	57	433	259	259	0
19: Oberasbach, Schulhaus	232	21	253	117	117	0
20: Pflaumfeld, FFW-Haus	148	5	153	100	99	1
21: Schlungenhof, Autohaus Feil	241	51	292	164	160	4
22: Stetten, Hirtenhaus	210	33	243	93	93	0
23: Streudorf, Gemeindehaus	307	17	324	98	98	0
24: Unterasbach, FFW-Haus	133	16	149	67	67	0
25: Unterwurbach, Gde.-Zentrum	407	64	471	124	124	0
26: Unterwurbach, Schützenhaus	375	53	428	137	137	0
27: Wald, Gemeindehaus	406	59	465	129	129	0
	11914	1266	13180	3802	3794	8
31: Briefwahl I	0	0		288	0	288
32: Briefwahl II	0	0		274	0	274
33: Briefwahl III	0	0		288	0	288
34: Briefwahl IV	0	0		287	0	287
	0	0		1137	0	1137
Gesamt	11.914	1.266	13180	4.939	3.794	1.145

**Bürgerentscheide zur B-13 Ortsumfahrung am Sonntag, 19. Januar 2020 in Gunzenhausen
- Ergebnis**

Bürgerentscheid 1 - Ratsbegehren							
	Opt.	gült. Stimm.	Opt.	gült. Stimmen	gült. Stimm. gesamt	ung. Stimmen	abgegeb. Stimmen
1: DVG Bildungszentrum	Ja	23	Nein	78	101	5	106
2: VHS-Bildungszentrum	Ja	35	Nein	101	136	11	147
3: Wilhelm-Löhe-Saal	Ja	27	Nein	83	110	13	123
4: Kinder- und Familienz. Föhrenweg	Ja	19	Nein	71	90	12	102
5: Sparkasse Lindleinswasenstraße	Ja	17	Nein	92	109	14	123
6: Stephani-Schule, Nebengebäude	Ja	33	Nein	111	144	10	154
7: Simon-Marius-Gymnasium	Ja	36	Nein	89	125	9	134
8: Burkhard-von-Seckendorff-Heim	Ja	22	Nein	107	129	10	139
9: Sparkasse Marktplatz	Ja	27	Nein	85	112	3	115
10: Gasthaus Eiden	Ja	38	Nein	129	167	12	179
11: Grundschule Süd I	Ja	42	Nein	163	205	14	219
12: Grundschule Süd II	Ja	49	Nein	159	208	10	218
13: Aha, Gemeindehaus	Ja	25	Nein	93	118	11	129
14: Büchelberg, FFW-Haus	Ja	30	Nein	99	129	5	134
15: Cronheim, FFW-Haus	Ja	23	Nein	83	106	9	115
16: Frickenfelden, Schule I	Ja	49	Nein	146	195	7	202
17: Frickenfelden, Schule II	Ja	45	Nein	114	159	16	175
18: Laubenzedel, Gasthaus Karl	Ja	26	Nein	221	247	12	259
19: Oberasbach, Schulhaus	Ja	24	Nein	91	115	2	117
20: Pflaumfeld, FFW-Haus	Ja	28	Nein	63	91	9	100
21: Schlungenhof, Autohaus Feil	Ja	109	Nein	48	157	7	164
22: Stetten, Hirtenhaus	Ja	20	Nein	65	85	8	93
23: Streudorf, Gemeindehaus	Ja	27	Nein	58	85	13	98
24: Unterasbach, FFW-Haus	Ja	26	Nein	36	62	5	67
25: Unterwurbach, Gde.-Zentrum	Ja	14	Nein	103	117	7	124
26: Unterwurbach, Schützenhaus	Ja	28	Nein	104	132	5	137
27: Wald, Gemeindehaus	Ja	30	Nein	88	118	11	129
		872		2680	3552	250	3802
31: Briefwahl I	Ja	78	Nein	192	270	18	288
32: Briefwahl II	Ja	74	Nein	176	250	24	274
33: Briefwahl III	Ja	64	Nein	184	248	40	288
34: Briefwahl IV	Ja	72	Nein	190	262	25	287
		288		742	1030	107	1137
Gesamt		1.160		3.422	4.582	357	4.939

**Bürgerentscheide zur B-13 Ortsumfahrung am Sonntag, 19. Januar 2020 in Gunzenhausen
- Ergebnis**

Bürgerentscheid 2 - Bürgerbegehren							
	Opt.	gült. Stimm.	Opt.	gült. Stimmen	gült. Stimm. gesamt	ung. Stimmen	abgegeben. Stimmen
1: DVG Bildungszentrum	Ja	84	Nein	18	102	4	106
2: VHS-Bildungszentrum	Ja	107	Nein	28	135	12	147
3: Wilhelm-Löhe-Saal	Ja	96	Nein	18	114	9	123
4: Kinder- und Familienz. Föhrenweg	Ja	81	Nein	15	96	6	102
5: Sparkasse Lindleinswasenstraße	Ja	100	Nein	17	117	6	123
6: Stephani-Schule, Nebengebäude	Ja	117	Nein	27	144	10	154
7: Simon-Marius-Gymnasium	Ja	97	Nein	32	129	5	134
8: Burkhard-von-Seckendorff-Heim	Ja	116	Nein	17	133	6	139
9: Sparkasse Marktplatz	Ja	90	Nein	18	108	7	115
10: Gasthaus Eiden	Ja	142	Nein	32	174	5	179
11: Grundschule Süd I	Ja	175	Nein	34	209	10	219
12: Grundschule Süd II	Ja	165	Nein	40	205	13	218
13: Aha, Gemeindehaus	Ja	102	Nein	23	125	4	129
14: Büchelberg, FFW-Haus	Ja	102	Nein	26	128	6	134
15: Cronheim, FFW-Haus	Ja	89	Nein	17	106	9	115
16: Frickenfelden, Schule I	Ja	148	Nein	43	191	11	202
17: Frickenfelden, Schule II	Ja	134	Nein	38	172	3	175
18: Laubenzedel, Gasthaus Karl	Ja	234	Nein	21	255	4	259
19: Oberasbach, Schulhaus	Ja	93	Nein	21	114	3	117
20: Pflaumfeld, FFW-Haus	Ja	66	Nein	25	91	9	100
21: Schlungenhof, Autohaus Feil	Ja	57	Nein	85	142	22	164
22: Stetten, Hirtenhaus	Ja	71	Nein	16	87	6	93
23: Streudorf, Gemeindehaus	Ja	71	Nein	21	92	6	98
24: Unterasbach, FFW-Haus	Ja	36	Nein	30	66	1	67
25: Unterwurbach, Gde.-Zentrum	Ja	106	Nein	14	120	4	124
26: Unterwurbach, Schützenhaus	Ja	108	Nein	23	131	6	137
27: Wald, Gemeindehaus	Ja	98	Nein	26	124	5	129
		2885		725	3610	192	3802
31: Briefwahl I	Ja	206	Nein	63	269	19	288
32: Briefwahl II	Ja	198	Nein	53	251	23	274
33: Briefwahl III	Ja	223	Nein	45	268	20	288
34: Briefwahl IV	Ja	213	Nein	50	263	24	287
		840		211	1051	86	1137
Gesamt		3.725		936	4.661	278	4.939

**Bürgerentscheide zur B-13 Ortsumfahrung am Sonntag, 19. Januar 2020 in Gunzenhausen
- Ergebnis**

Stichfrage							
	Option	gült. Stimmen	Option	gült. Stimmen	gült. Stimmen gesamt	ung. Stimmen	abgegeben. Stimmen
1: DVG Bildungszentrum	Ratsb.	26	Bürgerb.	79	105	1	106
2: VHS-Bildungszentrum	Ratsb.	34	Bürgerb.	109	143	4	147
3: Wilhelm-Löhe-Saal	Ratsb.	25	Bürgerb.	97	122	1	123
4: Kinder- und Familienz. Föhrenweg	Ratsb.	17	Bürgerb.	79	96	6	102
5: Sparkasse Lindleinswasenstraße	Ratsb.	15	Bürgerb.	103	118	5	123
6: Stephani-Schule, Nebengebäude	Ratsb.	33	Bürgerb.	115	148	6	154
7: Simon-Marius-Gymnasium	Ratsb.	37	Bürgerb.	95	132	2	134
8: Burkhard-von-Seckendorff-Heim	Ratsb.	22	Bürgerb.	112	134	5	139
9: Sparkasse Marktplatz	Ratsb.	24	Bürgerb.	87	111	4	115
10: Gasthaus Eiden	Ratsb.	36	Bürgerb.	141	177	2	179
11: Grundschule Süd I	Ratsb.	39	Bürgerb.	177	216	3	219
12: Grundschule Süd II	Ratsb.	48	Bürgerb.	170	218	0	218
13: Aha, Gemeindehaus	Ratsb.	24	Bürgerb.	97	121	8	129
14: Büchelberg, FFW-Haus	Ratsb.	27	Bürgerb.	105	132	2	134
15: Cronheim, FFW-Haus	Ratsb.	20	Bürgerb.	92	112	3	115
16: Frickenfelden, Schule I	Ratsb.	48	Bürgerb.	151	199	3	202
17: Frickenfelden, Schule II	Ratsb.	40	Bürgerb.	131	171	4	175
18: Laubenzedel, Gasthaus Karl	Ratsb.	25	Bürgerb.	233	258	1	259
19: Oberasbach, Schulhaus	Ratsb.	22	Bürgerb.	93	115	2	117
20: Pflaumfeld, FFW-Haus	Ratsb.	27	Bürgerb.	68	95	5	100
21: Schlungenhof, Autohaus Feil	Ratsb.	105	Bürgerb.	55	160	4	164
22: Stetten, Hirtenhaus	Ratsb.	18	Bürgerb.	73	91	2	93
23: Streudorf, Gemeindehaus	Ratsb.	26	Bürgerb.	68	94	4	98
24: Unterasbach, FFW-Haus	Ratsb.	29	Bürgerb.	36	65	2	67
25: Unterwurbach, Gde.-Zentrum	Ratsb.	16	Bürgerb.	103	119	5	124
26: Unterwurbach, Schützenhaus	Ratsb.	26	Bürgerb.	108	134	3	137
27: Wald, Gemeindehaus	Ratsb.	31	Bürgerb.	96	127	2	129
		840		2873	3713	89	3802
31: Briefwahl I	Ratsb.	81	Bürgerb.	203	284	4	288
32: Briefwahl II	Ratsb.	75	Bürgerb.	190	265	9	274
33: Briefwahl III	Ratsb.	62	Bürgerb.	219	281	7	288
34: Briefwahl IV	Ratsb.	74	Bürgerb.	203	277	10	287
		292		815	1107	30	1137
Gesamt		1.132		3.688	4.820	119	4.939

Wahlbeteiligung an Wahlen, Volks- und Bürgerentscheiden, sowie Anteil Briefwähler, seit 1994

Wahl	Datum	Wahl- berechtigte	Wähler gesamt		davon Briefwähler ^{*)}	
			absolut	in %	absolut	in %
Europawahl	12.06.1994	12.691	7.651	60,29%	1.027	13,42%
Landtagswahl	25.09.1994	12.624	8.810	69,79%	1.651	18,74%
Bezirkswahl	25.09.1994	12.616	8.805	69,79%	1.649	18,73%
Bundestagswahl	16.10.1994	12.647	9.949	78,67%	1.697	17,06%
Volksentscheid	01.10.1995	12.654	4.886	38,61%	815	16,68%
Kommunalwahl	10.03.1996	12.579	9.168	72,88%	3.261	35,57%
Bürgermeister-Stichwahl	24.03.1996	12.556	8752	69,70%	2.057	23,50%
Nachwahl des. 1 BM	09.03.1997	12.581	9.276	73,73%	1.453	15,66%
Bürgerentscheid	23.11.1997	12.734	6.623	52,01%	526	7,94%
Volksentscheid	08.02.1998	12.638	5.667	44,84%	524	9,25%
Landtags- u. Bezirkswahl	13.09.1998	12.651	8.898	70,33%	2.045	22,98%
Bundestagswahl	27.09.1998	12.674	10.093	79,64%	2.258	22,37%
Europawahl	13.06.1999	12.657	5.810	45,90%	794	13,67%
Bürgerentscheid	27.05.2001	12.733	2.798	21,97%	308	11,01%
Kommunalwahl	03.03.2002	12.811	8.085	63,11%	2.092	25,88%
Bundestagswahl	22.09.2002	12.774	9.917	77,63%	2.290	23,09%
Landtagswahl	21.09.2003	12.779	7.166	56,08%	1.576	21,99%
Europawahl	13.06.2004	12.823	5.459	42,57%	862	15,79%
Bundestagswahl	18.09.2005	12.849	9.658	75,17%	1.806	18,70%
Kommunalwahl	02.03.2008	13.015	7.895	60,66%	2.445	30,97%
Bürgermeister-Stichwahl	16.03.2008	12.996	7.497	57,69%	1.873	24,98%
Landtags- u. Bezirkswahl	28.09.2008	12.845	7.236	56,33%	1.848	25,54%
Europawahl	07.06.2009	12.901	5.390	41,78%	1.569	29,11%
Bundestagswahl	27.09.2009	12.905	8.794	68,14%	2.428	27,61%
Volksentscheid "Rauchen"	04.07.2010	12.915	5.068	39,24%	1.056	20,84%
Landratswahl	20.11.2011	13.036	5.236	40,17%	892	17,04%
Landtags- u. Bezirkswahl	15.09.2013	12.811	7.506	58,59%	3.013	40,14%
Bundestagswahl	22.09.2013	12.848	8.433	65,64%	3.001	35,59%
Kommunalwahl	16.03.2014	13.135	7.544	57,43%	3.782	50,13%
Europawahl	25.05.2014	12.880	5.186	40,26%	1.947	37,54%
Bundestagswahl	24.09.2017	12.738	9.285	72,89%	3.247	34,97%
Landratswahl	24.09.2017	13.316	8.714	65,44%	3.014	34,59%
Landtags- u. Bezirkswahl	14.10.2018	12.630	8.461	66,99%	3.273	38,68%
Europawahl	26.05.2019	12.650	7.268	57,45%	2.822	38,83%
Bürgerentscheid Schl.Hof	19.01.2020	13.180	4.939	37,47%	1.266	25,63%
Kommunalwahl	15.03.2020	13.142	7.285	55,43%	4.442	60,97%
Durchschnitt		12.806	7.478	58,45%	1.961	25,70%

*)beantragte Briefwahlunterlagen; weicht von der Zahl der Briefwähler ab, da nicht alle Briefwahlunterlagen wieder abgegeben werden

Kosten der Bürgerentscheide bezüglich der Ortsumfahrung Schlungenhof in der Stadt Gunzenhausen

Abstimmungshelferentschädigung	9.775,00 €
Abstimmungsmaterial (z.B. Unterlagen f. Abst.Vorstand)	398,40 €
Stimmzettel	378,08 €
Abstimmungsunterlagen (Benachrichtigungen, Umschläge, Abstimmungsscheine, Briefabstimmung, etc.)	3.390,27 €
Portokosten	4.541,85 €
Entschädigung für Abstimmungslokale	910,00 €
Miete Stadthalle Abstimmungshelfereinweisung	277,50 €
Nebenkosten, Sonstiges ca.	600,00 €
Personalkosten für hauptamtliche Mitarbeiter, Bauhof etc. ca.	30.000,00 €
Gesamtaufwand	50.271,10 €

„So kann es nicht bleiben“

Die Gunzenhäuser SPD sucht eine neue Lösung für **SCHLUNGENHOF** und will keine Zeit verstreichen lassen.

GUNZENHAUSEN. „Es muss eine Umgehungsvariante geben, mit der alle leben können.“ Davon sind Bianca Bauer und Angela Schmidt überzeugt. Für die beiden Sozialdemokratinnen ist der Ausgang des Bürgerbegehrens zur B13-Umfahrung von Schlungenhof deshalb auch nicht der Endpunkt unter dieser Geschichte, sondern vielmehr ein möglicher Neustart.

Am Ausgang des Bürgerentscheids gibt es laut Bauer „nichts zur rütmeln“. Die Bürger hatten sich am 19. Januar mit deutlicher Mehrheit gegen die vom Staatlichen Bauamt Ansbach favorisierte Variante zur Umfahrung von Schlungenhof ausgesprochen. Klar ist für die Bürgermeisterkandidatin der Gunzenhäuser SPD aber auch, dass es für Schlungenhof eine „ordentliche Lösung“ braucht. So, wie es ist, „kann es nicht bleiben“, betont auch die Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Angela Schmidt im Gespräch mit dem *Altmühl-Boten*.

Den beiden SPD-Stadträtinnen schwebt dabei nicht einfach eine Lärmschutz-Lösung vor, vielmehr sehen sie nach Schmidts Worten bei den vielen verschiedenen Varianten, die im Gespräch waren, noch „Handlungsoptionen“. Das Staatliche Bauamt habe da einige „einfach vom Tisch gewischt“. Die sollten nun im Rahmen einer Machbarkeitsstudie genauer untersucht werden.

Zeitfenster geöffnet

Unterstützung erhalten Bianca Bauer und Angela Schmidt dabei vom Fürther Bundestagsabgeordneten Carsten Träger. Nachdem der bisherige Betreuungsabgeordnete der SPD für Altmühlfranken, Martin Burkert, aus dem Bundestag ausgeschieden ist, betreut Träger nun zusätzlich zum Ansbacher Raum auch den Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen. Gerade in Zeiten des Klimawandels



Foto: Marianne Natalis

Die Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Angela Schmidt, die Bürgermeisterkandidatin Bianca Bauer und der Bundestagsabgeordnete Carsten Träger (von links) sind sich sicher, dass es für Schlungenhof eine bessere Lösung als allein Lärmschutz geben muss.

sowie der Verkehr eine große Rolle. Der umweltpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion sieht da derzeit das „Zeitfenster“ geöffnet, um vernünftige Lösungen für das gesamte Problem auf den Weg zu bringen.

Keinesfalls dürfe man nun hin warten, da sind sich die drei Genossen einig, bis die Bahn ihre Pläne „aus dem Hut zaubert“ und Fakten schaffe. Schmidt sieht hier die Gefahr, dass die Bahn lediglich den Bürgerentscheid abgewartet habe und nun schnell ihre eigenen Ziele verfolge. Denn der Konzern will die Bahnübergänge zwischen Gunzenhausen und Muhr am See auflösen, der Ersatz sollte der am wenigsten teure sein. Die Bahn sei „ein Tanker“, dessen Kurs man nur „schwer korrigieren“ könne, wenn er erst einmal Fahrt aufgenommen habe, so Träger. Die Stadt

müsse sich jetzt mit dem Staatlichen Bauamt und der Bahn an einen Tisch setzen. Der Abgeordnete wird in dieser Sache mit der Bahn möglichst schnell Kontakt aufnehmen, hieß es bei dem Pressegespräch.

Jetzt Weichen stellen

Der Bürgerentscheid sei ein Jahr, genauer bis zum 18. Januar 2021, bindend. Diese Zeit dürfe man nicht ungenutzt verstreichen lassen, bekräftigten die drei Genossen, vielmehr müsse man bereits jetzt die Weichen für die Zeit danach stellen.

Bianca Bauer und Angela Schmidt ließen keinen Zweifel daran, dass sie eine Umgehung von Schlungenhof klar favorisieren, mit Lärmschutz allein komme man hier nicht weiter. Welche der vom Bauamt verworfenen Varianten in ihren Augen ein

näheres Hinschauen lohnt, das sagten sie nicht. Da gebe es mehrere Möglichkeiten, blieb Angela Schmidt vage, das müsse nun zusammen mit der Bahn und dem Bauamt besprochen werden.

Hilfreich könnten dabei auch die erst vor wenigen Tagen im Bundestag beschlossenen Gesetzespakete zum Klimaschutz sein, davon geht Träger aus. Für den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs stehe nun wesentlich mehr Geld zur Verfügung, das gelte auch für die Schiene. Zudem wurde nach seinen Worten eine Regelung zur Planungsbeschleunigung auf den Weg gebracht.

Auf jeden Fall werden die Sozialdemokraten in Gunzenhausen in dieser Sache „am Ball bleiben“. Das versicherte Angela Schmidt am Ende des Gesprächs. **MARIANNE NATALIS**



So nah - und doch so fern: Die Gunzenhäuser Ortsteile Schlungenhof und Laubenzedel liegen nur einen Kilometer auseinander; beim Abstimmen über das Bürgerbegehren lagen jedoch Welten zwischen ihnen.

„Nicht gegen den Willen der Stadt“

Der Bürgerentscheid zur **UMGEHUNG SCHLUNGENHOF** war auch Thema bei der Bürgerversammlung. VON JÜRGEN EISENBRAND

GUNZENHAUSEN. Eine volle Stunde lang sprach Karl-Heinz Fitz am Montagabend zu den – inklusive Verwaltungsmitarbeitern und Stadträten – rund 130 Besuchern der Bürgerversammlung in der Stadthalle. Aber über die bislang wohl größte Niederlage seiner Amtszeit verlor der Gunzenhäuser Rathauschef kein Wort.

Erst auf Nachfrage eines Bürgers, wie es denn nach dem Bürgerentscheid gegen die Umgehung mit und in Schlungenhof weitergehe, rang sich Fitz ein paar Sätze ab. Und klang dabei reichlich frustriert.

„Das war ein klares Votum gegen die Umgehung“, ordnete er die Abstimmung vom Sonntag ein. Deshalb werde das Staatliche Bauamt Ansbach (StBA) diese auch „nicht weiterplanen“, das Projekt komme „zu den Unterlagen“. Und er prophezeite: „Es wird für Schlungenhof keine Umgehung geben.“

Auf Nachfrage des *Altmühl-Boten*, warum er als ausgewiesener Befürworter der Planungen sich nicht stärker dafür ins Zeug gelegt und Werbung für das Ratsbegehren gemacht habe, verwies der gelernte Jurist Fitz auf gesetzliche Regelungen, die ihm in seiner Funktion als Bürgermeister eine Neutralitätspflicht auferlegten: „Und daran habe ich mich strikt gehalten.“

Die offene Liste von Piraten und Die Linke hat sich sehr zufrieden über den Ausgang des Bürgerentscheids geäußert. Die Wähler hätten sich gegen weitere Straßen und für eine echte Verkehrswende ausgesprochen. Die Vernunft habe gesiegt.

Die überwältigende Mehrheit für das Bürgerbegehren der ÖDP zeige nicht nur, dass die Bürger gegen die geplante Umgehung seien, sondern auch endlich eine andere Verkehrspolitik wollten: zukunftsorientiert, klimafreundlich und menschenfreundlich, so Bürgermeisterkandidat Peter Reitmaier (Laubenzedel). Das eindeutige Ergebnis sei ein klares Signal an den amtierenden Bürgermeister und die konservativen Stadträte, dass sich die Wähler eben nicht mehr alles gefallen ließen.

Die einzig richtige Reaktion der Verantwortlichen hätte sein müssen, den Willen des Bürgers anzunehmen und sich trotz allen persönlichen

Ärgers für die immer noch lärmgeplagten Schlungenhöfer und die Entwicklung des Dorfes einzusetzen. Allerdings bestehe nun das Problem weiter, entsprechend sollte sich die Stadt dafür einsetzen, dass hier Lösungen gesucht und finanziert werden.

FDP-Stadtrat Werner Falk sieht seine Position bestätigt. „Ich war generell dafür, dem Bürgerbegehren ein Ratsbegehren gegenüberzustellen, um dem Bürger die Möglichkeit zu geben, seine Meinung klar zum Ausdruck zu bringen.“

„Weil ihm aber der Text („eine Umgehung“) zu unpräzise gewesen sei, habe er letztlich gegen das Ratsbegehren gestimmt. „Ich hatte dafür plädiert, sich konkret auf die bahnparrallele Führung (7/2-Variante)

der neuen B 13 festzulegen. Die Wähler haben das am Sonntag wohl genauso gesehen und empfunden, denn sie wollten auf keinen Fall die landschaftszerstörende 3.1-Variante. Sie haben deshalb in der Konsequenz für das Bürgerbegehren votiert.“

Das Abstimmungsergebnis sei deshalb – wenige Wochen vor der Kommunalwahl – „eine klare Absage an die CSU, die sich mit ihrer ‚Informativoffensive‘ weit aus dem Fenster gehalten hatte.“

Die Schlungenhöfer Ortssprecherin Ella Reichardt wiederum betonte,

dass in ihrem Ortsteil nicht, wie von Simon Scherer (ÖDP) vorgerechnet, nur 164 von 292 Wahlberechtigten überhaupt abgestimmt hätten. Der Mitinitiator des Bürgerbegehrens habe „die 51 Briefwähler nicht hinzugezählt“. Somit hätten 215 Schlungenhöfer von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht: „Dies, finde ich, ist eine sehr hohe Zahl.“

Am Montagnachmittag äußerte sich auch das StBA zum Bürgervotum. „Aus fachlicher Sicht ist diese Entscheidung für uns zu bedauern, da in unseren Augen die Argumente für eine Ortsumgehung überwiegen“, teilte Behördenleiter Heinrich Schmidt mit. Der war im Vorfeld des Bürgerentscheids noch optimistisch gewesen und hatte selbstbewusst darauf verwiesen, dass seine Behörde bislang stets erfolgreich aus Bürgerentscheiden hervorgegangen sei.

Aber, so Schmidt: „Es gilt, was wir vor der Abstimmung gesagt haben: Das Staatliche Bauamt wird nicht gegen den erklärten Willen der Gesamtstadt Gunzenhausen handeln.“ Wie angekündigt, werde das Amt die Planung nun ruhen lassen und nicht weiter vorantreiben: „Die personellen und finanziellen Ressourcen des Staatlichen Bauamtes werden sich jetzt anderen Projekten widmen.“

Alle Informationen zur Ortsumfahrung B 13 Schlungenhof, also Planungsdokumente und Visualisierung, Präsentationen, bleiben „zum Zwecke der Transparenz auf der Homepage www.stbaan.bayern.de einsehbar.“

Auf die selbst gestellte Frage, wie es nun weitergehe, erklärte Schmidt in einer Presseerklärung: „Auch wenn die Bürgerinnen und Bürger mehrheitlich gegen die Ortsumfahrung votiert haben, hat der im Bundesverkehrswegeplan festgeschriebene Auftrag zur Realisierung der Ortsumfahrung in Schlungenhof B 13 formell weiter Bestand.“

Änderungen daran lägen nicht in der Hand seiner Behörde oder der Stadt. Hier müsste der Bundestag, der die Ortsumgehung in Auftrag gegeben hatte, in der Neufassung des Bundesverkehrswegeplans das Projekt zurückziehen. „Wichtig ist, dass auch in Zukunft ein enger Austausch zwischen Stadt, Landkreis und Staatlichem Bauamt stattfindet, um die Verkehrssituation für alle Beteiligten zu verbessern. Wir werden da unseren Beitrag leisten“, so Schmidt weiter.

Die weiteren Schritte zur Planung werde das Bauamt mit Stadt, Land und den Ministerien eng abstimmen – und darüber die Öffentlichkeit informieren.

➔
Es wird für Schlungenhof keine Umgehung geben.

➔
Das Ergebnis ist eine klare Absage an die CSU.



Gut besuchte Bürgerversammlung: Am Montagabend kamen in der Stadthalle etwa 130 Bürger, Stadträte und Mitarbeiter der Stadtverwaltung zusammen. Ein Thema war dabei natürlich auch der tags zuvor abgehaltene Bürgerentscheid.

DER STANDPUNKT



Von Anfang an überwogen die Zweifel an einer möglichen Umgehung

Der Ausgang des Bürgerentscheids in Gunzenhausen spricht eine klare Sprache gegen Projekte, die nicht überzeugen können.

**EIN KOMMENTAR
VON WOLFGANG DRESSLER**

Am Sonntagabend rief mich ein alter Bekannter an, der aus Gunzenhausen stammt und seit Längerem im Ausland lebt. Ich wollte ihn über den Ausgang des Bürgerentscheids in Gunzenhausen informieren – er hatte Mühe, mich inhaltlich zu verstehen. Als er schließlich kapierte, dass es um eine Umgehung von Schlungenhof ging, war seine prompte Anmerkung: „Aber da leben doch nur ganz wenige Menschen an der Ortsdurchfahrt. Und für die wollen die eine riesige Umfahrung bauen?“ Dieser starke Zweifel, ob eine Umgehung für den überregionalen Verkehr wie auch für die hiesige autofahrende Bevölkerung wirklich von großem Vorteil wäre, war seit Monaten mit Händen zu greifen. Viele sehen ein, dass die Schlungenhöfer an der B 13 lärm- und leidgeplagt sind, doch bei der Abwägung, ob für eine Umgehung wirklich eine Trasse durch die Wiesenlandschaft mit hohem Brückenbauwerk vor der B 466 gebaut werden sollte, war immer wieder zu hören, dass man eine solche Straße doch lieber bleiben lassen sollte. Entsprechend fiel am Sonntag das Wahlergebnis aus. Es ist mehr als eindeutig, und es stellt eine Klatsche für den Bürgermeister und den Stadtrat dar, hier an erster Stelle

die CSU-Fraktion. Die Bundesstraße 13 im Raum Gunzenhausen war für die Verkehrsplaner schon immer ein Sorgenkind. Sie wurde zwar aus dem Stadtgebiet herausgenommen, aber ihr Verlauf mit den rechten Winkeln und der Nicht-Vorfahrt nahe der Firma Ulrich erscheint nicht überzeugend und lässt den Verkehr nicht so fließen, wie man sich das für eine Umgehung aus einem Guss vorstellt. Ganz anders die B 466, da besteht eine Umfahrung, die überzeugt. Jetzt darf man den staatlichen Verkehrsplanern nicht einfach mangelnde Kompetenz vorwerfen. Vor einigen Jahren sprachen sich die übergeordnete Politik und mit ihr die Fachstellen für die B 13 als zu verbessernde Verbindung zwischen Ansbach und Weißenburg aus, die Staatsstraße 2222 von Gunzenhausen nach Pleinfeld war damit aus dem Rennen. Einer zu ertüchtigenden B 13 bei Gunzenhausen steht allerdings die Topographie im Wege, es ist wenig Platz und eine überzeugende Trassenführung nicht in Sicht. Und die Bürger sind inzwischen sensibel geworden, was den Flächenverbrauch angeht. Sie lassen sich nicht mehr so einfach mit dem Argument gewinnen, dass hier doch viele Millionen Euro aus der Bundeskasse fließen würden. Erst kommt die Sinnhaftigkeit eines solchen Bau-

vorhabens, dann die Frage der Finanzierung – auch das eine Lehre aus dem Sonntag. Die heimische ÖDP, schwach an Mitgliedern und Wählerstimmen, aber stark und findig darin, Volkes Meinung zu erspüren und Front gegen umstrittene Projekte zu machen, hat wieder einmal den richtigen Riecher gehabt. Für sie war es ermutigend und bestätigend, dass das Bürgerbegehren so viel und so rasche Unterstützung fand und Zustimmung aus allen Kreisen der Bevölkerung kam. Entscheidend war aber die ÖDP-Initiative vorher. Sie formulierte ein Bürgerbegehren, das der strengen juristischen Prüfung standhielt – was gar nicht so einfach ist. Damals schon wurden die Weichen gestellt für ein breites Nein zur Umgehung Schlungenhof. Das Ratsbegehren, mehrheitlich vom Stadtrat beschlossen, wirkte da nur wie eine pflichtgemäß in die Wege zu leitende Alternative zur ÖDP. Da war von Anfang an kein richtiger politischer Kampfeswille zu spüren, um die Anhängerschaft zu mobilisieren und das Blatt zu wenden. Selbst die CSU räumte ein, dass unter den Mitgliedern die Meinungen sehr geteilt waren. Die SPD äußerte sich überhaupt nicht mehr in den letzten Wochen, und aus den Beiträgen der Freien Wähler wurde man nicht recht schlau. Eine Verbesse-

rung der Radwegeverbindungen in allen Ehren, aber das war nicht der Knackpunkt bei diesem Bürgerentscheid. Wo aber, und das muss gefragt werden, war Bürgermeister Karl-Heinz Fitz (CSU)? Er hat in der Vergangenheit bewiesen, dass er unliebsame Themen anpackt, dass er dabei auf die breite Bevölkerung zugeht und mit guten Argumenten eine Lösung herbeizuführen gewillt ist, die man unter der Rubrik „gesunder Menschenverstand“ einordnen kann. Im Fall der Diskussion über die Schlungenhöfer Umgehung blieb er bis zum Schluss seltsam blass, auch wenn er für die Umgehung war. So kennt man ihn eigentlich nicht. Zwei mögliche Gründe bieten sich an. Erstens war er vielleicht persönlich nicht von einer Umfahrung von Schlungenhof überzeugt. Zweitens könnte es sein, dass er früh Volkes Stimme hörte und merkte, dass hier für ihn kein Blumentopf zu gewinnen war. Jetzt, mit dem Ergebnis vom Sonntag, hat die hiesige CSU wenige Wochen vor der Kommunalwahl einen massiven Dämpfer erlitten. Sie mag beklagen, dass in der Öffentlichkeit seit Wochen viele zweifelhafte oder schlichtweg falsche Aussagen zur Umfahrung und den Kosten gemacht worden sind, und sie mag bedauern, dass sie von anderen politischen Gruppen zu wenig Rückendeckung

bekam, aber das hilft ihr in keiner Weise. Von wegen mangelnde Unterstützung: Wo war eigentlich die heimische Wirtschaft im Vorfeld des Bürgerentscheids? Sie beklagt zuweilen, dass es mit den Autobahnanschlüssen nicht zum Besten steht. Beim Thema Schlungenhof herrschte beredetes Schweigen. Und warum eigentlich positionierten sich der Bundespolitiker Artur Auernhammer und der Landtagsabgeordnete Manuel Westphal nicht? Sie sind doch für überörtliche Belange zuständig. Tatsache ist, dass anders als im Fall der B 2 hier in Gunzenhausen Politik und Wirtschaft nicht lautstark und mit langem Atem für eine Ertüchtigung der B 13 trommeln. Wie soll es jetzt weitergehen? Dass der Bund die Umgehung Schlungenhof weiter vorantreibt, scheint ausgeschlossen. Er sollte aber die B 13-Umfahrung von Gunzenhausen weiter im Auge behalten. Das reicht von mehr Lärmschutz in Schlungenhof über einen Kreisverkehr beim Altmühlsee (wo es links nach Weißenburg/München abgeht) bis zu einer anderen Verkehrsführung an besagter Einmündung bei der Firma Ulrich. Es gilt jetzt, nicht die Hände in den Schoß zu legen, sondern zu erreichen, was möglich ist, ohne Flächenfraß.

✉ wolfgang.dressler@pressenetz.de

Jubel bei der ÖDP – Enttäuschung im Rathaus

Stellungnahmen zum Ausgang des Bürgerentscheids. Ob es konkrete Verbesserungsmaßnahmen für **SCHLUNGENHOF** geben wird, ist offen. VON MARIANNE NATALIS

GUNZENHAUSEN. „Ein Sieg der Vernunft“ ist der deutliche Ausgang des Bürgerentscheids für Simon Scherer, einen der drei Initiatoren des Bürgerbegehrens gegen den Bau einer B13-Umfahrung von Schlungenhof. Bürgermeister Karl-Heinz Fitz dagegen war hörbar enttäuscht, versicherte aber, dass er das Votum akzeptiere.

3725 Bürger, und damit eine klare Mehrheit, haben sich am Sonntag gegen den Bau einer B13-Umfahrung von Schlungenhof ausgesprochen. Beziehungsweise genauer: Sie haben dafür gestimmt, dass die Stadt keine Grundstücke für den Bau einer B13-Umgehung von Schlungenhof zur Verfügung stellt. Dieser Umweg war notwendig, weil Bürgerbegehren gegen ein Bauprojekt des Bundes – und ein solches ist eine Umgehungsstraße – nicht möglich sind. Die Stadt besitzt offensichtlich bereits Grund in dem Bereich, wo die vom Staatlichen Bauamt Ansbach favorisierte Variante 3.1 verlaufen hätte sollen, nämlich zwischen Schlungenhof und Laubenzedel. Fast 80 Prozent Ja-Stimmen konnte der Bürgerentscheid 2 somit für sich verbuchen, mit Nein stimmten hier lediglich 936 Bürger.

Das vom Stadtrat initiierte Ratsbegehren für den Bau der Umgehung fiel dagegen, wie berichtet, bei den insgesamt 4939 Wählern, die zu den Urnen gegangen sind, durch: Nur 1160 Stimmen unterstützten dieses Vorhaben, 3422 sagten Nein zu dem Ratsbegehren.

„Wir freuen uns riesig“, erklärte Scherer gestern im Gespräch mit dem *Altmühl-Boten*, der „gesunde Menschenverstand“ habe sich durchgesetzt. Als „absolut wichtiges Teilergebnis“ wertet Scherer den Wahlausgang in Schlungenhof. Dort haben 109 Bürger das Ratsbegehren befürwortet, aber auch 57 das Bürgerbegehren. Immerhin ein Drittel, rechnet



Die Gegner der B13-Umfahrung von Schlungenhof haben gut lachen: Mit dem eindeutigen Votum gegen das umstrittene Straßenbauprojekt wird das Staatliche Bauamt die Pläne wohl ad acta legen.

der ÖDP-Politiker vor, der Schlungenhörer seien also gegen den Bau der Umgehung. Erstaunlich ist in diesem Zusammenhang, dass von den 292 Wahlberechtigten aus Schlungenhof lediglich 164 Bürger von diesem Recht Gebrauch machten.

„Klarer Auftrag“

Scherer sieht in dem Gesamtergebnis nun einen „klaren Auftrag“ an das Staatliche Bauamt und den Bürgermeister, Schlungenhof jetzt nicht im Stich zu lassen, sondern dort Maßnahmen zu ergreifen, die die Auswirkungen des Verkehrs abmildern. Er nannte u. a. Schallschutzmaßnahmen, Fußgängerunter- oder -überführungen sowie Einfädelstreifen.

Scherer gab unumwunden zu, dass er und seine Parteikollegen von dem deutlichen Ausgang der Abstimmung „unglaublich überrascht“ worden seien. Vor allem mit Blick auf die

„tiefe Klimakrise“, in der die Welt stecke, sei diese Entscheidung „exemplarisch“.

Bürgermeister Fitz hatte nie mit seiner Meinung hinterm Berg gehalten, dass er eine Umfahrung von Schlungenhof befürwortet und sich davon enorme Entwicklungschancen für den Stadtteil versprochen hat. Die sieht er nun nicht mehr gegeben, denn das Staatliche Bauamt habe ja bereits im Vorfeld erklärt, dass es das Projekt B13-Umgehung nicht weiter verfolgen werde, wenn sich die Bürger mehrheitlich dagegen aussprechen würden. Und zwar unabhängig davon, dass ein Bürgerentscheid lediglich ein Jahr bindend ist.

Zwar sei die Wahlbeteiligung mit rund 37,5 Prozent recht gering gewesen, der Bürgerentscheid sei aber dennoch ein „demokratisches Instrument“, die Entscheidung gefallen. Es müsse sich nun aber niemand der

Illusion hingeben, dass nun in Schlungenhof irgendwelche Verbesserungsmaßnahmen auf den Weg gebracht würden. Nach seiner Einschätzung werde da „nichts passieren“. Das Staatliche Bauamt habe über den Bundesverkehrswegeplan den klaren Auftrag, eine Umgehung zu bauen. Dafür sei auch das Geld eingestellt. Wenn nun keine Umfahrung komme, dann „fließen die Millionen woanders hin“.

Minimale Wirkung

Die von Scherer genannten Verbesserungsmaßnahmen sieht Fitz zu dem kritisch. Flüsterasphalt bringe erst ab einer bestimmten Geschwindigkeit Abhilfe und die Schallschutzwände müssten teilweise bis zu acht Meter hoch gebaut werden, um überhaupt eine minimale Wirkung zu zeigen. Die 16 000 Fahrzeuge, die täglich durch Schlungenhof fahren, würden

dadurch nicht reduziert, die Gesundheitsbeeinträchtigung für die Anwohner bleibe bestehen.

Ein großes Lob sprach Fitz seinen Mitarbeitern aus. Diesen Bürgerentscheid zwei Monate vor der Kommunalwahl zu stemmen, sei ein echter „Kraftakt“ gewesen. Das Team um Hauptamtsleiter Klaus Stephan und den Leiter der Stabsstelle Informations- und Kommunikationstechnik, Horst Schäfer, habe hier „sehr professionell“ gearbeitet.

Privat erleichtert und als Ortssprecherin enttäuscht, so erlebte Ella Reichardt den Wahlausgang am Sonntagabend. Seit das Staatliche Bauamt die Variante 3.1 zum Favoriten erkornt hat, saß die Ortssprecherin von Schlungenhof zwischen allen Stühlen. „Das hat mich lahmgelegt“, sagte sie, denn als Bewohnerin der Siedlung wäre sie von der neuen Trasse direkt betroffen.

Für die Anwohner der B13 ist das Ergebnis natürlich wenig erfreulich, das weiß Ella Reichardt und das tut ihr auch Leid. Die Situation sei aber auch einfach verzwickelt, denn es gebe keine gute Lösung für alle. Wichtig sei nun, dass Lärmschutzmaßnahmen kommen.

Christoph Mötsch ist mit dem Ausgang der Abstimmung sehr zufrieden. Der Ortssprecher von Laubenzedel spricht von einem „starken Signal“ an die bundesweite Verkehrspolitik. Er hatte das Projekt von Beginn an abgelehnt und sieht sich nun bestätigt. Gespannt dürfe man sein, ob das Staatliche Bauamt die Umgehungspläne von Merkendorf und Muhr am See nun trotzdem weiterverfolge.

Für Schlungenhof gelte es nun, Maßnahmen wie etwa die Einführung von Tempo 30 zu ergreifen.

INFO
Die Tabelle zum Wahlausgang: Seite 27



Foto: Marianne Naitalis

In der Stephani-Schule wurden die Stimmen der Briefwähler ausgezählt. Rund 1250 Wahlberechtigte hatten sich für diese Form der Stimmabgabe entschieden. Aufgeteilt in vier Briefwahllokale machten sich die ehrenamtlichen Helfer dort zunächst daran, die Kuverts zu öffnen.

Klare Sache für das Bürgerbegehren

Laut dem vorläufigen Endergebnis sprachen sich gestern **3725 ABSTIMMUNGSBERECHTIGTE** gegen den Bau einer B13-Umfahrung von Schlungenhof aus.

GUNZENHAUSEN. Klarer Erfolg für das Bürgerbegehren „Heimat bewahren – deshalb Stopp zur B13-Ortsumfahrung Schlungenhof“: Die Gegner des umstrittenen Straßenprojekts haben das notwendig Quorum von 20 Prozent der Abstimmungsberechtigten mehr als erreicht. Das Ratsbegehren dagegen fand beim Wähler keine Zustimmung.

2600 Stimmen wären notwendig gewesen, damit der von Simon Sche-

rer, Kilian Welser und Dr. Thomas Lutz initiierte Bürgerentscheid – der auf dem Stimmzettel unter „Bürgerentscheid 2 firmierte – erfolgreich ist, mit 3725 Stimmen lagen die Gegner der B13-Ortsumfahrung weit über dieser notwendigen Schallgrenze, so das vorläufige Ergebnis der Abstimmung.

Das vom Stadtrat auf den Weg gebrachte Ratsbegehren (Bürgerentscheid 1) „Verkehr raus – Gesundheit

schützen – Lärm und Abgase stoppen“, das für den Bau der Umgehung steht, dagegen fiel in Bausch und Bogen durch. Mit 1160 blieben die Befürworter weit unter dem angestrebten Quorum.

Und auch bei der Stichfrage, die angesichts dieses eindeutigen Ergebnisses nicht mehr relevant ist, sprachen sich mehr als drei Viertel der Wähler gegen die Ortsumgehung von Schlungenhof aus. Besonders klar

fiel das Votum in Laubenzedel aus: Von den 433 Wahlberechtigten gingen 259 Bürger zu den Urnen und brachten ihre Ablehnung der vom Straßenbauamt Ansbach ins Auge gefasste Trasse zwischen Laubenzedel und Schlungenhof deutlich zum Ausdruck. Das Ratsbegehren erhielt hier 26 Ja- und 221 Nein-Stimmen, das Bürgerbegehren 234 Ja- und 21 Nein-Stimmen. Lange nicht so eindeutig sprachen sich im Gegenzug

die Schlungenhöfer für den Bau der Umgehung aus: 164 Bürger machten hier von ihrem Stimmrecht Gebrauch, das Ratsbegehren erhielt 109 Ja- und 48 Nein-Stimmen, das Bürgerbegehren 57 Ja- und 85 Nein-Stimmen.

Insgesamt gaben 4940 der 13180 Wahlberechtigten ihre Stimme ab, das sind rund 37,5 Prozent. Bereits um 19 Uhr waren alle Stimmen ausgezählt.

man

Drei Kreuze sind erlaubt

Am Sonntag sind die Gunzenhäuser beim **BÜRGERENTSCHEID** zur B13-Umgehung zu den Urnen gerufen.

GUNZENHAUSEN. Für oder gegen den Bau einer Umgehung von Schlungenhof können sich die Bürger von Gunzenhausen am morgigen Sonntag aussprechen. 13 200 Abstimmungsberechtigte sind zu den Urnen gerufen. Ganz so einfach ist es aber nicht, denn tatsächlich müssen in der Wahlkabine drei Kreuzchen gemacht werden, um seine Meinung vollständig kund zu tun.

Zunächst gibt es den Bürgerentscheid 1. Hier kann der Wähler die Frage, ob er dafür ist, dass die Stadt Gunzenhausen den geplanten Neubau einer B13-Ortsumfahrung um Schlungenhof befürwortet und weiterhin unterstützt, mit Ja oder Nein beantworten. Dieses Ratsbegehren hat der Stadtrat als Reaktion auf das von Simon Scherer, Kilian Welsler und Thomas Lutz initiierte Bürgerbegehren auf den Weg gebracht.

Für ihre Frage, ob man dafür ist, dass die Stadt Gunzenhausen den geplanten Neubau der B13-Ortsumfahrung ablehnt und alle für den Bau notwendigen Beschlüsse und Handlungen -insbesondere den Verkauf und Tausch von dafür notwendigen städtischen Grundstücken - ablehnt beziehungsweise unterlässt, sammelten die Initiatoren genügend Unterschriften und brachten so den Bürgerentscheid auf den Weg. Er firmiert auf dem Abstimmungsblatt unter „Bürgerentscheid 2“, auch hier kann der Wähler Ja oder Nein ankreuzen.

Als angenommen gilt ein Bürgerentscheid, wenn er das notwendige Quorum erreicht. Das sind 20 Prozent der Abstimmungsberechtigten, am Sonntag also 2600 gültig Stimmen.

Nun kann es aber sein, dass beide Entscheide dieses Quorum erreichen und damit beide angenommen sind. Im Gegensatz zu einer Wahl, wo dann die Mehrheit gewinnen würde, kommt hier die Stichfrage ins Spiel. Denn hier sagt der Wähler ganz klar, ob er in diesem Falle für Bürgerentscheid 1 oder 2 ist. Hier zählt dann am Ende jede Stimme, denn dann setzt sich der Bürgerentscheid durch, der mehr Stimmen bekommt.

Wer also möchte, dass seine Stimme bei diesem Bürgerentscheid zählt, sollte bei der Stichfrage unbedingt ein Kreuz machen. Der Abstimmungszettel ist aber auch gültig, wenn man nur ein oder zwei Kreuze macht.

Stimmzettel für die Bürgerentscheide in Gunzenhausen am Sonntag, den 19.01.2020	
Bürgerentscheid 1: Ratsbegehren „Verkehr raus – Gesundheit schützen – Lärm und Abgase STOPPEN!“	Bürgerentscheid 2: Bürgerbegehren „Heimat bewahren – deshalb STOPP zur B13-Ortsumfahrung Schlungenhof!“
Sind Sie dafür, dass die Stadt Gunzenhausen den geplanten Neubau einer B13-Ortsumfahrung um Schlungenhof befürwortet und weiterhin unterstützt und damit die notwendigen Beschlüsse und Handlungen, insbesondere den Verkauf und/oder Tausch von dafür notwendigen städtischen Grundstücken vornehmen darf?	Sind Sie dafür, dass die Stadt Gunzenhausen den geplanten Neubau der B13-Ortsumfahrung Schlungenhof ablehnt und alle für den Bau notwendigen Beschlüsse und Handlungen - insbesondere den Verkauf und Tausch von dafür notwendigen städtischen Grundstücken - ablehnt bzw. unterlässt?
<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Stichfrage Werden die bei Bürgerentscheid 1 und 2 zur Abstimmung gestellten Fragen in einer miteinander nicht zu vereinbarenden Weise jeweils mehrheitlich mit Ja beantwortet? Welche Entscheidung soll dann gelten?	
<input type="checkbox"/> Bürgerentscheid 1 (Ratsbegehren) <input type="checkbox"/> Bürgerentscheid 2 (Bürgerbegehren)	

Maximal drei Kreuze können die Bürger am Sonntag in der Wahlkabine machen. Unser Foto zeigt ein Muster des Stimmzettels.

Rund 200 Wahlhelfer sind am Sonntag in den 27 Wahllokalen und dem Briefwahlzentrum in der Stephani-Schule im Einsatz, um ab 18 Uhr – dann schließen die ab 8 Uhr geöffneten Wahllokale – mit dem Auszählen zu beginnen und möglichst bald ein vorläufiges Ergebnis zu präsentieren. Der *Altmühl-Bote* wird, sobald ein Ergebnis feststeht, gleich am Sonntagabend über den Ausgang des Bürgerentscheids unter nordbayern.de/gunzenhausen berichten. Das endgültige Wahlergebnis wird am Dienstag, 21. Januar, im Haus des Gastes festgelegt.

Wenn keiner von beiden Entscheiden das erforderliche Quorum erreicht, dann ändert sich an der jetzigen Situation erst einmal nichts. Sollte einer der beiden Entscheide allein die notwendigen Stimmen erhalten (oder über die Stichfrage gewinnen),

so ist der Stadtrat in seinen Entscheidungen ein Jahr lang an dieses Wählervotum gebunden.

Wer seine Wahlbenachrichtigung für den Bürgerentscheid verloren hat, kann übrigens trotzdem an der Abstimmung teilnehmen. Er muss lediglich seinen Personalausweis in sein angestammtes Wahllokal mitnehmen.

Das Staatliche Bauamt Ansbach, federführend bei dem Umgehungsprojekt, ruft die Einwohner von Gunzenhausen in einer Pressemitteilung übrigens dazu auf, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. „Wir sind daran interessiert, dass die Entscheidung auf einem möglichst breiten Fundament steht. Wie auch immer der Entscheid ausfällt, wir werden das Ergebnis respektieren“, so Amtsleiter Heinrich Schmidt.

MARIANNE NATALIS

Amtliche Fakten Ortsumfahrung Schlungenhof

	Streckenbau	Flächenbedarf o. Ausgleich	Belastung		KOSTEN		
			Flächenverlust	Arten-schutz	B 13	Bahnunterführung	Gesamt:
Variante 3.1:	3235 m	6,9 ha	mittel	minus	17 Mio.	27,50 Mio.	44,5 Mio.
Variante 7:	4655 m	7,9 ha	hoch	minus	18 Mio.	27,50 Mio.	45,7 Mio.
Geschätzt:							
Variante CSU	4850 m	11 ha	hoch	minus	27 Mio.	27,50 Mio.	55 Mio.

Nichtamtliche Bewertung:

Es geht nicht um Menschen, Natur u. Verkehr – SONDERN NUR UMS GELD!

1. Varianten nötig, damit Landkreis u. Stadt Kosten für Bahnunterführung mindern kann. Investoren scharren schon!
2. Verkehr wird nicht an Gunzenhausen vorbeigeführt sondern hineingeführt. Varianten = Umweg, da verkehrte Richtung!
3. Tourismus lebt von schöner Natur und nicht von lauten, längeren Straßen und mehr Co₂. Luftkurort und Blaualgen?

4. Aktuelles von Bahn: Entscheidung noch offen! Landkreis hat Zusage für Unterführung gegeben.

Kontaktdaten: Elisabeth Meyer, Laubenzedel 52

DER LESER HAT DAS WORT

Zum Thema Ortsumfahrung Schlungenhof

Fehlentwicklungen

Mein Fazit: Wägt man die hinlänglich angeführten Pro-/Contra-Argumente bezüglich der in vielerlei Hinsicht mit immensem Aufwand geplanten Ortsumfahrung von Schlungenhof ab, die vom Staatlichen Bauamt Ansbach und mehrheitlich von der CSU im Ratsbegehren favorisiert wird, zeigt sich, dass sie in allen Varianten bestehende Probleme allenfalls im Ansatz löst, massive weitere nach sich zieht, Stückwerk bleibt und Fehlentwicklungen buchstäblich zementiert, wie so oft in und um Gunzenhausen in der Vergangenheit. Dabei könnte den unmittelbar Betroffenen mit einem Bruchteil der veranschlagten Kosten und einem Bündel von Maßnahmen nachhaltig geholfen werden!

Bleibt, der Bürgerinitiative für ihren enormen Einsatz zu danken; auch dafür, dass keiner nach eventueller Verwirklichung des Projekts mit seinen fatalen Auswirkungen sagen kann: „Ja, wenn ich das nur vorher einmal gewusst hätte...“

Noch besteht die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen und auf verträgliche Lösungen zu setzen, aber dazu muss man wählen gehen.

Rudolf Müller, Gunzenhausen

Kein Weiter so

Die Bahnstrecke Pleinfeld-Wassertrüdingen wurde 1849 zuerst gebaut. Die Bahnstrecke zwischen Muhr am See und Gunzenhausen wurde 1859 gebaut. Die Strecke nach Treuchtlingen 1869 als letzte. Wäre die Bahnlinie Ansbach-Treuchtlingen zuerst gebaut worden, hätte der Bahnhof wahrscheinlich eine Nord-Süd-Ausrichtung bekommen und wäre sehr wahrscheinlich an anderer Stelle. Wichtiger war damals scheinbar die Ost-West-Richtung.

Vor etwa 30 bis 40 Jahren hätte meines Wissens die Stadt Gunzenhausen die Möglichkeit gehabt, die jetzige Nord-Süd-Richtung als Bahn-Hauptstrecke anzuerkennen. Leider wurde die Streckenführung am jetzigen Altmühlsee entlang mit dem damaligem Hauptargument, Gunzenhausen bekäme dann einen Sackbahnhof (nur Nord-Süd-Richtung), abgelehnt. Zu dieser Zeit waren Landverbrauch, Lärm und Luftverschmutzung noch nicht das große Thema, ein S-Bahnhof in der Nähe des Sees kaum denkbar.

Trotz Streit über die Holzbauertrasse wurde dann letztendlich ein halbherziger Kompromiss geschlossen. Die müssliche Lage der B13 in Muhr am See wurde durch die jetzige Brücke über die Bahn endlich entschärft. Der nördlich übliche Zugang

nach Gunzenhausen wurde nicht abgeschnitten und die favorisierte A9-Verbindung wurde nur verschoben. Somit wurden zwei Brücken für die B13 (Muhr) und die B466 (Nähe McDonald's) mit jeweiliger Durchgangsbreite für eine zukünftige Holzbauertrasse gebaut.

Mit ausschlaggebend für die jetzige Misere ist insbesondere der für unsere Region jetzt geänderte Bundesverkehrswegeplan. Es wurde nach altem BVWP 2003 Brücken gebaut, die man mit dem jetzigen Rückbau der Bahn Muhr am See nach Gunzenhausen (in Extremausführung gedacht) eigentlich nicht mehr benötigen würde. Aber da es nun mal schon so ist, sollen weitere Brücken bzw. Unterführungen (Auflösung fünf Bahnübergänge) über dieses 1859 gebaute, eigentlich sinnlose Gleiswerk verbaut und alles danach ausgerichtet werden.

Spätestens jetzt müssten die Weichen so gestellt werden, dass dieser Unfug nicht weiter so vonstatten geht. In welchem Umfang wird der Güter-Rangierbahnhof von Gunzenhausen noch wirtschaftlich über Bahnlinie Ansbach-Treuchtlingen genutzt? Von Bosch-Industriekessel und Baywa werden Güter seit mindestens 20 bis 35 Jahren nicht mehr direkt von hier aus mit der Bahn transportiert. Deshalb: gebündelte Bahn (insbesondere für Transitver-

kehr) mit B13 in Einhausung über Niveau Ringleiter, mit S-Bahnhof etc., zwischen Schlungenhof und Altmühlsee, in lautloser Ausführung. Die geschlossene Zweifach-Einhausung mit Erdreich, Schlamm großteils vom Altmühlseegrund abgedeckt und aufgefüllt, würde einen weiteren Synergieeffekt ergeben. Das heißt, ein etwas tieferer See und größere Mengen von schneller Schlammmentnahme durch kurze Wege würden die Algenplage sicher merklich mindern. Die durch Doppel-Einhausung nicht verlorene Landfläche bis zum See könnte als FFH-Gebiet genutzt werden.

Die kurze effiziente Streckenführung wird in jeder Hinsicht nur gute Aspekte liefern. Das muss die Zukunft sein. Es muss aus meiner Sicht etwas weitsichtiger gedacht, geplant werden.

Gerhard Karl, Buchenberg

INFO

In unserer Rubrik „Leserbriefe“ werden keine redaktionellen Meinungsäußerungen, sondern die Ansichten der Einsender wiedergegeben. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Die Verfasser sollten Anschrift und Telefonnummer angeben, insbesondere bei Einsendungen per E-Mail.

LESER SCHREIBEN DER REDAKTION

Zum Thema Umgehung Schlungenhof

Möglichkeiten sind da

Gegen das Vorhaben des Bundes, die Straßenverbindung Würzburg-Ingolstadt/Augsburg zu verbessern, ist nichts einzuwenden. Warum nutzt der Bund dann nicht die von ihm geschaffenen und seit kurzem zur Verfügung stehenden Möglichkeiten bzw. bringt sie mit ins Spiel? Die A 6 ist jetzt ab dem Abzweig Ansbach West Richtung Nürnberg sechsspurig, der Abzweig Roth zur B2 steht kurz vor der Vollendung. Dazu bedarf es auf der A 6 und der B13 lediglich Hinweistafeln, wie man sie an deutschen Autobahnen für den Lkw-Transitverkehr des Öfteren sieht. Der Aufwand wäre gering.

Diese „intelligente“ Verkehrsführung würde Schlungenhof bereits heute eine spürbare Entlastung bringen. Bei gutem Willen ließe sich dieses Konzept rund um das „Nadelöhr Schlungenhof“ bis zu einer etwa 50-prozentigen Lkw-Reduktion erweitern. Heute und nicht erst in zehn Jahren! Warum zehn Jahre? Für den theoretischen Fall, man würde sich morgen auf die Variante 3.1 einigen, würde es mindestens zehn Jahre bis zur Freigabe dauern.

Alle Lkw-Hersteller planen auf Sicht, ihre Motoren auf Gas- bzw. Elektroantrieb umzustellen. Daimler zum Beispiel beabsichtigt, binnen zwei Motor-Zyklen elektrisch zu fahren. Abgase und Geräusche sind dann kein Thema mehr. Gleiches gilt wesentlich früher für Pkw. Warum also nicht diese Schall- und Sichtschutzmaßnahmen bereits morgen auf der B 13 in Schlungenhof umsetzen? Als zusätzliche Entlastung werden wir in drei bis fünf Jahren durch die Weiterentwicklung

des teilautonomen Fahrens in der Lage sein, die Routen von Lkw und Pkw abhängig von Zielort und Fracht zu beeinflussen. Gunzenhausen ist in der glücklichen Lage, von Autobahnen umgeben zu sein. Bringen wir also den Schwerverkehr dorthin, wo er hingehört, und locken ihn nicht noch an.

Die aufgezeigten Perspektiven – zum Teil kurzfristig umsetzbar – erübrigen bei gutem Willen weiteres Suchen nach einvernehmlichen Lösungen für alle Betroffenen.

Jürgen M. Gollmick, Gunzenhausen

Der völlig falsche Weg

Kaum effektiver Lärmschutz an der geplanten B13-Ortsumgehung von Schlungenhof, absolut kein Lärmschutz zu den nördlichen und östlichen Wohngebieten von Schlungenhof – ein Albtraum. Ist man sich nicht bewusst, welches Verkehrsaufkommen im Schwerlastverkehr diese geplante Straße nach sich ziehen wird?

Mit dieser Umgehungsstraße zusammen mit den geplanten B13-Umgehungen in Merkendorf und Muhr am See, verbunden mit weiteren künftigen Umgehungen von Unterasbach, Dornhausen, Theilenhofen und Stopfenheim, öffnet man hier eine Lkw-Rennstrecke im Korridor von der Autobahn A6 bei Ansbach bis zur B2 bei Ellingen. Mehr als 80 Prozent wäre Transit-Lkw-Verkehr zur B2 und weiter nach Augsburg. Viele Lkw-Fahrer warten schon auf dieses Zuckerl, um hier zügig zur B2 abzukürzen. Diese Lkw wollen hier in unserem Landkreis gar nichts, außer billig und schnell durchrasen.

Der Lkw-Verkehr wird sich dabei hier mehr als verdoppeln. Die mit viel Feinstaub und Lärm Gestraften

und Leidtragenden sind alle Anlieger entlang dieser geplanten Ausbaustrecke sowie das Naherholungsgebiet am Altmühlsee. Jeder Lkw macht soviel Lärm wie 20 Pkw. Mit einer Erhöhung der Geschwindigkeit um 20 km/h verdoppelt sich der Lärmpegel beim Lkw.

Gegenüber den 50 km/h in Ortschaften haben wir somit bei 70 bis 80 km/h doppelt soviel Lärm außerhalb der Ortschaften. Beispiel Dettenheim: kein Lärmschutz an der B2, Anlieger können aufgrund der Dauerbeschallung durch schnell fahrende Kfz und Lkw auf der Umgehung nicht mehr schlafen und erkranken. Folge: keine Lebensqualität mehr und viele Immobilien werden entwertet. Vorher war alles besser.

Genau das würde hier auch den beiden Feriendörfern Laubenzedel und Schlungenhof blühen. Dazu käme auch viel mehr Lärm auf Gunzenhäuser Stadtteile, wie Reutberg I, Reutberg II, Aha und Unterasbach, sowie mehrere Hotels im Westen Gunzenhausens zu. Die viel östlichere Auffahrt auf die B466 würde auch dazu führen, dass Lkw über die kostenfreie Staatsstraße 2222 zur B2 fahren. Folge: Lkw-Lärm auch für östliche Stadtteile.

Vergessen wir hier nicht das Naherholungsgebiet Altmühlsee. Der Altmühlsee verliert ja aufgrund seiner sommerlichen Blaualgenprobleme von Jahr zu Jahr immer mehr Touristen. Sollte jetzt auch noch ein autobahnähnlicher Dauerlärm durch immer mehr Lkw auf der B13 dazu kommen, ist es um die Ruhe im Naherholungs- und Feriengebiet geschehen. Dann ist es kein Spaß mehr, hier Urlaub zu machen. Verlierer wären hier Ferienwohnungsbesitzer, Vermieter und Gastronomen um den Altmühlsee.

Wir brauchen hier keinen weiteren Lkw-Transitverkehr mit viel Lärm, Feinstaub und Verkehrsbehinderungen in und um Gunzenhausen. Folgerichtig braucht es auch keine geplante B13-Umfahrung Schlungenhof mehr. Sie wäre der völlig falsche Weg und keine Beruhigung von Schlungenhof, Gunzenhausen und dem Altmühlsee.

Uwe Maier, Gunzenhausen

Erneutes Eigentor

Das erste Mal hat sich die Ortsprecherin von Schlungenhof vor den Karren der CSU spannen lassen. Obwohl von vornherein klar war, dass es eigentlich nur eine Trasse zwischen Bahnlinie und Schlungenhof geben kann.

Jetzt hat die CSU andere Akteure gefunden, denen sie suggeriert, ihre neue CSU-Variante sei die beste. Da diese noch schlechter und rechtlich sowie nicht durchsetzbar ist, schießen sich die Schlungenhöfer wieder ein Eigentor.

Dann fällt die Wahl wieder auf die 3.1, die sie ja gar nicht wollen. Schade, dass die Akteure das nicht erkennen, dass sie ein zweites Mal benutzt werden. Der CSU geht es nur um die Macht des Kreuzleins beim Ratsbegehren.

Eva-Maria Ellebracht, Laubenzedel

INFO

In unserer Rubrik „Leserbriefe“ werden keine redaktionellen Meinungsäußerungen, sondern die Ansichten der Einsender wiedergegeben. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Die Verfasser sollten Anschrift und Telefonnummer angeben, insbesondere bei Einsendungen per E-Mail.

AUS DEM RATHAUS

Wegen Nacharbeiten zu

GUNZENHAUSEN. Das Einwohnermeldeamt und das Passamt, derzeit am Marktplatz 44 in Gunzenhausen zu finden, bleiben am Montag, 20. Januar, geschlossen. Grund sind die notwendigen Nacharbeiten zum Bürger- und Ratsentscheid.

Seite : L25

LESER SCHREIBEN DER REDAKTION

Da spielt Neid mit

Zum Thema Ortsumgehung von Schlungenhof

Eigentlich wollte ich mich nicht mit einmischen. Wenn ich aber die unqualifizierten Veröffentlichungen von ÖDP, Grünen und Piratenpartei lese, will ich doch noch einige Anmerkungen dazu machen. Ich erinnere mich an die Aussage am ÖDP-Stand am Wochenmarkt vom 9. Januar, als ich auf die Frage, ob die Schlungenhöfer besondere Menschen seien, die die schlechte Luft und den Lärm besser wegstecken können als die Menschen in den Umweltzonen der Großstädte, die Antwort bekam, das sei doch alles „Pipifax“, er sei vom Ruhrpott hergezogen, da könne man sagen, das war schlechte Luft.

Außerdem stört mich die Ortsumfahrung nicht, da es mir egal ist, ob ich geteerte Straßen oder mit Nitrat verseuchte Felder in Kauf nehme. Auch die Viehwirtschaft erzeugt viel CO₂ und gehört somit verkleinert. Des Weiteren machen die Bauern mit ihren schweren Traktoren mit den schweren Gülle-Anhängern auch unsere Straßen kaputt und verursachen somit Umweltschäden, die der Steuerzahler bezahlt.

Die Ortsumfahrung betrifft nicht nur Laubenzedel und Schlungenhof, sondern auch Gunzenhausen und Umgebung. Den Zwei-Prozent-Parteien geht es doch nicht um die Sache, sondern sie wollen sich nur

profilieren. Das sieht man doch schon in der Bundespolitik, wo die kleinen Parteien und Umweltverbände einem vorschreiben wollen, was man zu tun und zu lassen hat, und einem alles verbieten wollen.

Ich freue mich schon für die Laubenzedler, wenn in einigen Jahren die Bahnübergänge aufgelassen werden und dann nur noch ein Brückenbauwerk nach Laubenzedel besteht. Dann bin ich gespannt, wie die Bauern erfreut sind, die die großen Umwege auf ihre Felder in Kauf nehmen müssen.

Nochmal zum Wochenmarkt und dem ÖDP-Stand: Da wollte mir doch einer im Ernst weismachen, dass der Gleisbogen beim Gracklauer (früher Pein und Pein) einmal verschwindet und wir dann keine Stellwerke und Signale mehr brauchen, das gehe ja dann alles digital. Leider gehören aber zu einem Bahnhof Signale und Weichen, die durch Stellmotore bewegt werden und nur digital angesteuert werden. Leider gibt es bei uns einige, die grundsätzlich gegen alles Neue sind, ob berechtigt oder nicht, siehe Altmühlüberleiter zum Brombachsee und Altmühlsee mit Vogelinsel.

Heute schätzen die meisten Einheimischen und die Urlauber den Überleiter als tolles Freizeitgebiet zum Spazieren und Radfahren. Bildlich gesehen ist der Horizont unendlich, bei manchen reicht er nur bis von die eigenen Füße.

Ich denke, dass bei den Laubenzedlern ein großer Neid gegen die

Schlungenhöfer mitspielt, nur ist Neid kein guter Ratgeber. Anstatt miteinander Großes zu gestalten und zum Wohle aller gleichberechtigt und sinnvoll etwas zu verwirklichen, kocht jeder sein eigenes Süppchen. Na dann guten Appetit!

Johann Blank, Gunzenhausen

Realitätsfremd

Zum Bericht vom 13. Januar „Immensen Flächenverbrauch angeprangert“ im *Altmühl-Boten*

Bei der ÖDP-Veranstaltung in Laubenzedel gegen die geplante Ortsumgehung von Schlungenhof haben einseitig orientierte Redner sich sehr „besorgt“ über eine neue B13 geäußert. Die Ortsumfahrung mit einer Streckenlänge von ca. 1,7 Kilometern und etwa vier Hektar Flächenverbrauch würde angeblich die Artenvielfalt bedrohen und hätte darüber hinaus fürchterliche Folgen für die Vogelwelt, Flora und Fauna. Sogar von einem „Anschlag“ auf ein „Sahnestück der Region“ ist die Rede. Solche alberne Auslassungen halte ich allerdings für eine infantile, realitätsfremde Augenwischerei sowie Täuschung und Irreführung der Öffentlichkeit.

Keinesfalls durch die Ortsumgehung von Schlungenhof würden Vogelwelt und Insekten ausgelöscht. Das geschieht seit Jahren in Deutschland durch die gewaltigen Rotorblätter der Windkraftanlagen. So werden als Folge der verfehlten

Energiewende hierzulande jährlich mehr als eine Milliarde Insekten und Hunderttausende Zugvögel getötet.

Ferner verschwindet durch die Einführung von Monokulturen, wie Maisfelder für Biodiesel, in Bayern und im übrigen Deutschland ein Großteil der blühenden Wiesen. Die Monokulturen in Deutschland sind inzwischen so groß wie Sizilien. Werden vielleicht die genannten Realitäten in Laubenzedel spießbürgerlich ignoriert und mit nonchalanten Handbewegungen beiseite geschoben?

Des Weiteren habe ich den Eindruck, das die Bevölkerung von den Initiatoren des Bürgerbegehrens hinsichtlich der Kosten für die Ortsumfahrung falsch informiert wurde. Von den angeblich 44 Millionen Euro entfallen doch ca. 27 Millionen auf die Unterbeziehungsweise Überführung des Bahnübergangs an der Kreisstraße WUG 22 bei Laubenzedel.

Meinhard Träger, Gunzenhausen

INFO

In unserer Rubrik „Leserbriefe“ werden keine redaktionellen Meinungsäußerungen, sondern die Ansichten der Einsender wiedergegeben. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Die Verfasser sollten Anschrift und Telefonnummer angeben, insbesondere bei Einsendungen per E-Mail.

ÖDP spricht von hektischem Aktionismus

Vorschläge der CSU-Stadtratsfraktion ebenso **ABGELEHNT** wie die jüngsten Erläuterungen des Staatlichen Bauamtes.

GUNZENHAUSEN. Die jüngsten Stellungnahmen von CSU-Stadträten und Staatlichem Bauamt Ansbach zur geplanten Umgehung von Schlungenhof (*Altmühl-Bote* vom Freitag und Samstag) bewertet die ÖDP erwartungsgemäß mehr als kritisch. Sie meint, CSU und Ansbacher Behörde sähen ihre Felle davonschwimmen, anders könne man ihren „hektischen Aktionismus“ mit nochmals neuer B13-Umfahrungsvariante und Darstellung von angeblichen Fakten nicht interpretieren.

Wie der ÖDP-Kreisvorstand per Presseerklärung mitteilt, hätte der CSU-Vorschlag noch schlimmere Folgen als die Vorzugsvariante 3.1 des

Bauamtes. Noch mehr Flächenversiegelung wäre die Folge, weil hier schon beginnend ab der Bahnbrücke bei Muhr eine neue B13-Trasse gebaut werden solle. Zudem sei beim CSU-Vorschlag eine noch geringere verkehrsleitende Wirkung zu erwarten, da die Anbindung an die Bundesstraße 466 noch weiter im Osten vorgesehen sei.

Die ÖDP als Initiator des Bürgerbegehrens gegen die Umgehung sieht zudem das Risiko, dass dann über zwei weitere Wege Verkehr in die Kernstadt nach Gunzenhausen geleitet würde: über McDonald's/Nürnberger Straße sowie Kino/Alemannenstraße. Von einer Umgehung für Gun-

zenhausen könne hier keine Rede mehr sein. Dort, wo die CSU die neue B13-Umfahrung an die B466 anbinden wolle, sei zudem der Damm der B466 so hoch wie nirgends anders. Der neue Kreisell würde regelrecht über Gunzenhausen „thronen“. Dies würde eine noch ausgedehntere Beschallung Schlungenhofs, Laubenzedels, Sinderlachs und sogar Gunzenhausens zur Folge haben.

Bei der CSU-Variante müsste zudem, so argumentiert die Landkreis-ÖDP, das notwendige Brückenbauwerk über den Altmühlüberleiter noch höher werden. Insgesamt müsste man als Folge der CSU-Vorstellungen eine nochmalige erhebliche Kos-

tensteigerung der B13-Umfahrung befürchten.

Zur Darstellung des Staatlichen Bauamtes heißt es von der ÖDP, die Bürger sollten nicht auf die „amtlichen Einflüsterungsversuche“ hereinfallen – denn noch immer seien Ämter für die Bürger da und sollten nicht gegen diese arbeiten. Die ÖDP bleibe trotz des „Getöses“ der Gegenseite gelassen und sehe keinerlei Veranlassung, ihre Bewertung zu ändern. CSU und Bauamt wollten ein sinnloses Bauwerk durchdrücken und Probleme von heute mit Methoden von vorgestern lösen. **ab**

Siehe auch Leserbriefe zu diesem Thema auf der nächsten Seite.

Seite : L30

Bekanntmachung Nr. 5

Bürgerentscheide am Sonntag, 19. Januar 2020

hier: Unterrichtung der Abstimmungsvorsteher, deren Stellvertreter und der Schriftführer

Gemäß § 3 Abs. 3 GLKrWO sind die Mitglieder der Abstimmungsvorstände rechtzeitig vor dem Abstimmungstag über ihre Aufgaben zu unterrichten, sodass ein ordnungsgemäßer Ablauf der Abstimmungshandlung und der Ermittlung und Feststellung des Abstimmungsergebnisses gesichert ist.

Die Einweisung der **Briefabstimmungsvorsteher**, deren **Stellvertreter** und **Schriftführer** (Briefabstimmungslokal I bis III) findet am

Dienstag, 14. Januar 2020, 18.00 Uhr, in der Stadthalle, Isle-Platz 1, die Einweisung der Abstimmungsvorsteher, deren Stellvertreter und Schriftführer (Abstimmungsbezirk 1 bis 27) findet am

Dienstag, 14. Januar 2020, 19.30 Uhr, in der Stadthalle, Isle-Platz 1, statt. Um zahlreiche Teilnahme wird gebeten. **– Hauptamt –**

LESER SCHREIBEN DER REDAKTION

Zu den jüngsten Berichten über die Umgehungspläne für Schlungenhof:

Bürgertäuschung

Der Flächenverbrauch für die Vorzugsvariante 3.1 des Staatlichen Bauamts beträgt etwa acht Hektar, bei der CSU-Variante sind es zirka neun Hektar. Diese Flächen wären für immer von der landwirtschaftlichen Nutzung sowie der Tierwelt herausgenommen. Es ist doch eine Milchmädchenrechnung, wenn man nur die Teerdecke rechnet.

Eine Bürgertäuschung sind auch die 15800 Fahrzeuge in Schlungenhof. Diese Verkehrszählung betrifft den Knotenpunkt Ansbacher Straße Auffahrt B 13, gemäß Gutachten sind es übrigens 15000 Kraftfahrzeuge. Der gezählte Durchgangsverkehr in Schlungenhof beträgt 11800 Fahrzeuge. Der Rückbau ist auch kein begründetes Argument, dies wurde am Freitag von BN-Vertreter Tom Konopka eindrucksvoll erklärt, was auch ein Herr Pappler mitbekommen hat.

Die Verkehrsbelastungen für die Innenstadt zu verharmlosen und sich auf theoretische Zahlen zu stützen, hat mit der Praxis nichts zu tun. Das haben die Stadtbürger ja schon erkannt.

Gerhard Meyer, Laubenzedel

Der Preis ist zu hoch

In Australien brennen die Waldflächen ab, so groß wie Bayern und Baden Württemberg zusammen, mit Millionen von Tieren. Die Feuerwehren sind machtlos. In der Nachbar-

region sind die Menschen hilflos gegenüber den Regenfluten. Der Klimawandel wirft seine Schatten voraus.

Die Artenvielfalt ist in Deutschland dramatisch zurückgegangen! Und unser Winter bleibt diesmal aus?

Trotzdem einfach weiter so bei uns! Wir halten es für wichtig, dass wir ein Stück Bundesstraße um zirka 500 Meter von A nach B verlegen. Und wir halten es für richtig, dass wir dafür eine neue Auffahrt schaffen auf die um vier bis fünf Meter erhöhte Umgehungsstraße, mit riesigem Brückenbauwerk für Kreisel und Zu- und Abfahrten, mit Umlenkung des Überleiters, verbunden mit weiteren Brückenbauwerken an kleinen, aber wichtigen Bächen, mit Schallschutzwänden, Unter- oder Überführungen und was da noch alles dazukommt.

Wir staunen, glauben es kaum und freuen uns, dass wir diese umfangreichen Maßnahmen mit angeblich günstigen 17 Millionen Euro durchgeführt bekommen und das nicht mal selber zahlen müssen. Jedenfalls nicht als Stadt oder Landkreis, sondern „nur“ als Steuerzahler.

Und dann, wenn Straßen und Bauwerke geschaffen sind, dann ernten wir den Verkehr. Macht nichts, bauen wir einfach weitere Lärmschutzwände! Dann können die immer größeren und stärkeren Pkw und Lkw an Muhr, Laubenzedel und Schlungenhof vorbeibrausen.

Je länger die Lärmschutzwände (z. B. zwischen Muhr und Laubenzedel), desto besser sind wir geschützt vor Verkehrslärm und vor unnötigen

Einsichten (im doppelten Sinne). Und dann wären wir Schelme, wenn wir nicht die Gelegenheit am Schopfe ergreifen würden, um in diesen neu geschaffenen unwirtschaftlichen Zonen neue Gewerbegebiete zu errichten. Raus aus Schlungenhof, rein in die Wiesen zwischen Laubenzedel und Schlungenhof!

Haut fort die Wiesen, die kleinen Bäche und unspektakulären Schotterwege, die Rückzugsgebiete der heimischen Tierwelt – wir schaffen stattdessen den Fortschritt.

Weg mit der landschaftsprägenden Topografie unserer Heimat! Unseren Feriengästen präsentieren wir in Zukunft die neuen schnellen, lärmgeschützten Straßen, damit sie um so schneller wieder wegfahren, weil es ihnen bei uns nicht mehr gefällt.

Als wären wir nicht in der Lage, mit guten geeigneten städtebaulichen Maßnahmen die Situation in Schlungenhof zu verbessern, ohne den Verkehr so gewalttätig zu verlagern. Um die städtische Entwicklung voranzutreiben, gibt es andere sinnvolle, weniger umweltfeindliche, aber touristenfreundliche Maßnahmen.

Der Preis, der mit den Eingriffen in die Landschaft für die Verlegung der B 13 zwischen Muhr und Schlungenhof zu zahlen wäre, ist zu hoch, um ihn zu akzeptieren.

Gut, dass es der ÖDP gelungen ist, das Volksbegehren auf den Weg zu bringen. Und ich hoffe darauf, dass sich der gesunde Menschenverstand durchsetzt.

Renate Peiffer, Muhr am See, Gemeinderätin und Kreisrätin von Bündnis 90/Die Grünen

Wie kann es sein?

Die Funktion eines Staatlichen Bauamts ist es, die von der Regierung beschlossenen Vorgaben umzusetzen. Genau dies macht die Behörde aus Ansbach beim geplanten Ausbau der B13 und der Umgehung Schlungenhof. Die Anweisungen bekommt das Bauamt immer von der aktuellen gewählten Landes- und Bundesregierung, zurzeit werden hierfür die beiden zuständigen Ministerien von Bayern und der CSU gesteuert. Kann das Staatliche Bauamt dann, objektiv betrachtet, neutral beurteilen und handeln? Ist es für die Behörde möglich, zu einem anderen Ergebnis zu kommen, als ihr von der Regierung vorgegeben wird? Darf es solche Ergebnisse überhaupt geben?

Diese und weitere Fragen sind legitim, können und müssen gestellt werden, auch im Hinblick auf die Umgehung Schlungenhof. Da das Bauamt mit den gleichen Tricks und den teilweise falschen Behauptungen wie die hiesige CSU versucht, Stimmung zu machen, muss ein neutrales Handeln in Frage gestellt werden.

Wie sonst kann es sein, dass ein Staatliches Bauamt unterscheidet, ob das Geld vom Bund, Bahn oder Landkreis kommt? Dies sind schließlich alles Steuergelder, die nur sinnvoll eingesetzt werden dürfen, unabhängig davon, aus welchem Topf sie kommen.

Wie sonst kann es sein, dass eine Variante 3.1 nach jahrelangen Planungen und mühsamen Verhandlungen als die Lösung präsentiert wird, um dann in nur wenigen Wochen

wieder davon abzukommen? Wie kann es sein, dass Schlungenhof ohne einen Bau der Umgehung gar keine Lärmschutzmaßnahmen bekommt, wenn diese doch über allen Grenzwerten sind? Schließlich ist das Bauamt verpflichtet, sich in erster Linie um den Schutz der Bürger zu kümmern, auch wenn eine Umgehung im Bürgerbegehren abgelehnt würde.

Wie kann es sein, dass Berechnungen über die Zu- und Abnahme des Verkehrs erst im Nachhinein und nach Aufforderung von Laien stattgefunden haben? Dies hätte bei genauer Planung bereits im Vorfeld geschehen müssen.

Wie kann es sein, dass unabhängig einer möglichen Umgehungsvariante und zahlreichen ungeklärten Fragen, wie den Radwegen und dem Überschwemmungsgebiet, die Investitionssumme genau feststeht? Sehr wahrscheinlich wird auch diese Zahl, wie bei diversen anderen öffentlichen Projekten, insbesondere in Gunzenhausen, deutlich höher ausfallen als anfangs geplant.

Peter Reitmaier, Laubenzedel, Bürgermeisterkandidat der offenen Liste von Piraten und Die Linke

INFO

In unserer Rubrik „Leserbriefe“ werden keine redaktionellen Meinungsäußerungen, sondern die Ansichten der Einsender wiedergegeben. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Die Verfasser sollten Anschrift und Telefonnummer angeben, insbesondere bei Einsendungen per E-Mail.



Das Gruppenbild zum Abschluss gehört bei den Gegnern der Schlungenhöfer Umfahrung zur Tradition. Das Bild zeigt nur einen Teil der Teilnehmer. Auf Einladung der ÖDP waren viele zu der Kundgebung gekommen. Für den Abend war eine Informationsveranstaltung in Gunzenhausen anberaumt worden. Auch dort wurde vorsichtiger Optimismus für den Bürgerentscheid am Sonntag laut.

Immensen Flächenverbrauch angeprangert

Die Gegner der geplanten Umgehung von Schlungenhof bekräftigen ihre Linie mit einer **KUNDGEBUNG** am Ortseingang von Laubenzedel. VON WOLFGANG DRESSLER

GUNZENHAUSEN. Nach der CSU-Stadtratsfraktion und dem Staatlichen Bauamt Ansbach haben sich nun auch die Gegner einer Ortsumfahrung von Schlungenhof nochmals vor dem Bürgerentscheid am 19. Januar positioniert. Sie kamen am Freitag zunächst nachmittags in Laubenzedel zu einer gemeinsamen Demonstration und abends in der „Krone“ in Gunzenhausen zu einer Informationsversammlung zusammen. Die Botschaft war klar: Nein zu allen Umgehungsplänen! Es sollte nochmals ein Zeichen in und für die Öffentlichkeit gesetzt werden.

Dazu hatte die ÖDP eingeladen. Sie hat beim Bürgerbegehren die Federführung. Auf der Kundgebung am Ortseingang und später am Bahnübergang hielten sich die ÖDP-Vertreter aber eher zurück, die Hauptreden kamen von Tom Konopka, Regionalreferent des Bund Naturschutz für Mittel- und Oberfranken, und Gerhard Meyer, dem Sprecher der IG Laubenzedel. Die Moderation übernahm Norbert Ellebracht (IG Laubenzedel und BN Gunzenhausen).

Von besonderem Interesse war, was der in Nürnberg lebende Konopka zu sagen hatte. Der Bund Naturschutz ist ein überparteilicher, professioneller Verband, der schon manche juristische Auseinandersetzung zu Straßenbauprojekten geführt hat. Auch im Fall B13/Schlungenhof erscheint das vorstellbar. Der BN-Vertreter sprach von vermeidbarem Flächenfraß, Landschaftsverschandlung und Energievergeudung. Er lehne die Baupläne grundsätzlich ab und unterstütze das Bürgerbegehren.

Von der Größe Nürnbergs

Der Flächenfraß in Bayern sei neben der Klimakrise das größte ungelöste Umweltproblem. Jeden Tag gingen allein in Bayern zehn Hektar verloren (in ganz Deutschland 55 Hektar). Alle drei Jahre würde so im Freistaat eine Fläche von der Größe des Nürnberger Stadtgebietes verbaut und versiegelt. Haupttreiber sei der Bau von Wohnhäusern, vor allem getrieben durch den Straßenbau, weil dieser zu einer weiteren Trennung der Funktionen Wohnen/

Arbeiten/Versorgung beitrage. Die Bundesregierung wolle hier nach und nach eine Senkung auf national weniger als 30 Hektar/Tag erreichen. Alle anderen Bundesländer setzten dieses Ziel bereits um, nur Bayern stagniere auf hohem Niveau, sei weiterhin Spitzenreiter beim Flächenfraß. Bayerns Wirtschaftsminister Aiwanger habe zwar die Parole von maximal fünf Hektar/Tag bis 2030 ausgerufen, setze dabei auf die Freiwilligkeit der Kommunen, was schon in der Vergangenheit nicht geklappt habe. Und von staatlichen Planungen für Bundes- und Staatsstraßen sei in seiner „Flächensparoffensive“ nirgends die Rede.

Tom Konopka sah Umfahrungen wie Schlungenhof, Merkendorf oder Dietfurt als völlig falsches Signal. Hier müssten die Staatlichen Bauämter „endlich umdenken“. Bei der Schlungenhof-Umfahrung – Umgehung sei das falsche Wort, da niemand auf der Trasse gehen würde – liege der Flächenverbrauch bei der favorisierten Variante bei vier Hektar. Alle anderen Varianten würden noch mehr benötigen, das Landschaftsbild noch mehr verändern und alle Fahrwege erheblich länger machen. Einzig der Wille zu der Erhöhung des fließenden Verkehrs und der Zuführung von zusätzlichem Verkehr mit all seinen Problemen sei hier spürbar. Das Ziel einer zukunftsweisenden Straßenführung, die den Flächensparwillen der Politik abbilde und einen Beitrag zum Umweltschutz leiste, sei nicht erkennbar.

Der BN stehe für den Erhalt der Natur, des Artenschutzes und des Landschaftsbildes. Eine Umfahrung hätte negative Folgen für die hier typische Vogelwelt, für Flora und Fauna der Auenlandschaften und für das Touristengebiet Altmühlsee allgemein. Sie wäre „ein Anschlag auf ein Sahnestück der Region für den sanften Tourismus“.

Norbert Altreuther von der BN-Kreisgruppe Ansbach ergänzte, im Landkreis Ansbach sei der Flä-



Tom Konopka, beim Bund Naturschutz zuständig für Mittelfranken und Oberfranken, war von Nürnberg nach Laubenzedel gekommen.

chenverbrauch besonders hoch, und hier bestünden viele Pläne für Ortsumfahrungen, etwa im Raum Dinkelsbühl. Und im Fall von Merkendorf, wo das Planfeststellungsverfahren laufe, habe sich sein Verband gegen eine Verlegung der B13 ausgesprochen. Dort wolle der Bund eine 2500 Meter lange neue Straße, während die jetzige Straße 750 Meter lang sei. Ein Votum der Gunzenhäuser gegen die Umgehung Schlungenhof hätte sicherlich Wirkung in den Ansbacher Raum hinein.

„Geniestreich“ gelobt

ÖDP-Kreisvorsitzender Reinhard Ebert erinnerte an die seinerzeitigen Pläne für die Holzbauer-Trasse. Alle paar Jahre komme das Thema Schlungenhof wieder hoch. Dabei sei klar: Es gäbe wenig Nutzen für einen wahnsinnig großen Aufwand, so etwas könne er nur als krasses Missverhältnis bezeichnen. Es gelte: Was man heute an Straßen nicht baue, brauche man später nicht zurückzubauen. Im Übrigen habe die Holzbau-

er-Trasse eine andere Zielrichtung gehabt, nämlich über die Staatsstraße 2222 nach Pleinfeld. Norbert Ellebracht lobte Ebert dafür, dass dieser beim Bürgerbegehren einige Steine aus dem Weg geräumt habe. Das Bürgerbegehren selbst sei ein „Geniestreich“, so Ellebracht.

Gerhard Meyer, Sprecher der IG Laubenzedel, wies darauf hin, dass für eine Verlegung einer Bundesstraße klare, hohe Anforderungen gälten. Das reiche von der Erforderlichkeit über die plausible Linienführung bis zum Nutzen für die Allgemeinheit. Ein Schutz der Bürger von Schlungenhof gerade vor Lärm sei durchaus wünschenswert, da ließe sich aber auch einiges erreichen, wenn die Ortsdurchfahrt bleibe. Eine neue B13 würde massiv den Artenschutz beeinträchtigen – da könne er nur die Note sechs vergeben. Aus dem jüngsten Vorschlag der CSU-Stadträte lese er Angst und Verzweiflung heraus. Meyer forderte die CSU auf, endlich mit der „Trickserei“ aufzuhören.



Die nahe Laubenzedel gezeigten Plakate ließen nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig. Hier wurde gegen eine Verlegung der B13 „getrommelt“.

„Jetzt müssen Fakten auf den Tisch“

Heinrich Schmidt, der Leiter des Staatlichen Bauamts Ansbach, räumt mit einigen Mythen zur **UMGEHUNG SCHLUNGENHOF** auf.

GUNZENHAUSEN. Heinrich Schmidt hat zuletzt viel gelesen über jenes Projekt, an dem er seit mehr als zweieinhalb intensiv arbeitet. Und wahrlich nicht alles, was da in den sozialen Netzwerken oder auch in Leserbriefen an den *Altmühl-Boten* behauptet wurde, hat dem Leiter des Staatlichen Bauamts in Ansbach (StBA) gefallen. Gut eine Woche vor dem Bürgerentscheid zur Ortsumgehung Schlungenhof fordert er deshalb: „Eine Klarstellung ist notwendig, jetzt müssen die Fakten auf den Tisch.“

Zusammen mit seinem Chefplaner Werner Ott hat Schmidt in den Konferenzraum „Spielberg“ der Stadthalle geladen und erklärt noch einmal, worauf es ihm und seiner Behörde ankommt: „Wir möchten den Menschen in Gunzenhausen die notwendigen Informationen und Grundlagen für eine wohlüberlegte Entscheidung geben.“

Die wichtigsten Fragen – und Heinrich Schmidt Antworten:

Die Kosten

Immer wieder ist von 44 Millionen Euro die Rede, die die Umgehung angeblich koste. Dabei werden laut Schmidt gerne zwei Projekte in einen Topf geworfen, die man sauber trennen müsse.

Für die Umfahrung Schlungenhof kalkuliert man beim StBA mit etwa 17 Millionen Euro – und zwar egal, ob man die Vorzugsvariante 3.1 oder eine andere der vom Amt als tauglich bewerteten umsetzt. Den größeren Teil der besagten 44 Millionen, nämlich 27, verschlänge die Beseitigung des Bahnübergangs bei Laubenzedel mittels einer Unterführung.

Laut aktueller Rechtslage würden Bund, Bahn und Landkreis diese Summe zu gleichen Teilen übernehmen. Derzeit sei jedoch in Berlin ein Gesetz schon weit gediehen, nach dem künftig der Bund 50 Prozent, die Bahn ein Drittel und das Bundesland den Rest zu zahlen hätten – der Landkreis wäre fein raus.

Allerdings: Finanziell deutlich attraktiver wäre es für die Bahn, die Gleise mit einer Brücke zu queren. Die wird zwar vor Ort von allen Beteiligten aus ästhetischen Gründen abgelehnt, würde nach Schmidts grober Schätzung aber nur etwa 10 Millionen Euro kosten. Für den Fall, eine Umfahrung würde gebaut, wäre also „viel Verhandlungsgeschick notwendig, um der Bahn die Unterführung schmackhaft zu machen“, so Schmidt.

Vor- und Nachteile

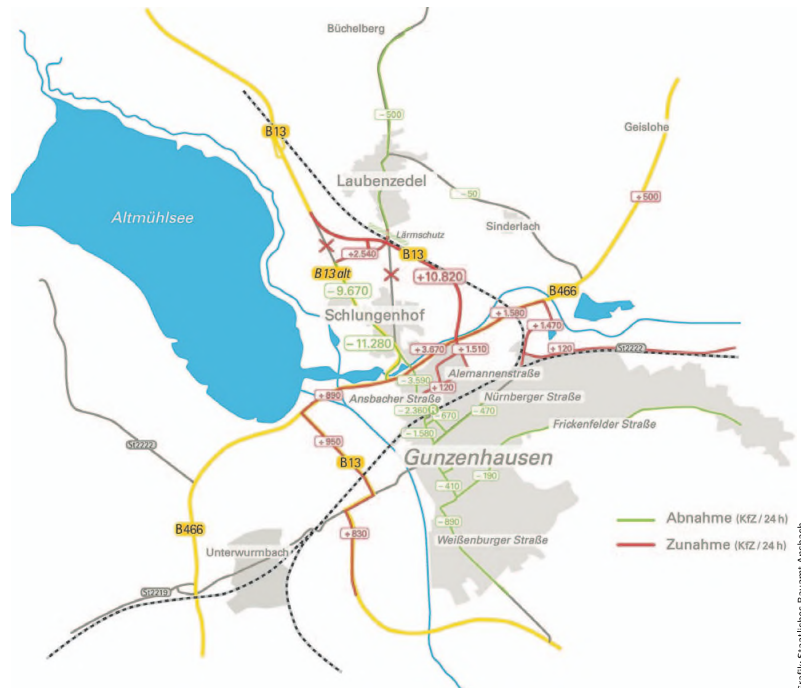
Heinrich Schmidt ist überzeugt, dass eine Ortsumfahrung „mehr Vorteile als Nachteile hat“. Schlungenhof werde „massiv entlastet“, 80 Prozent des Pkw- und „fast der gesamte Schwerverkehr werden verlagert“.

Die Befürchtung, die Laubenzeder würden im Gegenzug deutlich mehr belastet werden, sieht er nicht, im Gegenteil: Durch Lärmschutzmaßnahmen würden sie vom Bahnlärm entlastet, an keinem Wohnhaus werde der gesetzliche Lärmvorsorgewert überschritten.

Die Kernstadt

Befürchtungen seiner Kritiker, der Anschluss der B13 an die B466 am „Kino-Kreisel“ würde mehr Verkehr in die Kernstadt spülen, weist Schmidt zurück. Diese Sorgen seien nachvollziehbar, aber nach Auskunft von Fach-Planern unbegründet: „Wir können da Sorgen entkräften.“

Aufwändige Berechnungen hätten zwar eine leichte Zunahme des Verkehrs in der Alemannenstraße/In der Stritt sowie in der äußeren Nürnber-



Der Verkehr der Zukunft: Nach Berechnungen des Staatlichen Bauamts nimmt der Verkehr dank einer Umgehungsstraße in der Ansbacher Straße massiv ab, während er in der Alemannenstraße vergleichsweise moderat stärker wird.

ger Straße ergeben. In der Ansbacher, Bahnhof- und Bühlingerstraße bis hinaus in die Weissenburger Straße werde der Verkehr jedoch abnehmen (siehe Grafik).

Entwicklung Schlungenhof

Für Schlungenhof böte eine Umfahrung „großes Entwicklungspotenzial“, sagt Schmidt – eine Ansicht, die man auch im Gunzenhäuser Rathaus teilt. Man könne dort „städtbaulich ganz neu denken“, schwärmt auch StBA-Planer Werner Ott. Die beiden verkehrsreichsten Straßen seien massiv entlastet, die Lebensqualität steige entsprechend, der Ortsteil werde wieder attraktiver.

Dass die Menschen im Nordosten Schlungenhofs (Ringstraße) massiv unter der Umgehungsstraße leiden würden, glaubt Schmidt nicht. „Die Lärmvorsorgewerte von 49 Dezibel in der Nacht werden eingehalten“, verspricht er; bisher habe man maximal 47 Dezibel gemessen. Für die Anwohner der bisherigen Bundesstraße liege dieser Wert bei über 70, also im gesundheitsschädlichen Bereich.

Die Trassenführung

Das StBA hat sich auf die sogenannte Variante 3.1 festgelegt, „wobei auch andere Varianten sehr dicht dem favorisierten Trassenvorschlag folgten“, wie es in einer aktuellen Mitteilung der Behörde heißt. Das bedeutet: Ein Vorschlag, wie ihn die CSU zuletzt vorgelegt hat (*wir berichten in unserer gestrigen Ausgabe*), habe durchaus noch Chancen auf Realisierung.

Der Idee, die neue B13-Trasse gleich nach der Bahnbrücke in Muhr am See dicht an die Gleise heranzuführen, trifft beim StBA sogar auf großes Wohlwollen. Allein wegen des zu erwartenden Widerstands aus Laubenzedel habe man von dieser Version die Finger gelassen. Und das, obwohl sie laut Schmidt für den Ortsteil sogar ein „deutlicher Gewinn“ wäre, weil dann der Lärmsturzwall erheblich länger ausfiele, der Lauben-

zedel (auch) vor Zuglärm bewahrt. Auch die zweite CSU-Idee, die Trasse noch ein Stück länger an den Gleisen entlang zu führen und dann in einem Kreisverkehr zwischen Kino und McDonald's auf die B466 treffen zu lassen, sei „diskussionsfähig“. Allerdings schaffe man so auf der B466 einen weiteren Knotenpunkt, und man müsse zusätzliche Überlegungen anstellen, wie man die Masse des Verkehrs von dort aus wieder in Richtung der Gunzenhäuser Westumgehung bekomme.

der Kreisstraße zwischen Laubenzedel und Schlungenhof entsiegelt werden. „Der Landbedarf und die Zerschneidung der landwirtschaftlichen Flur sind unbestritten“, sagt Schmidt. „Sie werden aber mit der gewählten Trasse so gering wie möglich gehalten.“ Etwa, indem man die Trasse entlang alter Flurgrenzen führt, sodass bei Variante 3.1 nur drei „landwirtschaftliche Grundstücke mittig durchschnitten“ werden.

B13 ertüchtigen

Umfahrungs-Gegner schlagen gerne vor, auf den Neubau zu verzichten und mit dem gesparten Geld die Ortsdurchfahrt Schlungenhof zu optimieren, sie also auch mit Lärmschutzmaßnahmen auszustatten.

„So einfach ist das nicht“, sagt Heinrich Schmidt. Die Mittel für Ortsumgehungen könnten nicht einfach umgelenkt und in die Ertüchtigung einer bestehenden Trasse gesteckt werden. Lärmschutzmaßnahmen seien nur sehr eingeschränkt möglich, und „es würden weiterhin pro Tag bis zu 15 800 Fahrzeuge, darunter 1200 Lkw, durch Schlungenhof rollen – mit entsprechendem Lärm und Schadstoffausstoß“.

Erfolg des Bürgerbegehrens

Wenn die Gunzenhäuser am nächsten Sonntag dem Bürgerbegehren zustimmen und das Ratsbegehren ablehnen, „dann haben wir nach wie vor den gesetzlichen Auftrag, eine Umfahrung zu bauen“, sagt StBA-Chef Schmidt. Allerdings wiederholt er auch, was er immer wieder betont hat: Er werde „die Planung für eine Ortsumgehung Schlungenhof nicht gegen den Willen der Stadt Gunzenhausen weiterverfolgen“. Und den drücke der Bürgerentscheid aus.

Es gebe „zahlreiche andere Gemeinden, die sich nach einer Umgehung sehnen“, und dann arbeite seine Behörde eben daran weiter. Und in Schlungenhof passiert auf lange Zeit: nichts. **JÜRGEN EISENBRAND**



„Klarstellung notwendig“:
StBA-Leiter Heinrich Schmidt.

Flächenverbrauch und Naturschutz

„Jede Straße bedeutet eine neu versiegelte Fläche“, räumt Heinrich Schmidt ein. „Auch die Auswirkungen auf den Artenschutz und den Naturschutz sind sorgfältig zu prüfen, und es ist für Ausgleich zu sorgen.“ In Sachen Naturschutz sei die favorisierte Trasse „genehmigungsfähig“, besonders streng geschützte Tiere, die einen Straßenbau unmöglich machten, gebe es dort nicht.

Für die Umfahrung werden laut Schmidt etwa 5,5 Hektar (entspricht etwa sieben Fußballfeldern) benötigt, rund die Hälfte davon werde letztendlich auch versiegelt. Dafür könnten im Gegenzug nicht mehr benötigte Teile der „alten“ B13 und

CSU wirft sich für Umgehung in die Bresche

Stadtratsfraktion weist auf die ihrer Ansicht nach **BESTE LÖSUNG** hin. Großräumige Verkehrsführung und Perspektiven für Schlungenhof beachten. VON WOLFGANG DRESSLER

GUNZENHAUSEN. Wenige Tage vor dem Bürgerentscheid zur Umgehung von Schlungenhof beziehen die Christsozialen Position. Sie zeigen klare Kante für das Ratsbegehren, für die Möglichkeit, eine neue Straße zwischen Schlungenhof und Laubenzedel zu bauen, und gegen das Ansinnen der ÖDP, die geplante Umfahrung zu stoppen.

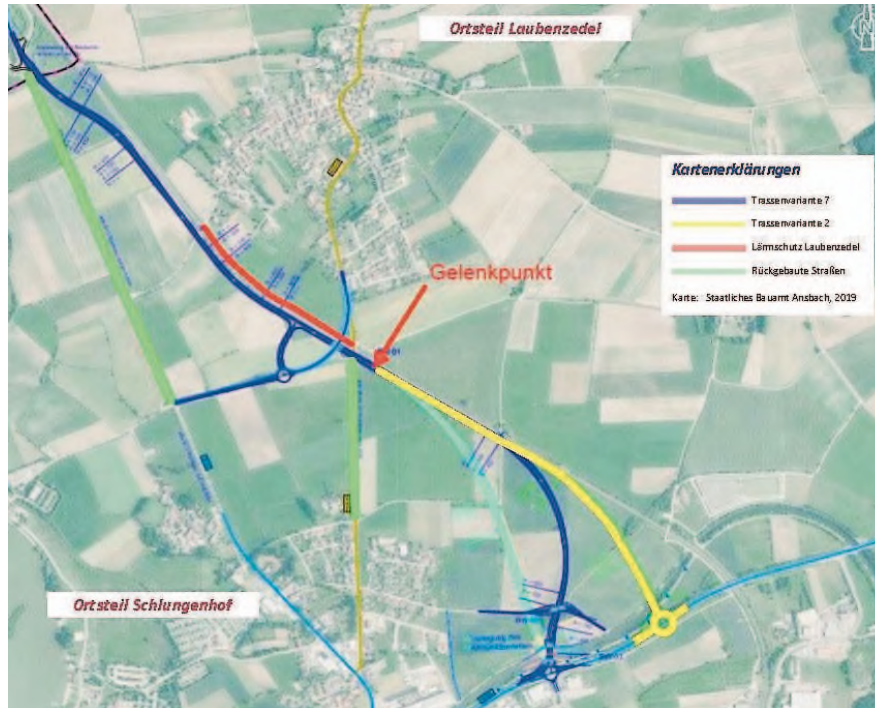
Es handelt sich um eine Initiative der CSU-Stadtratsfraktion. Dort ist man sich darin einig, dass die Ortsumgehung „dringend gebraucht“ wird, sagt Fraktionsvorsitzender Manfred Pappeler. Deshalb das Gespräch mit dem *Altmühl-Boten*, deshalb auch ein zweiseitiges Flugblatt, das die Fraktion entworfen hat und es möglichst vielen Haushalten im Stadtgebiet vor der Abstimmung am 19. Januar zukommen lassen wird.

Letztlich gehe es nicht um die genaue Trassenführung, sondern um die „übergeordnete Verkehrsführung“, argumentieren Manfred Pappeler und Friedrich Kolb. Der Bund habe sich festgelegt, die Verbindung zwischen Würzburg und Ingolstadt zu verbessern und damit die B13 möglichst an Orten vorbei zu führen. Das sei etwa nördlich von Ansbach bereits der Fall, südlich der Bezirkshauptstadt sehe es mit Merkendorf, Muhr und Schlungenhof anders aus, nämlich viel schlechter. Und die weitere Straßenführung der B13 um Gunzenhausen herum (Westumgehung) sei auch nicht der Weisheit letzter Schluss.

Nachholbedarf bei der B13

Man müsse deshalb die große Linie sehen. Immer wieder sei beklagt worden, der Landkreis habe keine Autobahnbindung. Mittlerweile habe sich bei den Fernstraßen einiges getan. Die B2 sei weitgehend ausgebaut, was vor allem dem Raum Weißenburg/Treuchtlingen zugute komme. Auch bei der B466 sei einiges geschehen. Nur die B13 verharre in einem Zustand, der seit Jahrzehnten unverändert sei. Jetzt wolle der Bund hier investieren, und das solle man vor Ort unterstützen. Solche Chancen kämen nicht so oft wieder.

Die Frage der Schlungenhöfer Umgehung ist in der Bevölkerung durchaus umstritten, das ist den CSU-Stadträten bewusst. Auch bei den eigenen Parteimitgliedern gingen die Meinungen auseinander. Dagegen spreche die Fraktion mit einer Sprache und wolle sich vor dem 19. Januar klar positionieren, damit die Bevöl-



So sollte eine Umgehung von Schlungenhof nach der Vorstellung der CSU-Stadtratsfraktion verlaufen: erst an der Bahnlinie (blaue Linie, Trassenvariante 7), dann auf der gelben Linie (Variante 2) bis zum Überleiter und zur B 466, wo ein neuer Kreisverkehr entsteht. Entscheidend sei aber derzeit nicht die genaue Trassenführung, sondern die politische Frage, ob die Bevölkerung die Argumente pro Umgehung anerkenne.

kerung die Pro-Argumente höre und würdigen könne. Denn nicht alles, was bisher in der Öffentlichkeit gesagt worden sei, beruhe auf Tatsachen, da sei auch viel Irreführendes dabei.

Das Staatliche Bauamt favorisiere die Trasse 3.1, lasse aber noch viel Spielraum erkennen, das sollte man wissen. Die CSU-Fraktion schlägt vor, die Umgehung von Norden her direkt an die Bahnlinie zu führen (Variante 7) und dann im Südosten nicht die „Kino-Lösung“ zu wählen, sondern die B13 etwas weiter östlich auf die B466 treffen zu lassen (Variante 2/siehe Karte). Man hätte im Ergebnis einen wesentlich geringeren Flächenverbrauch in der freien Flur, es würden keine landwirtschaftlichen Flächen von Bahndamm und Bundesstraße „eingeschlossen“. Nicht zuletzt könnte man die bisherige B13 auf rund 900 Metern Länge vollstän-

dig zurückbauen, im Ergebnis hätte man ein zusammenhängendes Landschaftsbild vom Ufer des Altmühlsees bis zur neuen Trasse der Bundesstraße am Bahndamm.

Flächenverbrauch nicht so groß

Gerade das Thema Flächenverbrauch werde von den politischen Gegnern immer wieder angeführt. Laut Manfred Pappeler wäre der Eingriff längst nicht so gravierend wie oft behauptet. Es entstünde eine 2,3 Kilometer lange, zwölf Meter breite Trasse, da komme er auf weniger als zwei Hektar. Von sieben Hektar könne nicht im Geringsten die Rede sein. Und man dürfe den erwähnten Straßenrückbau auch nicht vergessen, sei es zwischen Neuenmuhr und Schlungenhof oder zwischen Schlungenhof und Laubenzedel.

Ein weiteres Argument der CSU: Die Ortsumfahrung würde die Ge-

sundheit aller Schlungenhöfer schützen. Im Moment belasteten die rund 16000 Fahrzeuge täglich die Menschen mit Lärm, Abgas und Feinstaub. Die Umgehung würde bis zu 90 Prozent dieser „Fahrzeugflut“ an Schlungenhof vorbei führen. Nur die Umgehung böte die Chance, eine Dorfentwicklung von Schlungenhof anzustoßen. Hier wäre dann die Stadt gefordert. Schlungenhof wäre als Wohnort erheblich attraktiver, man würde Bauland bekommen. Im Übrigen würde eine ertüchtigte Bundesstraße den Verkehr leichter und flüssiger machen, es ergäbe sich ein geringerer Kraftstoffverbrauch, da käme im Lauf des Jahres einiges an Einsparung zusammen.

Die Variante 7 (Trasse weitgehend entlang der Bahn) hätte für Laubenzedel einen massiven Vorteil: Ein Lärmschutzwall würde gebaut werden – entlang des ganzen Ortes. Damit hät-

ten die Menschen dort endlich auch mehr Ruhe vor dem Bahnlärm.

Die anschließende Variante 2 rücke die Umgehung weg von der Schlungenhöfer Siedlung. Die Lärmbelastung wäre geringer, es würden nur wenige Grundstücke zwischen Bahn und Straße eingeschlossen, und es würde kein Fahrbahndamm für den landwirtschaftlichen Verkehr nötig. Mit dem Kreisverkehr an der Einmündung in die B13 – wohlgeleitet weiter östlich, nicht in Höhe des Kinos – würde vermieden, dass der Durchgangsverkehr doch wieder durch Gunzenhausen flösse. Vielmehr „leitet die neue Umgehungsstraße den Durchgangsverkehr tatsächlich um die Innenstadt herum“, so die CSU. Man würde auch hier einen wesentlichen Beitrag zum Umwelt- und Gesundheitsschutz leisten.

Details zur Finanzierung

Zu den Kosten: Gerade hier sehen die CSU-Stadträte in den letzten Monaten viele falsche oder verwirrende Angaben in der Öffentlichkeit. Sie gehen davon aus, dass das eigentliche Straßenbauprojekt 15 bis 17 Millionen Euro erfordert. Hinzu kommt die Beseitigung des schienengleichen Bahnübergangs bei Laubenzedel mit 25 bis 27 Millionen Euro. Ohne eine Umgehungsstraße würde es auf ein gigantisches Brückenbauwerk hinauslaufen, das habe die Bahn jetzt erneut klargestellt. Man hätte ein hässliches Bauwerk, und die Stadt Gunzenhausen und der Landkreis hätten die Verlegung der Kreisstraße maßgeblich zu finanzieren. Mit einer Ortsumfahrung könnte eine Straße unter der Bahnlinie gebaut werden (Tunnel), „und dann werden diese Baukosten auch größtenteils von Bundesregierung und Deutscher Bahn übernommen“.

Die CSU-Fraktion geht im Weiteren davon aus, dass der Bund, sollte es vor Ort politisch gewollt sein, die Westumgehung von Gunzenhausen ertüchtigen will. Das beginne am Altmühlsee mit einem neuen Kreisverkehr, der das Linksabbiegen Richtung Weißenburg/München überflüssig machen würde, und setze sich fort am Knotenpunkt bei der Firma Ulrich, der umgestaltet werden könnte, sodass der Verkehr viel leichter fließen würde. All das wäre im Sinne der übergeordneten Verkehrsführung wie der Menschen in der Region – eben wie auch im Fall der Umgehung von Schlungenhof.

DER LESER HAT DAS WORT

Das letzte Nadelöhr

Als Schlungenhöfer und Anlieger an der B 13 ärgern mich Argumente wie „es leben dort nur sehr wenig Menschen“ oder „Heimat bewahren“ sehr. Für Schlungenhöfer ist Schlungenhof die Heimat. Und die gilt es vor Lärm, Abgasen und Feinstaub zu schützen. Hinzu kommt der Querverkehr im Dorf, wenn zu Spitzenzeiten die Jungmeier-Kreuzung innerorts umfahren wird. Selbst das Überqueren der Straße an der Ampel ist gefährlich, weil diese oft übersehen wird.

Der Bund plant keine Straße wegen einzelner Anwohner, sondern wegen des Verkehrs. Und der wird nicht kommen, sondern der ist schon da! Zehntausend Fahrzeuge täglich auf der B 13 und der Kreisstraße WUG 22. Während der Total Sperre im letzten Jahr konnte man in Mörsach und Streudorf sehen, was passiert, wenn diese Hauptschlagader nicht mehr funktioniert.

Die ganze Region lebt von der B 13 und nutzt diese – auch die Gegner, von denen die meisten ruhig im Grünen wohnen, was ohne Auto und Straßen nicht vernünftig möglich wäre. Sie sprechen in Brexit-Manier von 44 Millionen Euro Einsparung, mit denen dann viel Gutes getan

wird. Das Geld ist aber zweckgebunden an die Straße und die Beseitigung der Bahnübergänge. Offen ist auch, wie die Bahn zum Erhalt des Bahnübergangs gezwungen werden soll, um eine Brücke oder Unterführung zu vermeiden, und was passiert, wenn dies nicht klappt.

Kommt es zu einem Stopp, bleibt für Schlungenhof nichts außer Lärm und Dreck, und der Ortskern blutet weiter aus. Es gibt auch kein Geld für Anlieger, wie oft gemunkelt wird. Bedenkt man, dass für Merkendorf

und Muhr auch eine Umfahrung geplant ist, wäre Schlungenhof das letzte Nadelöhr, das alles abkriegt.

Umweltschutz ist mehr als ein Gang zur Urne, weil das Problem nicht die Straße, sondern der Verkehr ist. Weniger Verkehr bedeutet aber Einschränkungen für jeden. Kein Auto mehr, sondern Bus und Bahn. Wer würde gegen eine Umfahrung stimmen, wenn er damit automatisch auf Auto oder B 13 verzichten muss? Wer tatsächlich verzichtet, hat meinen höchsten Respekt. Alles andere ist unmoralisch – eine Infrastruktur zu nutzen, vor der Haustür des anderen seinen Dreck zu hinterlassen und gleichzeitig den Betroffenen die Umfahrung als Schutzmaßnahme zu verweigern.

Markus Schober, Schlungenhof

Nicht glaubwürdig

Die Gunzenhäuser CSU-Stadtratsfraktion will unbedingt und mit Einsatz aller Mittel eine Ortsumgehung um Schlungenhof. Warum engagieren sich die CSU und Bürgermeister Fitz, dermaßen stark für die Lärm- und Umweltsituation der Anwohner in Schlungenhof? Wenn es in der Kernstadt um Verkehrsberuhigung und Geschwindigkeitsreduzierung geht, dann ist das Engagement der

CSU und der FW eher lau bis nicht vorhanden. Anträge auf Tempo 30 sind ein Angriff auf die Freiheit des Autofahrers und des fließenden Verkehrs. Und nun dieser emsige Einsatz.

Was sind die Motive? Ist es die einmalige Chance, dass Schlungenhof, als Ortsteil am Altmühlsee, sich städtebaulich positiv entwickeln kann? Was bedeutet das? Bekommen wir dann eine ganz tolle Seepromenade und luxuriöse Eigentumswohnungen mit Seeblick für zahlungskräftiges Klientel? Oder sogar ein 5-Sterne-Hotel mit Schwimmbad, weil das Schwimmen mit Blaualgen nicht so wirklich richtig Spaß macht? Scharren mögliche Investoren schon mit ihren Hufen? Sind die Grundstücke schon abgesteckt und die Baupläne schon erstellt?

Der grüne Anstrich, den sich die CSU zulegt, ist für mich in keinster Weise glaubwürdig. Und niemand spricht über das Radwegenetz, das völlig neu konzipiert werden müsste, wenn dieses unsägliche Bauprojekt jemals verwirklicht werden sollte.

Lasst uns unsere Heimat und unsere Landschaft bewahren, sie ist ein hohes Gut.

Ingrid Scala, Gunzenhausen, Mitglied im Ortsverein Bündnis 90/Die Grünen

VON DEN VEREINEN

Neuer Yogakurs beim BRSV beginnt

GUNZENHAUSEN. Am Dienstag, 14. Januar, startet der BRSV Gunzenhausen einen neuen Yogakurs. Beginn ist um 18.15 Uhr im Gymnastikraum des FC-Heims. Freie Plätze sind noch verfügbar. Nähere Informationen erhalten Interessierte in der Geschäftsstelle des BRSV Gunzenhausen. Ansprechpartnerin ist Claudia Lodes, zu erreichen unter Telefon 09831/8847618, oder info@brsv-gunzenhausen.de.

AUS DER LESERPOST

Eine kreative Lösung finden

Zum Thema Umgehung Schlungenhof und den jüngsten Leserbriefen über den Bürgerentscheid in Gunzenhausen

Es tut in der Seele weh, wenn hochkarätige, innovative Lösungsvorschläge unter den Tisch gefegt werden (Parteiinteressen und Machtinteressen etc.), wie zum Beispiel, dass eine Trassen-Bündelung der B13 mit einer Verlegung der DB-Bahnlinie einen enormen Synergieeffekt ergäbe. Im Stadtrat darf anscheinend darüber nicht diskutiert werden (Altmühl-Bote vom 4. Januar „Stochern im Nebel“).

Die bisherige Bahnstrecke mit den fünf Bahnübergängen von Muhr am See bis Gunzenhausen würde entfallen, wie genial. Die Bündelung der Bahn und B13-Trasse entlang dem Altmühlsee, schallgeschützt durch Einhausung oder Tunnel (Zweifach-Einhausung meist geschlossen, mit Erdreich abgedeckt, S-Bahnhof, großer Kreisel B466/B13/Bahnbrücke über B466 schallgeschützt oder Zweifach-Tunnel) wäre die kürzeste, schnellste und effizienteste Lösung für alle. Die Entlastung von Bahn- und Straßenlärm wäre für ganz Gunzenhausen enorm und so wichtig für unseren staatlich anerkannten Erholungsort. An derartiger qualitativer Innovation sollte sich die Stadt Gunzenhausen orientieren, engagieren und gegebenenfalls beteiligen.

Die eine zweistellige Millionen-summe kostende Unterführung bei Laubenzedel oder die zurzeit insge-

samt geschätzten 44 bis 50 Millionen Euro für die Vorzugsvariante 3.1 würden nicht benötigt, das gälte dann für diesbezügliche Bauwerke wie zum Beispiel eine weitere Bahnüber- bzw. -unterführung in der Bahnostschleife zur Auflösung der fünf Bahnübergänge.

Ein S-Bahnhof-Anschluss in Schlungenhof am Altmühlsee und ein S-Bahnhof in Gunzenhausen wären für ein erweitertes VGN-S-Bahnlinien-Netz vorgeplant. Menschen aus Nürnberg, Ansbach, Pleinfeld, Brombachsee, Treuchtlingen, Wassertrüdingen, Gunzenhausen und von weiter her könnten direkt mit dem Zug zum Altmühlsee fahren. Das ist die Zukunft. Hinter solchen Ideen steckt gewaltiges Potenzial.

Es mag für viele noch zu utopisch klingen. Aus meiner Sicht kann es ein Prestigeprojekt mit Vorbildfunktion werden, um zu zeigen wie der Bahn- und Straßenverkehr effizient geleitet und gleichzeitig Umwelt, Gesundheit und Tourismus davon profitieren. Für das Fränkische Seenland, Freizeit-, Erholungs- und Kurort, wären solche Projekte zukunftsweisend. Es ist durchaus vieles und mehr umsetzbar als das, was wir uns jetzt für unsere Heimat denken können. Auch diesbezügliche, zielgerichtete Kreativität in die Infrastruktur (weiter getragen durch Kommunalpolitik) vervielfacht, lässt den rohstoffarmen- und Produktionsstandort Deutschland global mithalten.

Die Grafiken hierzu stehen seit Monaten bei Lokalpolitikern und dem Staatlichen Bauamt zur Diskus-

sion bereit. Bei guter innovativer, kreativer Zukunftsplanung können wir alle nur profitieren.

Eine Variante zwischen Schlungenhof und Altmühlsee würde den Ort Schlungenhof durch keine Bundesstraße mehr trennen, der tatsächliche Durchgangsverkehr der B13 und (gegebenenfalls) der Transitverkehr der DB-Bahn würde nahezu unmerklich an Gunzenhausen vorbeigeführt und die Kernstadt von Gunzenhausen nachhaltig entlastet. Vor diesem Hintergrund ist das, was das Staatliche Bauamt ausgearbeitet hat, unbedingt zu verhindern. Es muss ein Umdenken stattfinden.

Gerhard Karl, Büchelberg

Ortstermin mit der ÖDP

Die **GEGNER** der Umgehung Schlungenhof informieren.

GUNZENHAUSEN. Der Bürgerentscheid über die Umgehung Schlungenhof am 19. Januar rückt näher, und im Vorfeld macht die ÖDP nochmals mobil für ihre Position. Sie lädt zu zwei Informationsveranstaltungen am Freitag, 10. Januar, ein.

Los geht es um 15 Uhr mit einer Ortsbegehung der geplanten B13-Trassen. Treffpunkt ist am Bahnübergang der Kreisstraße WUG 22 bei Laubenzedel. Es spricht Tom Konopka

vom Bund Naturschutz Mittelfranken. Die ÖDP sorgt auch für eine Traktortour und warme Getränke.

Der zweite Termin ist abends um 19 Uhr im Hotel „Krone“ in Gunzenhausen. Hier treten Kilian Welser (Sprecher des Bürgerbegehrens, ÖDP), Alexander Kohler (Kreisvorsitzender des Bund Naturschutz) und Andreas Gastner (Landesbund für Vogelschutz Weißenburg-Gunzenhausen) ans Rednerpult. **ab**

AUS DER LESERPOST

Nebelkerzen und Pseudoinformationen

Zum Artikel „Stochern im Nebel“ vom 4. Januar über die Sitzung des Gunzenhäuser Stadtrats, speziell zu den Ausführungen des Bürgermeisterkandidaten der FW Harald Romanowski

Der Nebel, in dem Teile des Stadtrats derzeit offenbar „stochern“, kommt wohl unter anderem daher, dass der Freie Wähler Romanowski davon spricht, dass „die von der ÖDP favorisierte modifizierte Nullvariante rund 27 Millionen Euro kosten werde“, wie im *Altmühl-Boten* zu lesen war. Dies ist schlicht falsch.

Die einzige Kostenschätzung, die zur sogenannten „modifizierten Nullvariante“ derzeit vorliegt, nennt für die Verlegung der Kreisstraße WUG22 aus Schlungenhof heraus nach Norden und den Rückbau der alten WUG22 als Radweg ca. fünf Millionen Euro.

Und eines noch zur Klarstellung: Die ÖDP-Kreistagsfraktion hat bezüglich des Bahnübergangs der Kreisstraße WUG22 bei Laubenzedel im Oktober 2018 im dafür zuständigen Kreistag den Verzicht sowohl auf eine Unterführung der WUG22 unter der Bahnlinie hindurch (wegen der Grundwasserwanne im Überschwemmungsgebiet) als auch den Verzicht auf eine Bahnüberführung (wegen der riesigen Rampe, die bereits innerhalb Laubenzedels beginnen würde) beantragt und sich klar für eine Beibehaltung des Status quo ausgesprochen. Leider wurde der ÖDP-Antrag – auch mit den Stimmen der FW-Fraktion – mit Zweidrittelmehrheit abgelehnt.

Wer also, wie die FW, diese Kosten des Neubaus einer Bahnunterbeziehungsweise -überführung der WUG22 irreführenderweise der „modifizierten Nullvariante“ mitzurechnet, der lichtet nicht den Nebel, sondern zündet vielmehr zusätzliche Nebelkerzen, um die Chancen dieser sinnvollen und kostenmäßig angemessenen Variante künstlich zu vernebeln und die „modifizierte Nullvariante“ zugunsten anderer in Misskredit zu bringen.

Nicht wir von der ÖDP haben „den Bürger mit Halbwahrheiten zur Unterschrift unter das Bürgerbegehren gebracht“ – eine wahrlich dreiste Unterstellung – nein, die FW um die Herren Romanowski und Dr. Winter sind es, die seit geraumer Zeit einen „halbgenen Brei von Pseudoinformationen“ anrühren.

Was auf der Gegenseite aber bisher stillschweigend übersehen wird: Bei den geschätzten 44 Millionen Euro für die „Vorzugsvariante 3.1“ des Staatlichen Bauamts ist die dafür notwendige Verlängerung der Grundwasserwanne für die WUG 22 auch noch nicht voll eingerechnet. Die Kostenschätzung der „Vorzugsvariante 3.1“ hat also noch ordentlich Luft nach oben – Preissteigerungen weit über 50 Millionen Euro hinaus sind vorprogrammiert.

Simon Scherer, Kilian Welsler, Dr. Thomas Lutz, Reinhard Ebert (alle ÖDP), Initiator des Bürgerbegehrens B13-Ortsumfahrung Schlungenhof

Der gesamte Stadtteil ist betroffen

Wir sind der Stadt Gunzenhausen und ihren Stadträten dankbar, dass sie mehrheitlich beschlossen haben, den geplanten Neubau einer B13-Ortsumfahrung um Schlungenhof zu unterstützen. Dies eröffnet Möglichkeiten, das Dorf neu zu gestalten, die Verkehrssituation für die Stadt, die Ortsteile und die ganze Region werden verbessert.

In dem Begleitschreiben zum Bürgerentscheid sind eigentlich alle wesentlichen Pluspunkte für die Umgehung zusammengefasst. Schlungenhof hat eine zersiedelte Baustruktur. Dadurch ist eine Dorfentwicklung nicht möglich. Erst die Umfahrung lässt andere Gestaltungsmöglichkeiten zu. Der Durchgangsverkehr würde massiv abnehmen, laut Berechnungen des Staatlichen Bauamtes Ansbach bei Pkw um ca. 73 Prozent, beim Schwerlastverkehr um etwa 97 Prozent.

Beim Bürgerentscheid wird nicht über die Varianten 3.1 abgestimmt, sondern generell über die B13-Ortsumfahrung Schlungenhof. Die Behauptung der ÖDP, dass die Variante 3.1 feststehe, ist so nicht richtig. Heinrich Schmidt vom Staatlichen Bauamt, der Behördenleiter, hat bei der Versammlung in der Stadthalle am 11. November 2019 angedeutet, das eine östliche Verschiebung möglich wäre.

Die schlechteste Lösung für Schlungenhof wäre, wenn die Umfahrung nicht kommen würde. Die Entwicklungsmöglichkeiten für Schlungenhof wären ein für alle Mal eingeschränkt.

Auch das Argument, dass nur wenige Bürger betroffen seien, ist falsch. Schlungenhof ist von drei Sei-

ten (Westen, Osten, Süden) durch Lärm belastet. Es sind folglich nicht nur einige Wenige, sondern der gesamte Stadtteil betroffen. Wir sind es unseren Kindern und Enkel schuldig, die Chance für eine Umfahrung zu unterstützen.

Liebe Wahlberechtigte, geben Sie dem Ortsteil Schlungenhof die Möglichkeit der Weiterentwicklung und stimmen Sie für das Ratsbegehren, welches die Umgehung befürwortet.

Angela Guckenberger, Fritz Guckenberger, Helmut Mack, Jürgen Metzger, Erich Ortner, Heinz Schachameyer, Brigitte Sichermann, Rainer Sichermann (alle wohnhaft in Schlungenhof)

Flächenverbrauch stoppen

Es hat den Eindruck, Bauernland sei ein Selbstbedienungsladen. Seit 1960 sind im Freistaat mehr als 840000 Hektar Felder und Wiesen verschwunden. Das entspricht der gesamten Acker- und Wiesenflächen von Schwaben und Unterfranken zusammen. Bayern ist bundesweit mit 13 ha/Tag der größte Flächenverbraucher.

Die neue Staatsregierung will ja auf 5 ha/Tag reduzieren. Mit sinnlosen Ortsumgehungen ist dieses wohl nicht zu schaffen. Dieser ungebremster Flächenverbrauch muss endlich gestoppt werden, so auch der Bayerischer Bauernverband. Die Lebensqualität hängt auch von der Kulturlandschaft in der Region ab. Nach der Umgehung soll wohl dann ein neues Industriegebiet kommen? Deshalb: Stoppt das Ratsbegehren und sagt Ja zum Bürgerbegehren.

Gerhard Meyer, Laubenzedel

Ein Zeichen senden

Die offene Liste Gunzenhausen von Piraten & Die Linke setzt auf mehr Bürgerbeteiligung und hofft auf eine hohe Wahlbeteiligung beim Bürgerbegehren am 19. Januar zur B13-Ortsumfahrung Schlungenhof.

Schade, dass hier der Versuch unternommen wird, die Wahl undurchsichtig zu machen, indem ein Ratsbegehren und somit zusätzliche unnötige Fragen mit faktisch zum Teil unwahren Inhalten entgegengestellt werden. Ich würde mir hier mehr Mut zur Wahrheit und weniger Populismus wünschen.

Leider scheint dies auch sonst das Mittel der Wahl zu sein, um Gegner und Befürworter gegeneinander auszuspielen. „Die Gegner der Umgehung nehmen die Lärmbelastung der Schlungenhöfer mit einem Achselzucken hin“, steht hier als symbolische Argumentation, doch hat das eine mit dem anderen nichts zu tun.

Die Gegner, aber auch die Befürworter der Umgehung kritisieren hier zu Recht ein Grundproblem in diesem Lande: das stetig steigende Verkehrsaufkommen auf den deutschen Straßen. Immer größere und neue Straßen ist hier die einzige Lösung seitens der von der Union dominierten Verkehrspolitik. Die Antwort muss aber sein, das Verkehrsaufkommen durch gezielte Maßnahmen zu senken und diesen reduzierten Verkehr dann möglichst kostengünstig für die Allgemeinheit und zum Schutze der Umwelt zu transportieren.

Betrachtet man die vorhandenen Bundesstraßen im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen und die hohe Zahl der noch vorhandenen Ortsdurchfahrten, wird klar, dass nicht überall Umgehungen gebaut werden können, dies würde sonst zu immens hohen Kosten und Flächenverbrauch führen.

Die Steuermittel müssen dafür verwendet werden, dass der Verkehr wieder in dem Maße abgesenkt wird, wie er noch vor ein paar Jahrzehnten aufgetreten ist. So wird die Belastung der Anwohner überall kostengünstig und umweltverträglich reduziert. Dass dies ohne störende Lobbyarbeit möglich ist, zeigen zahlreiche Beispiele bei unseren europäischen Nachbarn.

Die offene Liste von Piraten & Die Linke fordert daher alle Gunzenhäuser auf, mit dem Bürgerbegehren ein Zeichen an die Regierung zu senden, dass sie mit der aktuellen Verkehrspolitik nicht zufrieden sind und sich hier dringend etwas ändern sollte. Die Lösung muss weniger Verkehr, mehr Bahn und öffentlicher Nahverkehr sein und nicht immer neue und größere Straßen.

**Peter Reitmaier, Laubenzedel
Bürgermeisterkandidat der offenen Liste - Piraten & Die Linke**

Leserbriefe geben stets die Meinung ihres Verfassers wieder, nicht die der Redaktion. Bitte geben Sie bei jeder Zuschrift Name, Adresse und eine Telefonnummer für Rückfragen an. Wir behalten uns Kürzungen vor.

Ein Segen – oder überflüssig?

Auch im Jahr 2019 köchelt der Streit um die geplante **UMGEHUNG SCHLUNGENHOF**. Am 19. Januar steht ein Bürgerentscheid an.

GUNZENHAUSEN. Nach dem Schwamm- spinner hat das Jahr 2019 mit der geplanten B13-Umgehung von Schlungenhof einen zweiten großen Aufreger. Seit zweieinhalb Jahren kontrovers und teils sehr emotional diskutiert, gipfelt das Thema in einer ganzen Reihe von Trassenführungsvarianten und einem Bürgerbegehren, zu dem die Stadt ein eigenes Ratsbegehren vorlegt. Entschieden ist bis zum Jahresende allerdings noch nichts.

Weil ihnen der tagtägliche Durchgangsverkehr stinkt, kommt den Schlungenhöfern der Vorschlag einer Umgehungsstraße gerade recht, und sie tragen ihren Wunsch unüberhör- und -sehbar an die Öffentlichkeit. Anders viele Bewohner von Laubenzedel, denen eine Verlagerung der B13 in Richtung ihres Ortes ein Dorn im Auge ist. Sie wollen weder den Verkehrslärm noch die Abgase abbekommen und schlagen deshalb Alarm. Das Tisch- tuch zwischen den beiden Gunzenhäuser Ortsteilen scheint wegen der krass unterschiedlichen Interessenlage erst einmal zerschnitten zu sein.

In der breiten Öffentlichkeit und insbesondere in verschiedenen politischen Gruppierungen, die sich lebhaft in das Geschehen einbringen, kursieren die unterschiedlichsten Meinungen. Während die einen eine Umgehung befürworten, sie geradezu als Segen für die westliche Altmühlseeregion sehen und sich zum Teil mit mehr oder weniger gewagten



Die Schlungenhöfer sind die Verkehrsbelastung durch die Ortsdurchfahrt der B13 leid und fordern daher dringend den Bau einer Umgehungsstraße.

Trassenführungen selbst zu Wort melden, halten andere das Projekt für überflüssig oder gar schädlich.

Die Gegner argumentieren dabei nicht nur mit den immensen Kosten

im höheren zweistelligen Millionenbereich, sondern auch mit dem ihrer Ansicht nach viel zu großen Flächenfraß durch den Bau der neuen Straße quer durch Wiesen und Äcker. Auch

wird befürchtet, dass im Gunzenhäuser Norden neue Verkehrsprobleme entstünden.

Die Präsentation der sogenannten Variante 3.1 Anfang November, die das Staatliche Bauamt Ansbach und die Stadt Gunzenhausen favorisieren, kann die Fronten nicht aufweichen. Im Gegenteil: Die Pro- und Kontra-Positionen verfestigen sich eher noch. Daran hat auch die Bürgerbeteiligung bei dem behördlichen Planungsprozess nichts geändert.

Gegen das Projekt bringt die ÖDP ein Bürgerbegehren auf den Weg. Dieser „Heimat bewahren – Stopp zur B13-Umfahrung Schlungenhof“ betitelt Vorstoß fällt auf fruchtbaren Boden: Mit 1354 Unterschriften erreicht er das sogenannte Quorum.

Doch die Stadt legt zum Bürgerbegehren gegen die Umgehung von Schlungenhof ein eigenes Ratsbegehren vor. Das beschließt der Stadtrat mehrheitlich. Der Entscheid steht am Sonntag, 19. Januar, an. Das Ratsbegehren steht unter der Überschrift „Verkehr raus – Gesundheit schützen – Lärm und Abgase stoppen“. Während die Initiatoren des Bürgerbegehrens der Stadt per Bürgervotum verbieten wollen, Grundstücke für eine Umgehung von Schlungenhof zu verkaufen, zielt das Ratsbegehren genau in die entgegengesetzte Richtung.

Wie es mit der Umfahrung weitergehen wird, ist derzeit noch völlig offen und hängt davon ab, wo die Bürger bei der Abstimmung im Januar ihr Kreuzchen setzen werden. **eni**

Bekanntmachung Nr. 292

Bürgerentscheide am Sonntag, 19. Januar 2020

Anträge auf Ausstellung eines Abstimmungsscheines bzw. Zusage von Briefabstimmungsunterlagen auch per Internet möglich

Zu den Bürgerentscheiden am 19. Januar 2020 sind die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, Abstimmungsscheinunterlagen auch via Internet zu beantragen.

- Die Online-Beartragung ist auf folgenden Wegen möglich:
- Die Stadt Gunzenhausen bietet ein Online-Formular zur Beantragung der Briefabstimmungsunterlagen an. Zum Ausfüllen dieses Formulars werden die persönlichen Angaben – wie auf dem jeweiligen Abstimmungsbenachrichtigungsbrief aufgedruckt – benötigt. Ein Link zum Online-Formular befindet sich auf der Homepage der Stadt Gunzenhausen (<http://www.gunzenhausen.de/wahlen.html>).
- auf der Vorderseite des Abstimmungsbenachrichtigungsbriefes befindet sich ein QR-Code, Mithilfe des Smartphones und eines QR-Code-Readers kann der QR-Code gescannt und die Unterlagen angefordert werden.
- Die Datenübertragung erfolgt verschlüsselt. – Hauptamt –

Bekanntmachung Nr. 293

Bürgerentscheide am Sonntag, 19. Januar 2020

Beförderung von Abstimmungsbriefen durch die Deutsche Post AG für die Bürgerentscheide am Sonntag, 19. Januar 2020

Die Abstimmenden, die von der Briefabstimmung Gebrauch machen, werden darauf hingewiesen, dass im Inland der Abstimmungsbrief bis spätestens Mittwoch vor der Abstimmung (15. Januar 2020), bei entfernt liegenden Orten noch früher, bei der Post einzuliefern ist. Eine Abholung von Abstimmungsbriefen durch die Gemeinde am Abstimmungstag bei der Deutschen Post AG findet nicht statt.

Weitere Hinweise und Erläuterungen sind aus dem „Merkblatt für die Briefabstimmung“, das den Briefabstimmungsunterlagen beigelegt ist, zu entnehmen.

Die Abstimmenden werden gebeten, hiervon Kenntnis zu nehmen.
Gunzenhausen, den 19. Dezember 2019

Karl-Heinz Fitz

Erster Bürgermeister und Abstimmungsleiter

Abstimmungsbekanntmachung Nr. 295

für die Bürgerentscheide am Sonntag, 19. Januar 2020

Am Sonntag, 19. Januar 2020 finden zwei Bürgerentscheide (verbundener Bürgerentscheid) zu folgenden Fragestellungen statt:

Bürgerentscheid 1: Ratsbegehren:

„Verkehr raus – Gesundheit schützen – Lärm und Abgase STOPPEN!“
Sind Sie dafür, dass die Stadt Gunzenhausen den geplanten Neubau einer B13-Ortsumfahrung um Schlungenhof befürwortet und weiterhin unterstützt und damit die notwendigen Beschlüsse und Handlungen, insbesondere den Verkauf und/oder Tausch von dafür notwendigen städtischen Grundstücken vornehmen darf?

Bürgerentscheid 2: Bürgerbegehren:

„Heimat bewahren – deshalb STOPP zur B13-Ortsumfahrung Schlungenhof!“

Sind Sie dafür, dass die Stadt Gunzenhausen den geplanten Neubau der B13-Ortsumfahrung Schlungenhof ablehnt und alle für den Bau notwendigen Beschlüsse und Handlungen – insbesondere den Verkauf und Tausch von dafür notwendigen städtischen Grundstücken – ablehnt bzw. unterlässt?

Stichfrage:

Werden die bei Bürgerentscheid 1 und 2 zur Abstimmung gestellten Fragen in einer miteinander nicht zu vereinbarenden Weise jeweils mehrheitlich mit Ja beantwortet:

Welche Entscheidung soll dann gelten?

1. Die Abstimmung dauert von 8 Uhr bis 18 Uhr.
Das Stimmrecht können alle Bürgerinnen und Bürger ausüben, die im Bürgerverzeichnis eingetragen sind oder einen Abstimmungschein haben.
2. **Das Stimmrecht kann folgendermaßen ausgeübt werden:**
 - 2.1 **Im Abstimmungsraum:**
 - 2.1.1 Die Stadt Gunzenhausen ist in 27 allgemeine Stimmbezirke eingeteilt.
In den Abstimmungsbenachrichtigungen, die den Abstimmungsberechtigten bis spätestens 29.12.2019 (21. Tag vor dem Abstimmungstag) übersandt worden sind, sind der Stimmbezirk und der Abstimmungsraum angegeben, in dem die Stimmberechtigten abstimmen können. Sie enthalten einen Hinweis, ob der Abstimmungsraum barrierefrei ist.
 - 2.1.2 Stimmberechtigte können, wenn sie **keinen Abstimmungschein** besitzen, nur in dem Abstimmungsraum des Stimmbezirks abstimmen, in dessen Bürgerverzeichnis sie eingetragen sind.
 - 2.1.3 **Wer einen Abstimmungschein** besitzt, kann das Stimmrecht ausüben durch Stimmabgabe in jedem Abstimmungsraum der Stadt Gunzenhausen.
 - 2.1.4 Die Abstimmenden haben ihre Abstimmungsbenachrichtigung oder ihren Abstimmungschein und ihren Personalausweis, ausländische Unionsbürgerinnen/Unionsbürger einen gültigen Identitätsausweis, oder ihren Reisepass zur Abstimmung mitzubringen.
 - 2.1.5 Die Stimmzettel werden den Abstimmenden beim Betreten des Abstimmungsraums ausgehändigt. Sie müssen von den Stimmberechtigten allein in einer Abstimmungskabine des Abstimmungsraums gekennzeichnet werden.
 - 2.1.6 Die Durchführung der Abstimmung und die Feststellung des Abstimmungsergebnisses sind öffentlich. Jedermann hat Zutritt, soweit das ohne Beeinträchtigung der Abstimmung möglich ist.
 - 2.2 **Durch briefliche Abstimmung:**
 - 2.2.1 Wer brieflich abstimmen will, muss dies bei der Stadt Gunzenhausen beantragen und erhält dann zusätzlich zum Abstimmungschein folgende Unterlagen:
 - den Stimmzettel,
 - einen Abstimmungsumschlag für den Stimmzettel,
 - einen hellroten Abstimmungsbriefumschlag für den Abstimmungschein und den Abstimmungsumschlag mit der Abstimmung der Behörde, an die der Abstimmungsbrief zu übersenden ist,
 - ein Merkblatt für die briefliche Abstimmung.
Nähere Hinweise darüber, wie brieflich abzustimmen ist, ergeben sich aus dem Merkblatt für die briefliche Abstimmung.
 - 2.2.2 Bei der brieflichen Abstimmung sorgen die Stimmberechtigten dafür, dass der Abstimmungsbrief rechtzeitig bei der Stadt Gunzenhausen, spätestens am Abstimmungstag bis 18 Uhr, eingeht. Der Abstimmungsbrief kann auch bei der Stadt Gunzenhausen abgegeben werden. Nähere Hinweise ergeben sich aus dem Merkblatt zur Briefabstimmung.
3. Die Briefabstimmungsvorstände treten zur Ermittlung des Briefabstimmungsergebnisses um 16.30 Uhr in der Stephani-Volksschule, Haupteingang Saarstraße, 91710 Gunzenhausen, zusammen.
4. **Grundsätze für die Kennzeichnung der Stimmzettel:**
Abgestimmt wird mit amtlich hergestellten Stimmzetteln. Ein Muster des Stimmzettels ist anschließend an diese Bekanntmachung abgedruckt.
 - 4.1 Jede stimmberechtigte Person hat zu jeder Fragestellung eine Stimme. Auf den anschließend abgedruckten Stimmzetteln ist erläutert, wie der Stimmzettel zu kennzeichnen ist.
 - Stehen mehrere Bürgerbegehren, die den gleichen Gegenstand betreffen, inhaltlich aber nicht miteinander vereinbar sind, zur Abstimmung, kann die abstimmende Person zu jedem Bürgerbegehren kenntlich machen, ob sie ihm zustimmt oder ob sie es ablehnt. Zusätzlich kann sie in einer Stichfrage kenntlich machen, welches der Bürgerbegehren sie vorzieht für den Fall, dass zwei Bürgerbegehren jeweils mehr gültige Ja-Stimmen als Nein-Stimmen erhalten.
 - 4.2 Der gekennzeichnete Stimmzettel ist mehrfach so zu falten, dass der Inhalt verdeckt ist.
5. Jeder Stimmberechtigte kann sein Stimmrecht nur einmal und nur persönlich ausüben. Eine Ausübung des Stimmrechts durch einen Vertreter anstelle des Stimmberechtigten ist unzulässig. Ein Stimmberechtigter, der des Lesens unkundig oder wegen einer Behinde-


zung an der Abgabe seiner Stimme gehindert ist, kann sich hierzu der Hilfe einer anderen Person bedienen. Die Hilfeleistung ist auf technische Hilfe bei der Kundgabe einer vom Stimmberechtigten selbst getroffenen und geäußerten Abstimmungsentscheidung beschränkt.

Unzulässig ist eine Hilfeleistung, die unter missbräuchlicher Einflussnahme erfolgt, die selbstbestimmte Willensbildung oder Entscheidung des Stimmberechtigten ersetzt oder verändert oder wenn ein Interessenkonflikt der Hilfsperson besteht.

Wer unbefugt abstimmt oder sonst ein unrichtiges Ergebnis einer Abstimmung herbeiführt oder das Ergebnis verfälscht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Unbefugt stimmt auch ab, wer im Rahmen zulässiger Assistenz entgegen der Abstimmungsentscheidung des Stimmberechtigten oder ohne eine geäußerte Abstimmungsentscheidung des Stimmberechtigten eine Stimme abgibt. Der Versuch ist strafbar (§ 107a Abs. 1 und 3 StGB).

Gunzenhausen, den 20. Dezember 2019

Karl-Heinz Fitz
Erster Bürgermeister und Abstimmungsleiter

 <p>Stimmzettel für die Bürgerentscheide in Gunzenhausen am Sonntag, den 19.01.2020</p>	
<p>Bürgerentscheid 1: Ratsbegehren „Verkehr raus – Gesundheit schützen – Lärm und Abgase STOPPEN!“</p>	<p>Bürgerentscheid 2: Bürgerbegehren „Heimat bewahren – deshalb STOPP zur B13-Ortsumfahrung Schlungenhof!“</p>
<p>Sind Sie dafür, dass die Stadt Gunzenhausen den geplanten Neubau einer B13-Ortsumfahrung um Schlungenhof befürwortet und weiterhin unterstützt und damit die notwendigen Beschlüsse und Handlungen, insbesondere den Verkauf und/oder Tausch von dafür notwendigen städtischen Grundstücken vornehmen darf?</p> <p style="text-align: center;"> <input type="text" value="Sie haben hier eine Stimme."/> </p> <p> <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein </p>	<p>Sind Sie dafür, dass die Stadt Gunzenhausen den geplanten Neubau der B13-Ortsumfahrung Schlungenhof ablehnt und alle für den Bau notwendigen Beschlüsse und Handlungen – insbesondere den Verkauf und Tausch von dafür notwendigen städtischen Grundstücken – ablehnt bzw. unterlässt?</p> <p style="text-align: center;"> <input type="text" value="Sie haben hier eine Stimme."/> </p> <p> <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein </p>
<p>Stichfrage</p> <p>Werden die bei Bürgerentscheid 1 und 2 zur Abstimmung gestellten Fragen in einer miteinander nicht zu vereinbarenden Weise jeweils mehrheitlich mit Ja beantwortet: Welche Entscheidung soll dann gelten?</p> <p style="text-align: center;"> <input type="text" value="Sie haben hier eine Stimme."/> </p> <p> <input type="radio"/> Bürgerentscheid 1 (Ratsbegehren) <input type="radio"/> Bürgerentscheid 2 (Bürgerbegehren) </p>	

„Fundamentale Weichenstellung“

ÖDP-Politiker werben für ihr **BÜRGERBEGEHREN** - und sehen das Ratsbegehren kritisch.

GUNZENHAUSEN. In diesen Tagen erhalten die Bürger Post aus dem Rathaus: die Wahlbenachrichtigung für den Bürgerentscheid am 19. Januar. Die Verwaltung stellt darin dar, welche Position der Stadtrat zur Umgehung Schlungenhof vertritt (Ratsbegehren). Die Stichworte lauten hier: „Verkehr raus – Gesundheit schützen – Lärm und Abgase STOPPEN!“. Es wird natürlich auch darüber informiert, was die Vertreter von „Heimat bewahren – deshalb STOPP zur B13-Ortsumfahrung Schlungenhof!“ (Bürgerbegehren) wollen.

Die Gunzenhäuser werden darüber hinaus im Januar einen Infobrief von den Verfechtern des Bürgerbegehrens erhalten. Simon Scherer und Reinhard Ebert (beide ÖDP) haben diesen bereits verfasst. Sie hoffen, dass sie so die Bevölkerung für das Thema sensibilisieren und mehrheitlich auf ihre Seite ziehen können. Außerdem werden die ÖDP-Vertreter auf den Wochenmärkten vor dem 19. Januar Flagge zeigen, und sie werden zu einer Ortsbegehung für jedermann einladen. Der Termin steht noch nicht fest.

Der Stadtrat hat sich in zwei Sitzungen mit dem ÖDP-Bürgerbegehren befasst und schließlich das Ratsbegehren als Alternative beschlossen. Scherer und Ebert erkennen diese Verfahrensweise an, sprechen von

einer „formellen Zustimmung“ zum Bürgerbegehren, haben aber auch Kritik anzumelden. Leider habe der Stadtrat in der ersten Sitzung, als es tatsächlich um den ÖDP-Vorstoß ging, die Nichtöffentlichkeit bei diesem Punkt beschlossen. Es sei also hinter verschlossenen Türen diskutiert worden, wie die Stadt Stellung nehmen solle. Den Fraktion hätte es gut angestanden, wenn sie ihre grundlegende Position öffentlich artikuliert und sich auch inhaltlich geäußert hätten.

„Eigentlich erwartet“

Scherer: „Das haben wir eigentlich erwartet. Man hätte auch getrennt über unsere einzelnen Punkte abstimmen können.“ Er bezweifelt, ob hier im Sinne der direkten Demokratie gehandelt wurde. Im Übrigen habe der Stadtrat mit Mehrheit das Ratsbegehren gewollt, doch unabhängig davon könnten die Räte auch künftig der Bevölkerung ohne Weiteres ihre jeweilige Meinung zum Bürgerbegehren und zur Frage einer Umgehung für Schlungenhof mitteilen.

Scherer wie Ebert halten das Ratsbegehren für völlig überflüssig. Ihr Bürgerbegehren, zu dem man mit Ja oder Nein Stellung beziehen könne, hätte ausgereicht. Jetzt finde der Bürger einen komplizierten Stimmzettel vor, und es bestehe die Gefahr, dass

er sich am 19. Januar nicht auskenne. Und die Stichfrage auf dem Stimmzettel mache gar keinen Sinn, weil sich ja Rats- und Bürgerbegehren inhaltlich ausschließen – niemand werde hier zweimal mit Ja stimmen.

Die entscheidende Frage ist für die ÖDP, ob das Quorum von 20 Prozent der Wahlberechtigten erreicht wird. Sie sind da recht zuversichtlich. Eine Umgehung von Schlungenhof betreffe die Kernstadt, denn der Verkehr werde im Fall der Umgehung ganz anders gelenkt, bis hin zum Einmündungsbereich beim Lidl-Markt in der Ansbacher Straße.

Scherer und Ebert sprechen von einer „fundamentalen Weichenstellung für Jahrzehnte“. Nicht zum ersten Mal hadern sie mit den Grünen. Deren Stadtrat Christoph Mötsch habe richtig agiert, indem er – wenn auch erfolglos – eine öffentliche Diskussion im Stadtparlament verlangte. Umso enttäuschter sei man von Grünen-Fraktionschef Peter Schnell, der bei den beiden Sitzungen nicht anwesend gewesen sei und zuvor geäußert habe, er sehe das Thema emotionslos.

Genau das sei verkehrt, betont Ebert. Er und seine Mitstreiter hätten jedenfalls bei den Infoständen auf dem Wochenmarkt viel Anerkennung erfahren – nicht zuletzt aus dem Lager der Grünen. **dre**

Der Bürgerentscheid kostet 50 000 Euro

Bei der Abstimmung über die B13-Umfahrung von Schlungenhof werden rund **250 WAHLHELPER** im Einsatz sein.

GUNZENHAUSEN. Rund 50000 Euro, rechnet Hauptamtsleiter Klaus Stephan, wird der Bürgerentscheid zur B13-Umfahrung Schlungenhof am Sonntag, 19. Januar, die Stadt kosten. Rund ein Viertel davon entfallen auf die Wahlhelfer, deren Entschädigung auf jeweils 50 Euro festgelegt wurde.

Etwa 250 Ehrenamtliche werden beim Bürgerentscheid im Einsatz sein, in jedem Wahllokal ist ein sechsköpfiges Team im Einsatz. Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses mussten in der jüngsten Sitzung die Höhe der Entschädigung festlegen. Bei den letzten Bundestags- und Europawahlen erhielt ein Wahlhelfer noch 40 Euro.

Niemand macht diesen Job wegen des Geldes, das war allen im Ausschuss klar, aber sie sollten wenig-

tens eine kleine Anerkennung für ihren Einsatz erhalten, betonte Peter Schnell von den Grünen. Deshalb gab es am Ende auch ein einstimmiges Votum für diese Erhöhung.

Für Wahllokale, die in privaten Gebäuden untergebracht sind, erhalten deren Besitzer beim Bürgerentscheid 75 statt bisher 65 Euro. Man müsse bedenken, dass die Räume im Winter zehn Stunden lang geheizt und im Anschluss geputzt werden müssten, argumentierte Dr. Werner Winter (Freie Wähler), der für diese Erhöhung plädiert hatte.

Bereits zwei Monate später, im März, sind Wahlhelfer bei der Kommunalwahl erneut gefordert. Deren Entschädigungssatz wird erst im Januar festgelegt, doch in der Diskussion wurde deutlich, dass sie wohl



Foto: Peter Endig/dpa

Aufwendiger Urnengang: Beim Bürgerentscheid zur B13-Umfahrung von Schlungenhof sind etwa 250 Wahlhelfer im Einsatz, die eine Entschädigung bekommen.

mit einem etwas höheren Satz rechnen dürfen. In Weißenburg erhalten die Ehrenamtlichen bei der Kommunalwahl pauschal 75 Euro.

Die Wahllokale für den Bürgerentscheid, informierte Stephan, sind bereits eingeteilt und zwar entsprechend der Kommunalwahl. Nun müssen als nächstes die Benachrichtigungsbriefe verschickt werden. Allein für das Porto (einschließlich der Rückpost) schätzt Stephan die Ausgaben auf 10000 bis 13000 Euro.

Darüber hinaus müssen die Stimmzettel gedruckt werden und die Mitarbeiter des Bauhofs werden eine ganze Zeit damit beschäftigt sein, die Urnen, und was sonst noch in den Wahllokalen benötigt wird, auszufahren und nach dem Wahlsonntag auch wieder einzusammeln. Alles in allem summiert sich das nach Worten von Stephan auf bis zu 50000 Euro. Kosten, auf denen die Stadt sitzen bleibt, denn für Bürgerentscheide gibt es keine Entschädigung. **man**

Nürnberger Nachrichten - 21/12/2019

Nicht zum Nulltarif

Zum Artikel „Der Bürgerentscheid kostet 50 000 Euro“ vom 17. Dezember

In dem Bericht wird von den hohen Kosten des Bürgerentscheids gesprochen. Die Stadt Gunzenhausen bliebe auf den Kosten „sitzen“, so der Hauptamtsleiter. Hierzu sei gesagt, dass man Demokratie nicht zum Nulltarif bekommt.

Der Bürgerentscheid ist ein wertvolles Instrument der direkten Demokratie in Bayern. Wer hier nur die Kosten sieht, ignoriert die Bürger. Diese wollen ihr unmittelbares Lebensumfeld heutzutage nämlich mitgestalten. In Bayern gab es schon über 2900 Bürgerbegehren, die in über 1700 Bürgerentscheiden endeten.

Statt über Abstimmungskosten zu klagen, sollte die Stadt die Chance sehen: Es wird endlich ein Streitthema beschieden, es wird bei Annahme des Bürgerbegehrens eine Unsumme (circa 44 Millionen Euro) an Steuergeldern eingespart und zudem die politische Diskussion belebt.

Übrigens zum Thema Kosten: Die Mautaktion von CSU-Held Andreas Scheuer belastet die Steuerzahler mit mindestens 700 Millionen Euro. **Kilian Welser, Gunzenhausen, Mitglied im ÖDP-Kreisvorstand und ein Sprecher des Bürgerbegehrens**

Leserbriefe geben stets die Meinung ihres Verfassers wieder, nicht die der Redaktion. Bitte geben Sie Name, Adresse und eine Telefonnummer an. Kürzungen vorbehalten.



Links Schlungenhof, rechts Laubenzedel: Irgendwo zwischen diesen beiden Gunzenhäuser Ortsteilen wird dereinst wohl die Umgehungsstraße verlaufen – falls die Initiatoren des Bürgerbegehrens sich am 19. Januar nicht durchsetzen sollten.

Stadt setzt auf ein Ratsbegehren

Beim Bürgerbegehren zur **UMGEHUNG SCHLUNGENHOF** legt die Kommune einen Gegenentwurf zu dem der Initiatoren vor.

GUNZENHAUSEN. Die Stadt legt zum Bürgerbegehren gegen die Umgehung von Schlungenhof ein eigenes Ratsbegehren vor. Das beschloss der Stadtrat mehrheitlich. Der Entscheidung steht am Sonntag, 19. Januar, an.

Das Ratsbegehren steht unter der Überschrift „Verkehr raus – Gesundheit schützen – Lärm und Abgase stoppen“. Während die Initiatoren des Bürgerbegehrens der Stadt per Bürgervotum verbieten wollen, Grundstücke für eine Umgehung von Schlungenhof zu verkaufen, zielt das Ratsbegehren genau in die entgegengesetzte Richtung.

Beim Ratsbegehren lautet die Frage, die die Bürger mit Ja oder Nein beantworten können: „Sind Sie dafür, dass die Stadt den geplanten Neubau einer B13-Ortsumfahrung um Schlungenhof befürwortet und weiterhin unterstützt und damit die notwendigen Beschlüsse und Handlungen, insbesondere den Verkauf und/oder Tausch von dafür notwendigen städtischen Grundstücken vor-

nehmen darf?“ Mit dieser Formulierung lege sich die Stadt auf keine Variante fest, unterstrich Bürgermeister Karl-Heinz Fitz in der Stadtratsitzung am Donnerstagabend.

Die CSU-Fraktion, machte deren Vorsitzender Manfred Pappeler klar, hält das Ratsbegehren für notwendig. Denn nur so könne die Stadt auch ihre Sicht auf dieses Thema darstellen.

„Der einzig richtige Weg“

Keinen Konsens gab es innerhalb der SPD-Fraktion, wie deren Vorsitzende Angela Schmidt erläuterte. So erschloss sich etwa Daniel Hinderks „die Sinnhaftigkeit eines Ratsbegehrens nicht“. Dr. Hans-Peter Neumann, ursprünglich ein Kritiker, ist dagegen nach längerem Nachdenken zu dem Schluss gekommen, dass das Ratsbegehren der „einzig richtige“ Weg ist, denn ohne dieses wären die Stadt und ihre politischen Vertreter „mundtot“. Auch zu wichtigen Themen wie der Verlegung der Kreis-

straße oder einer Bahnunterführung anstelle des Übergangs dürfte sich der Stadtrat nicht äußern. Nun könne man sich dagegen „dem offenen Disput stellen“. Außerdem, hofft Neumann, führte das Ratsbegehren zu einer höheren Wahlbeteiligung.

Nicht für notwendig halten laut Helga Betz die Grünen das Ratsbegehren. Der mündige Bürger hätte doch bereits beim Bürgerentscheid die klare Alternative zwischen Ja oder Nein zur Umgehung, ein zusätzliches Ratsbegehren verwirre da doch nur. Davon kann für Fitz aber keine Rede sein.

Auch Dr. Werner Winter (Freie Wähler) und Werner Falk (FDP) halten das Bürgerbegehren für ausreichend. Sie stimmten zusammen mit Christoph Mötsch (Grüne) sowie Daniel Hinderks, Bianca Bauer und Cornelia Röhl (alle SPD) gegen ein Ratsbegehren, konnten sich damit aber gegen die Mehrheit von CSU, SPD und Bürgermeister (15 Stimmen) nicht durchsetzen.

Verabschiedet wurde vom Stadtrat auch eine Begründung für das Ratsbegehren. Die Umfahrung, heißt es da etwa, eröffne die Möglichkeit, die Verkehrssituation für die ganze Region zu verbessern, die Belastung durch Lärm, Abgase und Feinstaub verringere sich für die Bürger von Schlungenhof erheblich, zudem könne sich der Stadtteil städtebaulich positiv entwickeln und die Radwegeverbindung könnte verbessert werden.

Die Initiatoren des Bürgerbegehrens dagegen können in ihrer Begründung, die ebenfalls verabschiedet wurde, keine verkehrsleitende Wirkung einer Umfahrung erkennen, monieren den sehr hohen Flächenverbrauch, sehen nur eine Verlagerung von Lärm und Abgasen und erinnern an den Schutz von Rebhuhn, Kiebitz und Feldlerche. Zudem befürchten Simon Scherer, Kilian Welser und Dr. Thomas Lutz, dass die Umgehung mehr Verkehr anziehen könnte. **man**

Stadtrat macht Weg frei für Bürgerentscheid

Abstimmung über die Haltung der Stadt zur **UMGEHUNG** von Schlungenhof ist am 19. Januar. Ratsbegehren erscheint wahrscheinlich. VON WOLFGANG DRESSLER

GUNZENHAUSEN. Es war eine Sondersitzung des Stadtrats, aber so wirklich besonders war nur der Ort des Geschehens. Die Stadthalle stand am Mittwochabend wegen einer anderen Veranstaltung (Breitbandforum) nicht zur Verfügung, also musste die kurzfristig anberaumte Sitzung in der Aula der Stephani-Schule stattfinden.

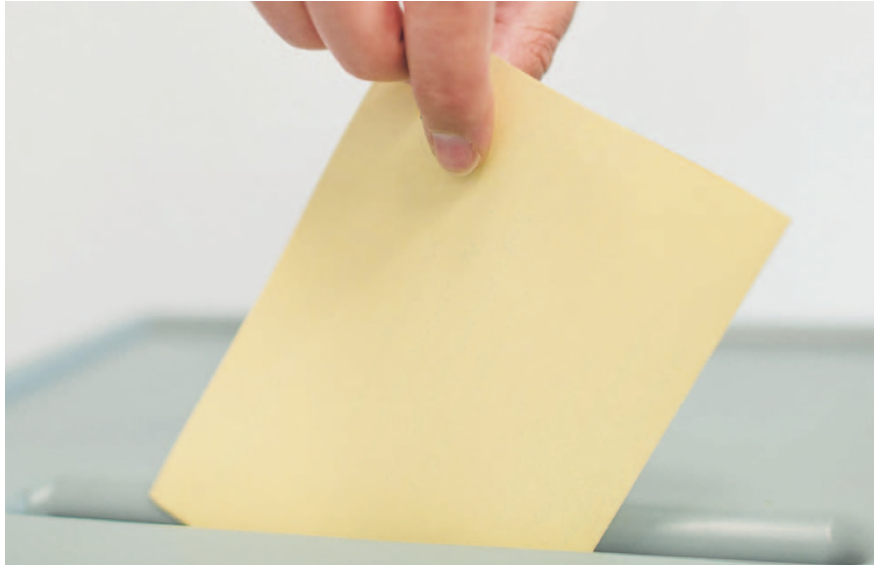
Dort hätte man durchaus mit einem großen Publikumsandrang rechnen können, denn es ging um die Umgehung von Schlungenhof und konkret um das Bürgerbegehren der ÖDP, das ausreichend Unterstützer gefunden hat (*wir berichteten*). Dennoch blieben viele Besucherstühle unbesetzt. Nach der großen Informationsveranstaltung vom Montag ist anscheinend derzeit die Luft etwas raus bei diesem Thema. Aber es wird im Januar wieder spannend werden.

Wie ein Stadtratsbeschluss

Dann nämlich steht ein Bürgerentscheid an. Der Urnengang ist am Sonntag, 19. Januar. Die Gunzenhäuser Bevölkerung kann dann entscheiden, ob sie dem politischen Kurs der ÖDP folgt oder eben nicht. Im ersten Fall liefe es auf die Ablehnung einer Umgehung, auf die „modifizierte Nullvariante“ für Schlungenhof und darauf hinaus, dass die Stadt alle für den Bau einer Umgehung notwendigen Beschlüsse unterlässt. Das würde etwa bedeuten, dass die Stadt keines ihrer Grundstücke zur Verfügung stellt. Der Ausgang des Bürgerentscheids ist gleichzusetzen mit einer Stadtratsentscheidung, er wirkt ein Jahr lang. Danach wäre der Stadtrat wieder frei in seiner Entscheidung.

Fest steht seit Mittwochabend, dass Bürgermeister Karl-Heinz Fitz am 19. Januar als Abstimmungsleiter fungieren wird. Sein Stellvertreter ist Hauptamtsleiter Klaus Stephan.

Die große Frage ist derzeit, über was genau der Bürger abstimmen,



Nach vielen Worten hinter verschlossenen oder offenen Türen zum Thema Ortsumfahrung Schlungenhof und was die Stadt dazu sagen sollte, kann nun der Bürger an die Wahlurne treten. Das steht seit dem Mittwoch fest.

wie der Stimmzettel aussehen wird. Der Stadtrat hat die Möglichkeit, dem Bürgerbegehren ein Ratsbegehren gegenüberzustellen – mit seiner Sicht der Dinge und mit seinem Vorschlag. In der Sache wäre das ein „Pro Umgehung“. Der Bürger hätte dann die Wahl zwischen zwei unterschiedlichen Positionen. Möglicherweise müsste er mehr als ein Kreuz machen und genau aufpassen, keinen Fehler zu machen und nicht widersprüchlich abzustimmen.

In der Stephani-Aula wurde darüber nichtöffentlich gesprochen – was Christoph Mötsch nicht passte. Der Grüne kam aber mit seinem Antrag zur Geschäftsordnung, öffentlich über das Ratsbegehren zu bera-

ten, nicht durch. Wie Bürgermeister Karl-Heinz Fitz gestern dem *Altmühl-Boten* mitteilte, ist in Sachen Ratsbegehren noch nichts entschieden worden. Die Würfel dazu fallen in der turngemäßen Stadtratssitzung am 28. November. Dann wird öffentlich diskutiert und beschlossen.

Kein Streit vor Gericht

Die Stadtverwaltung und der Bürgermeister haben sich das ÖDP-Bürgerbegehren und seine Begründung genau anschaut und sind zu dem Schluss gekommen, dass man es als rechtlich zulässig bewerten kann. Es gibt genaue Vorschriften, was alles zu beachten ist. Trotzdem landete schon so mancher Versuch eines Bür-

gerbegehrens in Bayern vor Gericht. Dort lässt man den Bürgerbegehren tendenziell einen ziemlich großen Spielraum, gerade bei der so wichtigen Fragestellung, berichtete Fitz, selbst ein Jurist und früher als Rechtsanwalt tätig. Der Tenor der Urteile lautet: „Der Bürger muss wissen, was er unterschreibt, er muss sich ein zutreffendes Bild machen können.“

Fitz sah bei der von der ÖDP genannten Begründung durchaus Schwachstellen und nicht vollständige und korrekte Angaben. Insofern sei man „juristisch im Grenzbereich“. Er wolle dies aber nicht zum Anlass nehmen, die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens zu verneinen und so einen rechtlichen Konflikt mit der

ÖDP herbeizuführen. Ein Streit vor Gericht über die Zulässigkeit wäre im Übrigen ein „schlechtes Signal an die Öffentlichkeit“, meinte der Rathauschef. Er bezeichnete es als fairen demokratischen Weg, die Zulässigkeit zu bejahen – und ein Ratsbegehren zu erwägen. Auf Frage des *Altmühl-Boten* antwortete Fitz, er persönlich neige zu einem Ratsbegehren. Die Stadt würde auf diese Weise ihre Gründe für eine Umgehung aufzählen, es gäbe eine Klarstellung des Sachverhalts und keine Irreführung, man würde sich fair gegenüber dem Bürger verhalten.

SPD äußert sich wohlwollend

Dr. Hans-Peter Neumann (SPD), ebenfalls ein Jurist und Experte im Verwaltungsrecht, empfahl seinen Stadtratskollegen, das Bürgerbegehren wohlwollend zu sehen, es als zulässig zu bewerten und kein Haar in der Suppe zu suchen. Es sei sein Wunsch, dass sich der Bürger äußern kann und möglichst viele sich am Bürgerentscheid beteiligen werden. Dem stimmte Christoph Mötsch zu. Die Sache bedürfe einer demokratischen Entscheidung. Der Grünen-Stadtrat warnte in diesem Zusammenhang vor einem zu komplizierten Stimmzettel.

Manfred Pappler (CSU) stellte fest, dem Stadtrat sei die Bürgerbeteiligung wichtig, deshalb teile er die Auffassung des Bürgermeisters, wenngleich bei den Formulierungen der ÖDP doch einiges fehle und kritikwürdig sei. Werner Falk (FDP) hielt es für richtig, mit dem Thema ganz offen umzugehen und auf „juristische Trickereien“ bei der Frage der Zulässigkeit des Bürgerbegehrens zu verzichten. Es komme für den 19. Januar darauf an, die Fragestellung klar zum Ausdruck zu bringen.

Weiterer Artikel zur Stadtratssitzung vom Mittwochabend und zum ÖDP-Bürgerbegehren unten auf dieser Seite.

„Weil wir einen Missstand sehen“

ÖDP-Vertreter äußerte sich zum **BÜRGERBEGEHREN**. Es gibt aber auch eine starke Gegenposition.

GUNZENHAUSEN. Zu der Frage, ob für Schlungenhof eine Umgehung gebaut werden soll, kann man durchaus unterschiedlicher Meinung sein. Die konträren inhaltlichen Positionen kamen auch bei der jüngsten Stadtratssitzung zum Ausdruck, auch wenn das Gremium eigentlich nur rein formal über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens „Heimat bewahren – deshalb STOPP zur B13-Ortsumfahrung Schlungenhof“ zu entscheiden hatte.

Das sind auf der einen Seite die drei Antragsteller von der ÖDP. Einer von ihnen, Kilian Welser, bekam gemäß den städtischen Regeln die Möglichkeit, den Stadträten das Bürgerbegehren zu erläutern. Man habe es auf den Weg gebracht, „weil wir einen Missstand sehen“. Welser meinte damit den großen Flächenverbrauch und die hohen Kosten für den Steuerzahler. Zudem hätte eine Umgehung nur für wenige einen (geringen) Nutzen, nämlich für die wenigen Schlungenhöfer, die direkt an der B13 wohnen. Das alles müsse man vor dem Hintergrund sehen, dass es bereits eine Straße gebe. Eine neue zu bauen, wäre „das falsche Signal zur falschen Zeit“ in Zeiten, wo man über den CO₂-Ausstoß und den Klimawandel spreche. Welser machte deutlich, dass er und seine

Mitstreiter (Simon Scherer, Dr. Thomas Lutz), mehr (Lärm-)Schutz für die Anwohner der Schlungenhöfer Ortsdurchfahrt erreichen wollen und ebenso eine dörfliche Weiterentwicklung und Aufwertung anstreben. Das ginge, weil die Kreisstraße nach draußen verlegt würde.

Welser hatte auch Zahlen parat, was eine Umgehung kosten würde. Danach müsste man mit 27 Millionen Euro für den Bund, neun Millionen für den Landkreis und acht Millionen für die Bahn rechnen, also 44 Millionen. Ein Flächenverbrauch von sieben Hektar sei zu befürchten. Es wäre einfach besser, das viele Geld für den Öffentlichen Verkehr und für Maßnahmen zur Reduzierung des Straßenverkehrs einzusetzen.

Zugleich warnte Welser davor, dass ein Ratsbegehren eine Verkomplizierung und Verwirrung der Bürger bewirken könnte. Es wären dann auf dem Stimmzettel bis zu sechs Unterschriften zu leisten. Nach seiner Ansicht bräuchte man einfach das Bürgerbegehren der ÖDP beim nun folgenden Bürgerentscheid zur Abstimmung zu bringen. Dann hätte man ja eine Entscheidung. Ein Ratsbegehren käme nur in Frage, wenn der Stadtrat neue, andere Gesichtspunkte als bisher zur Sprache brächte.

Das ist auf der anderen Seite der Bürgermeister und mit ihm wohl ein gewichtiger Teil des Stadtrats. Karl-Heinz Fitz ging die Begründung der ÖDP für das Bürgerbegehren im einzelnen durch und sah viel Kritikwürdiges. Gebe es wirklich nur eine „geringe“ Anzahl von Wohngebäuden an der Schlungenhöfer Ortsdurchfahrt? Die ÖDP führe auch an, die gewerbliche Nutzung entlang der Straße überwiege „bei weitem“, das sei nicht richtig. Und die ÖDP gehe davon aus, dass eine Umgehung „nur wenige Menschen“ vom Lärm entlasten würde. Das stelle sich seit der Versammlung am Montag jedoch ganz anders dar. Hinzu komme, dass nach seinen Erkenntnissen und den Angaben des Staatlichen Bauamts eine Umgehung viel weniger als sieben Hektar verbrauchen würde. Die „modifizierte Nullvariante“ würde auch einen Millionenbetrag kosten (schätzungsweise fünf Millionen Euro), auch das solle man den Bürgern mitteilen. Und es wäre auch Landverbrauch erforderlich, da ja eine neue Kreisstraße gebaut würde, so Fitz weiter. Alles in allem würden bei den ÖDP-Formulierungen wichtige Tatsachen fehlen.

Fitz machte seinerseits Angaben zu den Kosten einer Umgehung: 14 bis 15 Millionen Euro für eine neue



Kilian Welser von der ÖDP, einer der Initiatoren des Bürgerbegehrens gegen die B13-Ortsumfahrung von Schlungenhof, erläuterte den Stadträten seine Beweggründe und inhaltliche Schwerpunkte. Er appellierte an die Volksvertreter, die zahlreichen Unterschriften (1310 gültige) ebenso zu berücksichtigen wie die Situation vor Ort.

B13, 20 bis 25 Millionen Euro für eine Bahnüberführung bei Laubenzedel, wie immer die konkret aussehen würde. Bundesstraße 13 und Bahnüberführung, das seien eben zwei verschiedene Themen, die zeitlich zusammenfielen.

Mit Skepsis betrachtet auch Manfred Pappler (CSU) die Begründung im ÖDP-Bürgerbegehren. Kilian Welser habe mit den genannten 44 Millionen Euro alles in einen Topf geschmissen. Dr. Werner Winter (Freie Wähler) ist ausgesprochen schlecht auf das Bürgerbegehren zu

sprechen. Eine Studie aus Stuttgart habe gezeigt, dass der CO₂-Ausstoß nebst Spritverbrauch dann am geringsten sei, wenn der Verkehr zügig fließe. Dazu diene ja gerade eine Umgehung. Es bei der Ortsdurchfahrt Schlungenhof zu belassen und dort das Tempo zu verringern, wäre somit ein „vollkommener Rückschritt“. Es komme doch darauf an, möglichst viel Verkehr und vor allem die Lkw aus Schlungenhof herauszubringen. Sein Vorwurf zu den ÖDP-Gründen laute: „Populismus“.

WOLFGANG DRESSLER

„Wie hoch sind die Kosten der Umgehung?“

Zum Informationsabend des Staatlichen Bauamts Ansbach kamen **500 GUNZENHÄUSER** in die Stadthalle. Experten beantworteten viele Fragen.

GUNZENHAUSEN. Die guten Nachrichten vorweg: Die Informationsveranstaltung zur Umgehungsstraße Schlungenhof blieb friedlich, die befürchteten emotionalen Ausbrüche blieben aus, der Ton der von Profis moderierten Diskussionsrunde war weitgehend sachlich. Und: Der Abend, zu dem das Staatliche Bauamt Ansbach (StBA) am Montag in die Gunzenhäuser Stadthalle eingeladen hatte, stieß auf großes Interesse: Geschätzt etwa 500 Menschen füllten den Saal, wobei jeweils ein knappes Drittel aus Schlungenhof, Laubenzedel und der Kernstadt kamen, der Rest von außerhalb.

Der Zweck des Ganzen: Die Planer des StBA wollten erläutern, warum sie sich nach zweieinhalb Jahren Vorplanung, Bürgerbeteiligung, Arbeitsgruppenarbeit und zum Teil hitzigen Auseinandersetzungen für die sogenannte Variante 3.1 entschieden hatten (*wir berichteten*), und die Bürger sollten die Gelegenheit bekommen, dazu kritisch nachzufragen.

Auf grundsätzliche verkehrspolitische Fragen wollte sich StBA-Chef Heinrich Schmidt freilich nicht einlassen: „Das können wir gerne im Falle von Klagen vor Gericht klären.“ Sein Amt habe nach dem Bundesverkehrswegeplan den Auftrag, eine Umgehung zu planen und zu bauen, es habe in die Bürgerbeteiligung und die Variantenprüfung, „irrsinnig viele Stunden“ reingesteckt, zahlreiche Meinungen eingeholt – und am Ende entschieden. Denn das sei die Aufgabe seiner Fachleute – und eben nicht die der Arbeitsgruppe.

Ihm sei bewusst, „dass diese Entscheidung nicht allen gefallen wird“, klar sei aber auch: „Wir werden uns selbstverständlich dem Votum eines Bürgerbegehrens unterwerfen.“ Wobei er diesem durchaus zuversichtlich entgegenstehe: „Ich habe schon etliche mitgemacht, und am Ende ging es immer so aus, wie wir uns das vorgestellt haben.“

Die wichtigsten Fragen und Antworten des Abends:
Warum fiel die Entscheidung zu Gunsten der „Vorzugsvariante“?

Diese Trasse (siehe Grafik) gewährte, so StBA-Planer Werner Ott, eine „sehr gute Verkehrsverlagerung auf die Ortsumgehung“: 79 Prozent des Gesamt- und sogar 97 Prozent des Schwerverkehrs würden künftig nicht mehr durch Schlungenhof fahren. Der „gesundheitsschädliche Gesamtlärm“ werde „deutlich vermindert“, und zudem biete diese Streckenführung eine „Chance für die Ortsentwicklung von Schlungenhof“ – entlang der B 13 und an der Laubenzedler Straße, die zurückgebaut werden soll. Ein weiteres Argument sei der „Reisezeitgewinn“ von knapp einer Minute.

Sind alle anderen Varianten damit aus dem Rennen?

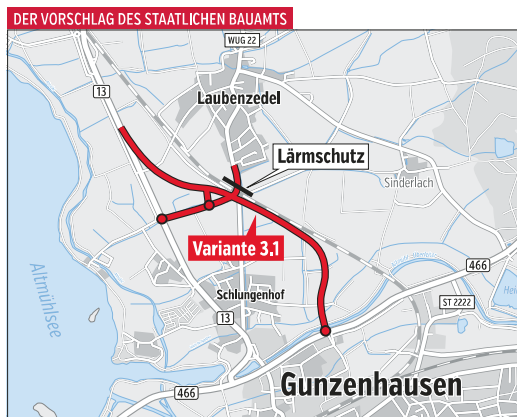
Die Entscheidung des StBA ist eine vorläufige, die Abstände auf den ersten beiden Plätzen sehr knapp. Durchaus denkbar also, dass sich an der Trasse noch Details ändern, Elemente der knapp geschlagenen Variante 7 noch einfließen, bei der die B 13 hinter Muhr am See sehr viel früher in Richtung Bahnhofsbrücke und Laubenzedel damit einen längeren Lärmschutzwall beschert.

Wie wird sich die Lärmbelastung bei Variante 3.1 entwickeln?

Schallgutachter Thomas Kohlmann präsentierte Berechnungen, wonach sich für Schlungenhof eine „deutliche Entlastung bei allen Varianten“ ergebe – mit Ausnahme der (modifizierten) Nullvariante, die vom Bürgerbegehren bevorzugt wird und den Verkehr weiter durch den Gunzenhäuser Ortsteil rollen lässt.



Großer Andrang: Im Foyer der Stadthalle hatte das Staatliche Bauamt Zeichnungen aller Varianten aufgehängt, die reges Interesse weckten.



In Laubenzedel werde demnach der „Bahnärm auch zukünftig dominieren“, es gebe „keine Verschlechterung des Gesamtlärmpegels durch einen Straßenneubau“. Die Variante 3.1 sehe eine (relativ kurzen) Lärmschutzwall vor, bei Variante 7 falle dieser deutlich länger aus – mit positiven Auswirkungen auf die „gesamte Westseite von Laubenzedel“.

In Schlungenhof wohnen sehr wenige Menschen direkt an der B 13. Muss man für eine so kleine Zahl direkt Betroffener tatsächlich eine Umgehung bauen?

Diese Frage beantwortete Rathauschef Fitz mit einer Gegenfrage: Warum lebten denn so wenige Menschen dort? Seine Antwort: Weil es angesichts des Verkehrslärms kaum zumutbar, ja sogar gesundheitsschädlich sei. Wenn der Verkehr erst einmal weg sei, böten sich dort große Entwicklungspotenziale, und die Menschen kämen dann auch zurück.

Wie beurteilen Naturschutz-Experten die verschiedenen Pläne?

Julia Zippold vom Gunzenhäuser Umwelt- und Landschaftsplanungs-Spezialisten Baader Konzept hat das Areal analysiert und sämtliche Trassen einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen. Ihr Ergebnis: Alle Varianten, mit Ausnahme der (modifizierten) Nullvariante, „bergen Beeinträchtigungen, die Unterschiede sind gering“. Einer „deutlichen Lärmentlastung“ für die Schlungenhöfer stehe eine „hohe Beeinträchtigung von Offenlandbrutvögeln wie Feldlerche oder Kiebitz“ gegenüber. Die Trassen zerschneiden in hohem Maße landwirtschaftliche Flächen und Lebensräume von Tieren, zudem gingen große Überschwemmungsgebiete verloren, Flächen würden versiegt. Allerdings hält Zippold die

se Eingriffe für „ausgleichbar“. Positiv zudem: „Die hochwertige Fledermausflugroute Altmühlüberleiter bleibt erhalten.“

Wie hoch sind die Kosten der Umgehung?

Bei allen Varianten (Ausnahme: Nullvariante) liegen sie laut StBA-Leiter Schmidt ungefähr gleich: rund 15 Millionen Euro für den Bund. Hinzu kommen die Kosten für die Beseitigung des Bahnübergangs bei Laubenzedel (geschätzt 25 Millionen) und die Baukosten für die Kreisstraße von der alten B 13 über den Kreisel nach Laubenzedel.

Wie wird verhindert, dass der Verkehr in Richtung Weißenburg über die B 13 und nicht über die Seenlandstraße (Staatsstraße 2222) rollt?

Der Kreisverkehr am Kino, wo die B 13 auf die B 466 trifft, wird aus Richtung Muhr am See mit einem „Bypass“ ausgestattet, der den Verkehr mehrheitlich nach rechts lenken soll. Eine wesentliche Zunahme des Verkehrs in der Alemannenstraße erwarten die StBA-Planer nicht. **Wie werden die Bauern künftig ihre Felder erreichen?**

Die Trassenplaner haben dafür Brücken über die B 13 vorgesehen, über die die Landwirte all ihre Nutzflächen erreichen können. Diese Brücken seien „keine massiven Bauwerke“, sondern „fügen sich gut in die Landschaft ein“, so Werner Ott. **Wenn die Umgehung kommt, werden dann auch in Unterwasbach, Dornhausen, Theilhofen und Stopfenheim Umfahrungen gebaut?**

Das sei, so Heinrich Schmidt, im Bundesverkehrswegeplan so vorgesehen, aber das werde „ein langer, steiniger Weg“.

Welche Haltung nimmt die Gunzenhäuser Stadtspitze ein?

Bürgermeister Karl-Heinz Fitz sprach sich am Montagabend für den Bau einer Umgehung aus, vor allem, weil sie große Chancen für die Entwicklung Schlungenhofs biete. Und er warnte, mit Blick auf das Bürgerbegehren: „Wenn die Umgehung nicht kommt, dann passiert hier gar nichts.“

Wie ist der Stand beim Bürgerbegehren?

Am morgigen Mittwochabend entscheidet der Stadtrat (19 Uhr, Aula der Stephani-Schule) über die formale Zulässigkeit des Begehrens. Dieses soll die Stadt verpflichten, keine kommunalen Flächen für die Umgehung zur Verfügung zu stellen – und so deren Bau unmöglich machen. Sollte der Stadtrat die Zulässigkeit feststellen, werden die Gunzenhäuser vermutlich Mitte Januar abstimmen. Ob die Stadt dem Bürger- ein Ratsbegehren entgegenstellt, ist offen.

In einer Fragerunde gegen Ende des Abends brachte SPD-Stadtrat Heinz Schachmayer, der auch im Arbeitskreis mitwirkte, das Dilemma auf den Punkt: „Uns war klar“, sagte der Schlungenhöfer, „dass wir das Lärmproblem nicht von uns einfach nach Laubenzedel rüberschieben können.“ Ebenso klar sei aber gewesen, dass die Bundesstraße aus Schlungenhof raus müsse: „Also muss sie irgendwo hin.“

Die Variante 3.1 halte er für eine „gute Lösung, die Schlungenhof entlastet und Laubenzedel nicht weiter belastet“. Vielleicht, sinnierte er, hätten die Vertreter beider Ortsteile „mehr miteinander reden müssen, vielleicht wäre dann sogar ein gemeinsamer Vorschlag möglich gewesen“.

JÜRGEN EISENBRAND

INFO
Weitere Informationen und ein animierter „Überflug“ der Variante 3.1 unter www.stbaan.bayern.de

DER KOMMENTAR



So baut man Fronten auf, keine Zukunftskonzepte

Der Versuch der Bürgerbeteiligung scheiterte, weil es am Willen zum Kompromiss mangelte

„Die da oben machen doch eh, was sie wollen!“ Diese etwas schlichte Sicht auf das Wirken von Politik und Verwaltung ist weit verbreitet – und in Einzelfällen vielleicht sogar nicht ganz von der Hand zu weisen. Das Staatliche Bauamt hat mit der „Bürgerbeteiligung“ in Sachen Umgehung Schlungenhof den ehrenwerten Versuch unternommen, diesem Vorurteil entgegenzuwirken. Damit hat es sich das Leben in den letzten zweieinhalb Jahren sehr schwer gemacht – und das Gegenteil dessen erreicht, was vermutlich beabsichtigt war. Den Vertretern aus Schlungenhof und Laubenzedel jedenfalls gelang es nicht, in den Arbeitsgruppen eine gemeinsame Basis zu finden und gemeinsam an einer für beide Ortsteile vorteilhaften Lösung zu arbeiten. Zu groß waren die Egois-

men, zu verhärtet am Ende die Fronten. Die Gräben waren am Ende eher tiefer als zu Beginn des Beteiligungsprozesses.

Vor allem einige Wortführer aus Laubenzedel nahmen mitunter fundamentalistische Positionen ein, wählten gerne besonders markige Worte, schmähten ihre vermeintlichen „Gegner“ in den sozialen Netzwerken, warfen öffentlich mit Verdächtigungen und Unterstellungen um sich und gaben sich kompromisslos.

Dass ihre Nachbarn in Schlungenhof seit Jahrzehnten unter extremem Verkehrslärm leiden, nahmen sie mehr oder weniger achselzuckend zur Kenntnis. So baut man Fronten auf – aber keine gemeinsamen Zukunftskonzepte. Kein Wunder also, dass Bauamtsleiter Schmidt inzwischen große

Zweifel daran hegt, ob es sinnvoll ist, Themen wie eine – absehbar umstrittene – Umgehungsstraße auch künftig so zu behandeln wie im Fall Schlungenhof. Bürgerbeteiligung ist eine feine Sache, aber sie setzt, wie so vieles im Leben, den Willen zum Kompromiss voraus, das Verständnis für die Lage des anderen, den Anspruch, gemeinsam ein realistisches (!) Ziel zu erreichen.

Was im Falle der Neugestaltung der Altmühl-Auen so wunderbar geklappt hat – Bürger und Behördenvertreter erarbeiteten miteinander eine großartige Lösung –, funktioniert bei der Umfahrung Schlungenhof nicht. Schade, denn die Konsequenz könnte sein, dass jetzt „die da oben“ wieder vermehrt „machen, was sie wollen“. JÜRGEN EISENBRAND

AUS DEM RATHAUS**Sondersitzung**

GUNZENHAUSEN. Der Stadtrat befasst sich in einer Sondersitzung am morgigen Mittwoch, 13. November, ausschließlich mit dem Bürgerbegehren „Heimat bewahren – deshalb STOPP zur B13-Ortsumfahrung Schlungenhof“ und seinen Konsequenzen. Das Gremium entscheidet über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens und bespricht auch den Antrag über einen möglichen Bürgerentscheid. Die Sitzung findet in der Mensa der Stephani-Schule in der Saarstraße statt und beginnt um 19 Uhr.

Bürgerbegehren: Jetzt ist die Stadt am Zug

Im Rathaus liegen ausreichend **UNTERSCHRIFTEN** für einen Bürgerentscheid vor. Zuvor prüft die Verwaltung die Frage der Zulässigkeit.

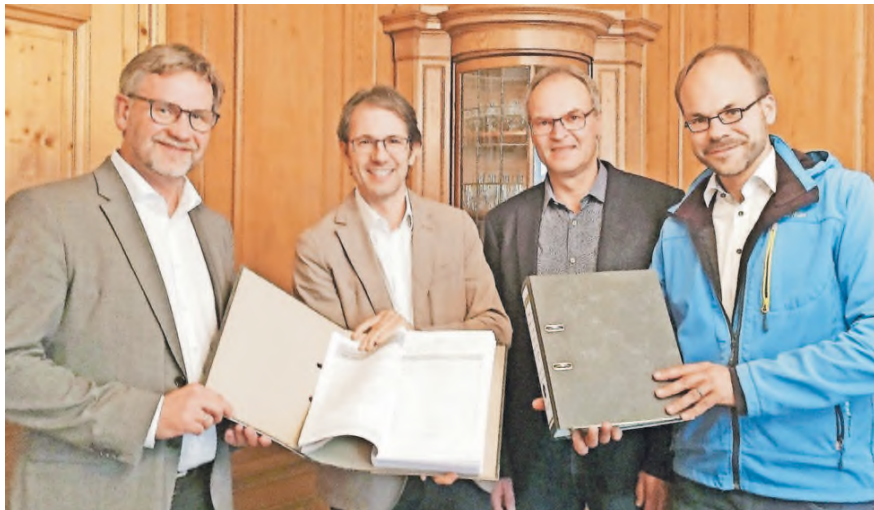
GUNZENHAUSEN. Genau 1354 Unterschriften haben Simon Scherer, Kilian Welsler und Thomas Lutz gesammelt und nun an Bürgermeister Karl-Heinz Fitz übergeben. Damit haben die drei ÖDPler das Quorum für einen Bürgerentscheid gegen eine Umgehung von Schlungenhof erreicht.

Ende September brachte die ÖDP das Bürgerbegehren gegen ein Projekt auf den Weg, das für sie eine „verheerende Fehlentscheidung“ wäre, wie es Simon Scherer damals formulierte. Der Kreisrat und seine zwei Mitinitiatoren Kilian Welsler und Thomas Lutz lehnen den Bau einer Umgehungsstraße mit Blick auf den Flächenverbrauch und die enormen Kosten strikt ab. Der Bürgerentscheid wendet sich übrigens direkt an die Stadt. Ihr soll untersagt werden, dass sie Grundstücke für den Bau der Umgehung verkauft.

Mit ihrer ablehnenden Haltung steht die ÖDP offensichtlich nicht allein da: Rund 1200 Unterschriften wären nötig gewesen, um einen Bürgerentscheid beantragen zu können. Dieses sogenannte Quorum wurde mit den nun vorliegenden 1354 Unterschriften mehr als erreicht.

Listen bereits bereinigt

Die Initiatoren haben die Unterschriftenlisten, wie Scherer bei der Übergabe im Rathaus erläuterte, bereits um Dopplungen bereinigt und minderjährige – und damit nicht wahlberechtigte – Unterzeichner nicht mitgerechnet. Dennoch wird die Stadt die Listen natürlich noch einmal genau prüfen, so Fitz. Zudem



Simon Scherer, Thomas Lutz und Kilian Welsler übergaben im Rathaus zwei Ordner mit Unterschriften an Bürgermeister Karl-Heinz Fitz (von rechts).

müsse auch untersucht werden, ob ein Bürgerbegehren in dieser Frage überhaupt zulässig ist. Dazu hat die Stadt nun einen Monat Zeit.

Wird das Bürgerbegehren als zulässig erachtet, so muss innerhalb von drei Monaten ein Bürgerentscheid durchgeführt werden. Dem kann der Stadtrat einen sogenannten Ratsentscheid entgegensetzen. Es besteht aber auch die Möglichkeit, dass das Stadtparlament die Forderungen des Bürgerbegehrens als richtig aner-

kennt und sich bereit erklärt, sie umzusetzen. Dann wäre ein Bürgerentscheid hinfällig.

Diese Möglichkeiten listete der Bürgermeister kurz auf. Er bezeichnete, wie bereits in einer Stadtratssitzung, einen Bürgerentscheid als „legitimes Instrument“, verhehlte aber auch jetzt nicht, dass es ihm lieber gewesen wäre, wenn man abgewartet hätte, bis die Karten auf dem Tisch liegen. Denn bisher steht nicht fest, welche der diskutierten Varianten

das Staatliche Bauamt in die nähere Wahl zieht. Eine Information, die der Bürger unbedingt haben sollte, wenn er über diese wichtige Frage entscheidet, findet Fitz. Dem steht nach Scherers Meinung aber ja auch nichts im Weg, denn bis Mitte Februar – das wäre der voraussichtliche Termin für die Abstimmung – wäre dafür noch genügend Zeit.

„Wir wollen nicht blockieren“, machte Scherer deutlich, deshalb habe man in der Begründung für das

Bürgerbegehren die modifizierte Nullvariante als Lösungsmöglichkeit ins Spiel gebracht. Man sei aus ganz sachlichen Gründen zu dem Schluss gekommen, dass eine Umgehung nicht sinnvoll sei, entsprechend dankbar zeigte sich Scherer, dass Fitz diesem Ansinnen ebenso sachlich begegne.

Neue Straße wäre nötig

Die modifizierte Nullvariante besagt, dass die B13 weiterhin durch Schlungenhof führt und mit der WUG 22 nach Laubenzedel zusammengelegt wird. Diese soll dann ab der Abzweigung zum Surfzentrum mit einer neuen Straße Richtung Laubenzedel geführt werden. Die jetzige WUG 22 durch Schlungenhof könnte zurückgebaut werden. Ein Vorschlag, der laut Fitz aber auch Geld und Fläche verbrauche. Es müssten rund 800 Meter Straße gebaut werden. Die Kosten müssten dann womöglich der Landkreis (80 Prozent) und die Stadt (20 Prozent) allein tragen, denn für Kreisstraßen sei der Bund nicht zuständig.

Offen bleibe bei dieser Lösung zudem noch die Frage der Bahnübergänge. Die Bahn will höhengleiche Bahnübergänge auflösen, hat aber zugestimmt, zunächst die Planung für die Umgehung abzuwarten. Wenn nun keine Umgehung gebaut werde, befürchtet Fitz, dass die Bahn dann wieder auf die von ihr bevorzugten Brücken zurückgreift. Die sind nämlich um einiges günstiger als Unterführungen – ragen aber auch entsprechend hoch in die Landschaft hinein.

MARIANNE NATALIS

Derzeit noch nicht festlegen

Zur Problematik der Umgehung von Schlunghof

Noch in diesem Jahr wird mit einer Erklärung des Staatlichen Bauamts gerechnet, welche von den vielen Varianten, die geprüft werden, die meisten Chancen hat, realisiert zu werden. Die Stadt ist nicht Herr des Verfahrens, wird angehört wie jeder andere Verfahrensbeteiligte auch. Der Stadtrat hat sich mit den Varianten mehrmals beschäftigt, hat sich aber wegen der noch ausstehenden Entscheidung des Staatlichen Bauamts noch nicht festgelegt.

Inzwischen hat die ÖDP ein Bürgerbegehren in dieser Sache in Gang gesetzt. Die ÖDP verfiert die sogenannte Nulllösung, das heißt, die B13 soll weiterhin durch Schlunghof führen, ferner zusätzlich der Verkehr von der Kreisstraße WUG 22 aus Richtung Haundorf und Mittleschenbach. Alternative Trassen, die viel Land in Anspruch nehmen und auch erheblich mehr Geld kosten würden, werden abgelehnt.

Ich denke, es sind einige wichtige Aspekte zu beachten, die ich kurz zusammenfassen möchte:

Bei der Null-Lösung ergäbe sich kein kausaler Zusammenhang zwischen Bahnverkehr und Straßenverkehr. Die Bahn AG möchte den Übergang an der Kreisstraße WUG 22 realisieren (Brückenbauwerk über die Bahnlinie Treuchtlingen-Würzburg), der Kreistag hat sich im Gegensatz für eine Unterführung des Straßenverkehrs ausgesprochen.

Die Null-Lösung schafft den Verkehr nicht aus Schlunghof, es gibt weiterhin im Dorf die Anbindung an den Altmühlsee und auch der Nahverkehr in Richtung Gunzenhausen bliebe erhalten. Dabei handelt es sich etwa um die Hälfte des gesamten Verkehrsaufkommens.

Die Null-Lösung verzichtet auf eine weitere Versiegelung von Naturflächen und landwirtschaftlich genutzten Grundstücken. Das wird beispielsweise als Ergebnis des Volksbegehrens gefordert und ist inzwischen weitgehend Gegenstand der Politik der Staatsregierung.

Für die bestehenden Betriebe entlang der Ansbacher Straße in Schlunghof ist die B13 von Bedeutung. Es wäre interessant, die Stellungen der Betriebseigentümer zu hören.

Wichtig wäre eine zuverlässige Feststellung, wie die bebauten Grundstücke entlang der B13 heute genutzt werden und welche Perspektiven es gibt. Eine Befragung der Eigentümer wäre diesbezüglich für den Entscheidungsprozess hilfreich.

Es erhebt sich die Frage, ob die Grundstücke links und rechts der B13 als eingeschränktes Gewerbegebiet ausgewiesen werden können. Der Staat könnte die bisher wohnlich genutzten Grundstücke entlang der B13 erwerben und den Eignern ein Aussiedlungsangebot machen. Zusammen mit dem Bau von Lärmschutzeinrichtungen käme das gewiss finanziell viel günstiger als die billigste Umgehungsvariante, die auf 20 Millionen Euro beziffert wird.

Der Schwerpunkt der künftigen Nutzung läge auf dem gewerblichen Gebiet. Nützlich wäre in der Folge ein Dorfentwicklungsplan für Schlunghof, der die verschiedenen Nutzungsbereiche schwerpunktmäßig festlegt.

Ganz klar für die Umgehung von Schlunghof spricht die Belastung durch den Schwerlastverkehr und den Durchgangsverkehr. Möglich wäre nach der Auslagerung des Durchgangsverkehrs ein Rückbau der Straße mit Umwidmung als

Gemeindestraße (eventuell Tempo 30), und es gäbe bessere Chancen für die Dorfentwicklung (Stichwort: das gewünschte Gemeinschaftshaus).

Ein Trassenvorschlag sieht vor, die neue Bundesstraße 13 südlich der Bahnlinie bei Laubenzedel mit Anschluss an die B 466 zu bauen. Ein erheblicher landwirtschaftlicher Flächenverlust ginge damit einher. Das würde aber einen Rückbau der alten Bundesstraße durch Schlunghof sowie bessere Dorfentwicklung ermöglichen, zum Beispiel durch Tempo-30-Regelung.

Eine weitere Variante ist die Neustrassierung der B13 ab einem neu zu bauenden Kreisverkehr an der Abzweigung zum Surfzentrum Schlunghof in einem Bogen quer durch die landwirtschaftlich genutzten Flächen zwischen Laubenzedel und Schlunghof mit Anschluss an die B466. Auch in diesem Fall wäre ein Rückbau in Schlunghof möglich. Der Flächenverbrauch wäre jedoch erheblich. Ungeklärt ist, ob die privaten Grundstücksbesitzer zum Verkauf bereit sind. Eine Zwangseinweisung der Grundstücke wird der Staat als Maßnahmenträger wohl nicht riskieren wollen.

Die Entscheidung ist für die kommunalpolitisch Verantwortlichen nicht leicht. Ich möchte mich derzeit auch nicht festlegen und erst die Vorschläge des Staatlichen Bauamts kennen.

Werner Falk, Gunzenhausen,
Stadtrat der FDP

ÖDP: Wir liegen gut im Soll

Für den Erfolg des **BÜRGERBEGEHRENS** zur B 13-Ortsumfahrung Schlungenhof fehlen noch etwa 100 Unterschriften.

GUNZENHAUSEN. Das Bürgerbegehren der ÖDP für eine modifizierte Nullvariante der B 13 in Schlungenhof ist im Plan. Die Initiatoren sind mehr als zuversichtlich, dass sie die erforderliche Anzahl an Unterschriften zusammenbekommen werden. Dieses Ziel könnte schon im Verlauf dieser Woche erreicht werden.

Knapp 13 300 Wahlberechtigte gibt es im Stadtgebiet von Gunzenhausen. Für das Bürgerbegehren gilt eine Marke von neun Prozent, die mindestens zu erreichen ist, und das macht dann rund 1200 Unterschriften. „Die brauchen wir“, macht ÖDP-Kreisrat Simon Scherer (Obenbrunn) deutlich. Bis Montag hatte die ÖDP etwa 1100 Unterschriften registriert. Scherer äußert sich erfreut über diese Resonanz. Er geht wie seine beiden offiziellen Mitstreiter Kilian Welser und Dr. Thomas Lutz davon aus, dass weitere Unterschriften eingehen werden und dass der nächste Infostand auf dem morgigen Wochenmarkt nochmals einen Schub bringen wird.

Im Moment stehe man also kurz vor dem Durchbruch. Sei dieser geschafft, dann werde man die Unterschriftenlisten auf Korrektheit überprüfen. Möglicherweise könne man dann die Unterschriften schon nächste Woche offiziell im Rathaus einreichen.

Eigentlich haben die Verfechter des Bürgerbegehrens kein Zeitlimit für ihre Aktivitäten. Auf ihr Infoblatt, das an alle Haushalte ging, haben sie jedoch geschrieben, dass sich die Bürger bis spätestens 4. Oktober beteiligen sollen. Das habe man gemacht, um die Bürger zu motivieren, betont Scherer. Die Verteilung des zweiseitigen Schreibens sei nicht ganz ohne Probleme verlaufen, manche Stadtteile seien erst später versorgt worden. Was man auf jeden Fall merkte, sei eine starke Resonanz kurz vor dem 4. Oktober gewesen. Da seien beson-

ders viele Unterschriften eingereicht worden.

Simon Scherer und seine Mitstreiter haben beim Wochenmarkt in der vergangenen Woche viele Passanten angesprochen. Im Gespräch hätten sich viele Bürger zum Unterschreiben bewegen lassen. Besonders interessant fand Scherer eine Diskussion

Verbesserungen an, ohne die Schwierigkeiten zu verkennen. Im nördlichen Bereich der Ortsdurchfahrt (Richtung Ansbach) wären Lärmschutzmaßnahmen möglich. Der Verkehr aus den Seitenstraßen, darunter auch die vom See, könnte soweit es geht erleichtert werden, etwa durch „sinnvolle Abbiegespuren“. Und mit

zen, wie es die Gemeindeordnung ermögliche. Das müssten die gewählten Vertreter der Bevölkerung aushalten. Ob tatsächlich nur eine Minderheit eine Umgehung für Schlungenhof ablehne und die qualifizierte Nullvariante befürworte, das sei zu klären und würde im Falle eines Bürgerentscheids endgültig beantwortet werden.

Die Stellungnahme von Bürgermeister Karl-Heinz Fitz, in der Summe aller Belange solle die beste B 13-Variante für ganz Gunzenhausen gefunden werden, hat Simon Scherer gefallen. Genau das wolle man auch, und da könnte eben ein Bürgerentscheid helfen. Dort wäre dann die Frage: „Wollen wir eine Nullvariante, wie vorgeschlagen, oder wollen wir keine?“

Dass das Bürgerbegehren zur Unzeit komme und gar einer Überumpelungstaktik entspringe, kann der ÖDP-Kreisrat nicht teilen. Die Bürger seien über die Problematik ausreichend informiert, und zwar sowohl über die Tagespresse als auch über die Berichte und Diskussionen im Kreistag. Es gelte, jetzt die Bürger zu Wort kommen zu lassen, und zwar bevor Tatsachen geschaffen worden seien. Im Übrigen hätten die Initiatoren des Bürgerbegehrens keine neue Variante ins Spiel gebracht, sondern eine des Staatlichen Bauamts Ansbach aufgegriffen.

Scherer erwartet vom Stadtrat, dass dieser sich politisch mit dem Bürgerbegehren auseinandersetzt, statt juristische Winkeltricks zu erwägen. Die ÖDP habe eingehend die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens geprüft, sie werde auch die Unterschriften sorgfältig prüfen. Es sei an den Stadträten, zu erwägen, ob im Jahr 2019 noch neue Straßen gebaut werden sollten, die dann doch nur noch mehr Verkehr nach sich ziehen würden.

WOLFGANG DRESSLER



Beim vergangenen Wochenmarkt in Gunzenhausen suchten die ÖDP-Kreisräte Simon Scherer (rechts) und Reinhard Ebert (3. von rechts) das Gespräch mit Bürgern.

mit Menschen aus Schlungenhof. Von deren Seite seien einige Kritikpunkte und Klagen gekommen, etwa die schwierige Situation für Fußgänger, die über die Straße wollten, und die Probleme, von den Seitenstraßen auf die B 13 zu gelangen, gerade für Linksabbieger. Simon Scherer argumentiert, nach Abwägung aller Gesichtspunkte wolle die ÖDP die Bundesstraße in Schlungenhof belassen, zugleich die Kreisstraße im Norden um den Ort führen. Dann könnte der Osten von Schlungenhof besser entwickelt werden. Und für die Ortsdurchfahrt peile man durchaus auch

der jetzigen Fußgängerampel sei wohl niemand so richtig glücklich. Hier sei zu prüfen, ob eine Unter- oder Überführung das bessere Mittel wäre. Scherer war jedenfalls froh, dass mit den Schlungenhöfern sachlich gesprochen werden konnte und sich keine Gräben aufboten.

Ähnliches erhofft er sich von den Stadträten, nicht zuletzt von der CSU, die zuletzt verbal scharf in Richtung ÖDP schoss („populistische Stimmungsmache einer Minderheit“). Scherer sieht darin eine haltlosen Vorwurf. Es sei richtig, hier ein Mittel der direkten Demokratie einzuset-

ANZEIGE

Achtung!

Heute von 9 bis 12.30 Uhr auf dem Wochenmarkt:
unterschreiben beim Bürgerbegehren

„Heimat bewahren – STOPP zur B13-Umfahrung Schlungenhof“

Es können dort auch Listen abgegeben bzw. abgeholt werden.

Listen anfordern unter oedp-wug@gmx.de oder 09831/6875637.

ÖPD Weißenburg-Gunzenhausen

IN WENIGEN WORTEN

Listen gibt es bei der ÖDP

GUNZENHAUSEN. Das Bürgerbegehren „Heimat bewahren – Stopp zur B13-Umfahrung Schlungenhof“ ist gestartet. 6500 Unterschriftenlisten wurden laut ÖDP-Kreisverband an alle Haushalte in der Stadt und den Ortsteilen verteilt. Wer noch keine Liste erhalten hat oder weitere braucht, kann diese beim ÖDP-Kreisverband unter oedp-wug@gmx.de anfordern. Am Mittwoch, 2. Oktober, ist die ÖDP mit einem Infostand am Gunzenhäuser Wochenmarkt vertreten. Dort kann man sich in die Listen eintragen oder auch Listen abgeben.

AUS DER LESERPOST

Alles ist der IG egal

Zum Thema Ortsumgehung Schlungenhof, dem von der ÖDP initiierten Bürgerbegehren in der Stadt Gunzenhausen und dem Flugblatt der Interessengemeinschaft Laubenzedel

Wieso hat sich kein Vertreter der ÖDP jemals in Schlungenhof blicken lassen und sich ein Bild mit entsprechenden Meinungen vor Ort gemacht?

Wieso soll ganz Gunzenhausen über das „Schicksal“ von Schlungenhof und Laubenzedel entscheiden?

Wieso schreibt niemand, dass durch die modifizierte Nullvariante das Verkehrsaufkommen in Schlungenhof um weitere etwa 2000 Fahrzeuge pro Tag auf der B 13 ansteigen würde?

Wieso fährt Herr Meyer von der Interessengemeinschaft seit Wochen mit grünem Nummernschild Gunzenhausen und die Orts-

teile ab? Die Plakate auf dem Anhänger sprechen von 1000 Tonnen mehr CO₂ durch eine Umgehung. Diese 1000 Tonnen dürfte Herr Meyer mittlerweile durch seine „Protestfahrten“ fast ausgestoßen haben.

Die IG und die ÖDP sprechen von Flächenfraß. Im Internet wird aber immer noch mit der Westtangente von Merkendorf über Ornbau nach Unterwurbach geliebäugelt.

Ebenso hoch im Kurs bei der IG steht die Umgehung zwischen Schlungenhof und dem Altmühlsee: über fünf Meter hoch droben über das Seezentrum Schlungenhof und dem Altmühl-Überleiter; wesentlich näher an der Wohnbevölkerung im Weiler bei Schlungenhof dran, als eine Holzbauer-Trasse jemals an die Siedlung Laubenzedel ranrücken könnte.

Alles ist der IG egal, Hauptsache, es werden nur die anderen tangiert.

Georg Auernhammer, Wohnsitz: Sinderlach, Betriebssitz: Schlungenhof

DER LESERBRIEF

Frei erfunden

Wir wenden uns wegen des Flugblatts der IG B 13 Laubenzedel „Stimmen Sie für das Bürgerbegehren B 13 Ortsumfahrung Schlungenhof“ an die Öffentlichkeit.

In der Auseinandersetzung zwischen den Ortsteilen Schlungenhof und Laubenzedel wurde bisher zwar hart, aber ehrlich argumentiert. Mit

dem neuen Flugblatt der IG B 13 Laubenzedel, das nur in Teilen des Stadtgebietes verteilt wurde, ist dieser Weg verlassen worden, und es wird mit Unwahrheiten gearbeitet.

Wir zitieren: „Seien Sie sich bewusst; die Holzbauertrasse und Winter-Variante werden nicht kommen. Nach dem amtlichen Gutachten liegen die besten Varianten zwischen der Bahnlinie und der Sied-

lung Schlungenhof mit Anschluss an die B 466 am Kino.“

Die Behauptung, dass die Holzbauertrasse nicht kommen wird, ist frei erfunden. Sie ist nach wie vor eine der möglichen Varianten und noch im Bewertungssystem des Straßenbauamts.

Auch der Hinweis auf ein vorhandenes amtliches Gutachten zu verschiedenen Varianten-Empfehlun-

gen ist falsch. Die Entscheidung über die Ortsumgehung von Schlungenhof sollte man doch Fachleuten überlassen und nicht völlig unbeteiligten Bürgern in Form eines Bürgerbegehrens, wie es von der ÖDP angestrebt wird.

Sabine Fischer-Kugler, Rainer Sichermann, Manfred und Margit Wenk, Erich Ortner, Peter Wißmüller, alle Schlungenhof



Schlungenhofs Ortschaftsprecherin Ella Reichardt an „ihrer“ Bundesstraße, die sie gerne verlegt sähe. Sie macht deutlich, dass die „modifizierte Nullvariante“ deutlich mehr Verkehr bedeuten würde.

In Schlungenhof wächst die Sorge

Ortschaftsprecherin nimmt Stellung gegen das **BÜRGERBEGEHREN**. Von der CSU erhält sie Unterstützung, VON WOLFGANG DRESSLER

GUNZENHAUSEN. Lange Zeit haben sich die Schlungenhöfer – mit ihrer Ortschaftsprecherin Ella Reichardt an der Spitze – in der Diskussion um eine Umgehung für ihren Ort zurückgehalten, auf scharfe Worte verzichtet, eher auf die Vorarbeit der zuständigen Behörde vertraut und in diesem Rahmen konstruktiv mitgearbeitet. Mit dem angelaufenen Bürgerbegehren „Heimat bewahren – deshalb Stopp zur B13-Ortsumfahrung Schlungenhof“ ist es damit vorbei. Ella Reichardt sagt: „Ich habe Angst, dass die Sache aus dem Ruder läuft.“

Sie meint damit, dass so manche Behauptung, die mit dem Bürgerbegehren verbunden ist, mehr als zweifelhaft sei und falsch verstanden werden könnte. Es bestehe die Gefahr, dass Bürger, die sich jetzt beim Bürgerbegehren beteiligen sollen, durch falsche Aussagen getäuscht würden. Im Mittelpunkt steht der Begriff „modifizierte Nullvariante“ für Schlungenhof.

Reichardt stellt fest, dass die Umgehung im Bundesverkehrswegeplan im vordringlichen Bedarf ist und dass die Schlungenhöfer froh sind, dass diese hohe Hürde geschafft wurde. Jetzt auf einmal müssten sich die Schlungenhöfer dafür rechtfertigen, dass sie eine Umfahrung wollten. Dabei könne doch jeder, der sich an die Ortsdurchfahrt stelle, sehen, wie „katastrophal“ die Verkehrssituation für den Ort und seine Bewohner sei.

Das Bürgerbegehren sei von der ÖDP ausgegangen, doch von dieser Seite habe niemand mit ihr Kontakt aufgenommen, habe niemand die Probleme und Sorgen der Schlungenhöfer erfahren wollen. „Mit uns hat keiner von der ÖDP sprechen wollen.“

Jedenfalls wäre die „modifizierte Nullvariante“ das allerschlechteste für ihren Ort, ist Ella Reichardt überzeugt. Wie berichtet, will die ÖDP die Kreisstraße, die von Laubenzedel kommt, nach Westen verlegen. Die neue Trasse der Kreisstraße würde dann in Höhe der Zufahrt zum Surfzentrum auf die B13 treffen. Und das würde laut Ortschaftsprecherin bedeuten,

dass der gesamte Verkehr aus Laubenzedel, Haundorf und Mittleschenbach die gesamte Ortsdurchfahrt von Schlungenhof (und nicht mehr nur einen kleinen Teil) nutzen müsste. Und das wären dann täglich rund 2000 Fahrzeuge mehr. Man hätte mehr Lärm, mehr Abgase, und die Situation an den Zufahrten, wie Wassergasse und Seestraße, würde nochmals schwieriger werden.

Riesige Lärmschutzwände in Schlungenhof kann und will sich die

Ortschaftsprecherin nicht vorstellen. Sie glaubt nicht, dass diese an den komplizierten Stellen zu verwirklichen wären. Da gebe es die vielen Zufahrten, die frei bleiben müssten. Ein durchgängiger Lärmschutz sei einfach nicht zu erreichen.



Die Schlungenhöfer Gänse zeigen seit Jahr und Tag, was die Bevölkerung von der stark befahrenen Ortsdurchfahrt hält.

Viel mehr sind betroffen

Das Argument, mit Flüsterasphalt könnte man die Schlungenhöfer entlasten, sticht laut Reichardt nicht. Dieser Straßenbelag wirke aus technischen Gründen erst ab einem Tempo von 60 km/h, komme damit für die Ortsdurchfahrt nicht in Frage.

Nicht zuletzt sei immer wieder die Rede davon, dass es nur neun Anwohner an der Ortsdurchfahrt gebe. Reichardt fragt sich, wie man solch eine Behauptung in die Welt setzen kann, und spricht von einer „glatten Lüge“. Es seien deutlich mehr Betrof-

ene, und die Abgrenzung, wer betroffen sei und wer nicht mehr, sei ohnehin unmöglich. Es ist klar, dass die Schlungenhöferin hier Aussagen aus Laubenzedel zurückweist.

Reichardt hört auch des Öfteren, dass man einfach das Wohnen an der Ortsdurchfahrt aufgeben müsse und am besten nur noch eine gewerbliche Nutzung zulasse. Das sei ja wohl rechtlich nicht zulässig, und im Übrigen würden die Schlungenhöfer gerne etwas aus ihrem Ort machen,

se anschließende Bürgerentscheid zu einem Stopp der gesamten vorbereitenden Planung führen würde. Die Behörden könnten sogar die Überlegung anstellen, sich anderen Orten, wo ebenfalls eine Umgehung im Raum stehe, zuzuwenden nach dem Motto: „Die in Gunzenhausen werden sich ja niemals einig.“ Vielleicht stecke sogar dieses Kalkül hinter den Initiatoren des Bürgerbegehrens. Deshalb seine Position: „Die verfolgen politische Interessen, die sich nicht am Gemeinwohl orientieren.“

Es gehe im Fall der Umgehung doch eine Abwägung der berechtigten Interessen von Schlungenhof wie von Laubenzedel, sagen Pappler und Reichardt. Das Staatliche Bauamt arbeite gründlich, er habe einen guten Eindruck von dieser Behörde und vertraue ihr. Der Prozess der Bürgerbeteiligung sei gut und richtig, doch so mancher verwechsle wohl Bürgerbeteiligung mit Bürgerentscheidung – bis hin zu Druck auf die Stadträte. Dabei handele es sich doch um ein Verfahren und eine Entscheidung des Bundes und nicht der Stadt.

Der CSU-Sprecher geht davon aus, dass die Ansbacher Behörde im November mitteilen wird, welche Trasse sie favorisiert. Der Stadtrat habe bisher nicht offiziell Stellung genommen, doch gebe es im Gremium ein klares Meinungsbild, wonach weder die Holzbauer-Trasse (ganz nah an Laubenzedel) noch die Nullvariante im Interesse der Stadt wären. Es könne durchaus sein, dass das Bauamt eine Umgehung zwischen Schlungenhof und Laubenzedel vorschläge. Die Frage, ob die Stadt Grundstücke verkauft oder tauscht, wie im Bürgerbegehren formuliert, stelle sich dann überhaupt nicht, da es ja dann um Flächen gehe, die nicht der Stadt gehörten.

Und der Landverbrauch durch eine neue Straße? Hier macht Pappler die bereits angesprochene Abwägung der Interessen geltend. Die Belastung der Schlungenhöfer durch die B13 sei Fakt. Er glaube, sie sei höher zu bewerten als der Landverbrauch. In diesem Sinn verstehe die CSU „Politik für die Menschen“.

Manfred Pappler, der Vorsitzende der CSU-Stadtratsfraktion, pflichtet Reichardts Überlegungen bei. Wer von nur neun Leuten spreche, der betriebe „Augenwischerei“. In Wirklichkeit sei ganz Schlungenhof von dem vielen Verkehr betroffen. Die „modifizierte Nullvariante“ würde die Zerschneidung des Ortes manifestieren, „dann hört Schlungenhof als Dorfgemeinschaft auf.“ Vertreter des Staatlichen Bauamts Ansbach hätten im Kreistag eindeutig festgestellt, dass die jetzige Situation belastend und gefährlich für alle Schlungenhöfer sei, nämlich durch Lärm und Abgase. Pappler äußert die Befürchtung, dass ein erfolgreiches Bürgerbegehrend und der sich möglicherwei-

se anschließende Bürgerentscheid zu einem Stopp der gesamten vorbereitenden Planung führen würde. Die Behörden könnten sogar die Überlegung anstellen, sich anderen Orten, wo ebenfalls eine Umgehung im Raum stehe, zuzuwenden nach dem Motto: „Die in Gunzenhausen werden sich ja niemals einig.“ Vielleicht stecke sogar dieses Kalkül hinter den Initiatoren des Bürgerbegehrens. Deshalb seine Position: „Die verfolgen politische Interessen, die sich nicht am Gemeinwohl orientieren.“

Es gehe im Fall der Umgehung doch eine Abwägung der berechtigten Interessen von Schlungenhof wie von Laubenzedel, sagen Pappler und Reichardt. Das Staatliche Bauamt arbeite gründlich, er habe einen guten Eindruck von dieser Behörde und vertraue ihr. Der Prozess der Bürgerbeteiligung sei gut und richtig, doch so mancher verwechsle wohl Bürgerbeteiligung mit Bürgerentscheidung – bis hin zu Druck auf die Stadträte. Dabei handele es sich doch um ein Verfahren und eine Entscheidung des Bundes und nicht der Stadt.

Bürgerbegehren
„Heimat bewahren –
deshalb STOPP zur B 13 –
Ortsumfahrung Schlungenhof!“
Sie haben noch keine Unterschriftenliste?
⇒ **dann email an oedp-wug@gmx.de**
Vorankündigung:
Infostand zum Bübeg am Wochenmarkt
Mittwoch, 2. Oktober von 9 bis 12 Uhr

Votum für Bürgerbegehren

Piraten und Linke halten geplante **UMGEHUNG VON SCHLUNGENHOF** für reine Symptombehandlung.

GUNZENHAUSEN. Die offene Liste von Piraten und Die Linke spricht sich klar für ein Bürgerbegehren bezüglich der Umgehung in Schlungenhof aus. Das geht aus einer gemeinsamen Pressemitteilung der beiden Parteien hervor.

Gerade Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene sei ihnen ein wichtiges Anliegen, da es den Bürger hier direkt vor Ort betreffe. Entscheidend sei jetzt, genügend Unterschriften

für eine erfolgreiche Zulassung zu bekommen.

Der Zusammenschluss aus Piraten und Die Linke halte die geplante Umgehung für reine Symptombehandlung, die zudem nur zu einem Placebo-Effekt führen werde. Grundsätzlich müsse in erster Linie versucht werden, Pkws und Lkws von den Straßen zu holen. Ein Ausbau Sorge für zusätzlichen Verkehr, zwingt ihn in nicht vorgesehene Richtun-

gen, und somit werde das ganze Projekt zum Scheitern verurteilt sein, heißt es in dem Schreiben weiter.

Für gezielte Lärmschutzmaßnahmen

Die Vertreter der beiden Parteien sprechen sich daher für gezielte Lärmschutzmaßnahmen in Schlungenhof aus, sei es durch Wände, Flüsterter, Tieferlegung der Fahrbahn oder gar einer teilweisen Untertunnelung. **ab**